

5. Sitzung

Mittwoch, 26. März 2014

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 4. Sitzung der 2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
 - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (Nr. 409 der Beilagen)
 - 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Berufsjägergesetz geändert wird (Nr. 410 der Beilagen)
 - 3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Umweltschutz- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Nr. 411 der Beilagen)
 - 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 geändert wird (Nr. 416 der Beilagen)
 - 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 L-VG zum Verzicht des Landes Salzburg auf die Rückzahlung eines Sanierungsdarlehens an die Gemeinde Bad Gastein und eines nachrangigen Gesellschafterdarlehens (Nr. 417 der Beilagen)
 - 3.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Feuerwehrgesetz geändert wird (Nr. 483 der Beilagen)
 - 3.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Bautechnikgesetz geändert wird (Nr. 484 der Beilagen)
 - 3.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird (Nr. 485 der Beilagen)

- 3.2 Anträge
- 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen für leistbares Wohnen im Bundesland Salzburg
(Nr. 486 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Klubvorsitzender Steidl)
- 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Mag.^a Sieberth, Hofbauer und Klubobmann Schwaighofer betreffend die Absage der Bildungsstandard-Testungen
(Nr. 487 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 3.2.3 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend das St. Vinzenz-Heim Schernberg
(Nr. 488 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 3.2.4 Antrag der Abg. Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Sampl und Obermoser betreffend die Novellierung des Ehrungsgesetzes für das Land Salzburg und seine Gemeinden
(Nr. 489 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 3.2.5 Antrag der Mag. Scharfetter, Ing. Sampl und Obermoser bezüglich die Ausweitung des Fairnesskataloges für die Vergabe von Aufträgen durch die Gemeinden des Landes Salzburg, insbesondere hinsichtlich der Wahrung der Chancen kleinerer und mittelständischer Unternehmen
(Nr. 490 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 3.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, Mag.^a Gutschi und Jöbstl betreffend Einrichtung einer Modellregion zur Begabungs- und Begabtenförderung
(Nr. 491 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Gutschi)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die Abschaffung der Abgabe auf den Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaikanlagen
(Nr. 492 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 3.2.8 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi bezüglich einer Neugestaltung der Turnusarztausbildung
(Nr. 493 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Sampl und Neuhofer betreffend die Einhaltung demokratischer Publizitätsstandards und den Schutz demokratischer, ökologischer und konsumentenschutzrechtlicher Standards bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP/TAFTA)
(Nr. 494 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Jöbstl betreffend die Einführung eines gesetzlichen Mindestalters für die Teilhabe, die Verwendung und den Erwerb von Lotterierprodukten wie Lotto, Toto und Brieflose
(Nr. 495 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Hirschbichler MBA und Zweiter Präsidentin Mosler-Törnström BSc betreffend die Nutzung der EFRE-Fördermittel in Wachstum und Beschäftigung
(Nr. 496 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

- 3.2.12 Antrag der Abg. Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Privatisierungen
(Nr. 497 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Haitzer und Ing. Mag. Meisl betreffend die Finanzierung des digitalen Behördenfunknetzes im Bundesland Salzburg
(Nr. 498 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Haitzer)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die Neustrukturierung der Personalabrechnung des Landes Salzburg
(Nr. 499 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Klubvorsitzender Steidl)
- 3.2.15 Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Zweitversorgung von stark mobilitätseingeschränkten Menschen die auf einen Elektrorollstuhl angewiesen sind
(Nr. 500 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner das Recht auf umfassende Bildung für Kinder und Jugendliche in von Armut betroffenen Familien sicherzustellen
(Nr. 501 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 3.2.17 Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Haitzer betreffend die Überarbeitung der Salzburger Gemeindeordnung
(Nr. 502 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
- 3.2.18 Antrag der Abg. Scheinast und Fuchs betreffend das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP)
(Nr. 503 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 3.2.19 Antrag der Abg. Mag.^a Siebert und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend die Ergebnisse und Weiterarbeit mit den Ergebnissen aus der Kampagne „Starke Frauen hat das Land“
(Nr. 504 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 3.2.20 Antrag der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Verhinderung des Missbrauchs von Wahlkarten sowie Schaffung von stärkeren Überprüfungs Kompetenzen der Wahlbehörden
(Nr. 505 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 3.2.21 Antrag der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Anpassung der Tagsatztarife im Bereich der sozialen Dienste
(Nr. 506 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 3.2.22 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die konsequente und exakte Umsetzung des Paragraphen 78 der Straßenverkehrsordnung (StVO) 1960 durch sämtliche ermächtigten Organe der Bundespolizei im Bundesland Salzburg
(Nr. 507 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 3.2.23 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend Finanzierung der Basisaufgaben des österreichischen Bundesheeres durch Verkauf der Eurofighter
(Nr. 508 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend ein neues Behindertengesetz (Nr. 509 der Beilagen)
- 3.3.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Zweifel an der rechtskonformen Durchführung der Landtagswahl 2013 (Nr. 510 der Beilagen)
- 3.3.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2014 (Nr. 511 der Beilagen)
- 3.3.4 Anfrage der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Landesbedienstete in Karenz (Nr. 512 der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzender Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Jubiläumsjahr 2016 (Nr. 513 der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Schneglberger und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend den Tierschutz in Salzburg (Nr. 514 der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die palliative Versorgung im Bundesland Salzburg (Nr. 515 der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Hebammenzentrum in Mittersill (Nr. 516 der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend der Höhe der Führungskräftegehälter in den Salzburger Landeskliniken (SALK) (Nr. 517 der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Internatsbeihilfe für Lehrlinge (Nr. 518 der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Tarife und Plätze der Kinderbetreuungseinrichtungen im Bundesland Salzburg (Nr. 519 der Beilagen)

- 3.3.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Hilfe in besonderen Lebenslagen in den Jahren 2012 und 2013
(Nr. 520 der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend den Planungsstand und Beginn der Umbauarbeiten des Behindertenheims St. Vinzenz
(Nr. 521 der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend den bundesweiten Pflegefonds zwischen Bund und Ländern
(Nr. 522 der Beilagen)
- 3.3.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend präzisierende und ergänzende Fragen zur quantitativen, qualitativen und finanziellen Kontrolle der „therapeutisch-ambulanten Familienhilfe“ (TAF)
(Nr. 523 der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 3.4.1 Bericht des Rechnungshofes (Reihe Salzburg 2014/2) betreffend Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen
4. Aktuelle Stunde
"Die Auswirkungen der Finanzturbulenzen rund um die Hypo-Alpe-Adria Bank auf den aktuellen Landeshaushalt, sowie auf die künftigen Budgets des Bundeslandes Salzburg" (TSS)
5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
- 5.1 Mündliche Anfrage der Abg Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Berücksichtigung der Wohnbeihilfe in der Mindestsicherung
- 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Auswirkungen der finanziellen Lage der Hypo Adria für das Land Salzburg
- 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold betreffend „untergetauchte“ Asylwerber in Salzburg
- 5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold betreffend Streichung der Zuschüsse zu den Elternbeiträgen
- 5.5 Mündliche Anfrage der Abg. Blattl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend aktuelle Entwicklung der Zahl der Strom- und Gaskunden der Salzburg AG
- 5.6 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Vordienstzeiten in den SALK
- 5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Essl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend das Projekt „Salzburg 2016“

- 5.8 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend dem Projekt 380-kV-Leitung
6. Dringliche Anfragen
- 6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend ein neues Behindertengesetz (Nr. 509 der Beilagen)
- 6.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Zweifel an der rechtskonformen Durchführung der Landtagswahl 2013 (Nr. 510 der Beilagen)
7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz (Nr. 296 der Beilagen), mit dem das Salzburger Schulaufsichts-Ausführungsgesetz 1995, das Salzburger Bezügegesetz 1998, das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Magistrats-Bedienstetengesetz und das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001 geändert werden (Nr. 418 der Beilagen – Berichterstatte-rin: Abg. Mag.^a Gutschl)
- 7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung Nr. 294 der Beilagen betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Nr. 419 der Beilagen – Berichterstatte-rin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)
- 7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 295 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Luftreinhaltengesetz für Heizungsanlagen geändert wird (Nr. 420 der Beilagen – Berichterstatte-r: Abg. Fuchs)
- 7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 297 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kur-taxengesetz geändert wird (Nr. 421 der Beilagen – Berichterstatte-r: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.5 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 298 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Ortstaxengesetz 2012 geändert wird (Nr. 422 der Beilagen – Berichterstatte-r: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klub-obmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 374 der Beilagen) betreffend ge-nerelles Verbot von Verkauf, Erwerb, Besitz und Verwendung jeglicher Art von Pyro-technik an/von/durch Private(n) und des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, HR Dr. Schöchel und Mag.^a Gutschl (Nr. 360 der Beilagen) betreffend das Verbot des Gebrauchs und Besitzes von pyro-technischen Gegenständen für Privatpersonen (Nr. 423 der Beilagen – Berichterstatte-rin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

- 7.7 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Ing. Sampl (Nr. 359 der Beilagen) betreffend das Verbot von hormonell wirksamen Chemikalien in Kosmetikprodukten (Nr. 424 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)
- 7.8 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Haitzer und Mag. Schmidlechner (Nr. 171 der Beilagen) betreffend die Flexibilisierung und Attraktivierung der Nutzung des Salzburger Verkehrsverbundnetzes (Nr. 425 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Haitzer)
- 7.9 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann (Nr. 26 der Beilagen d.1.S.d.15.GP) betreffend eine Reform des Salzburger Verkehrsverbundes (Nr. 426 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 7.10 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth (Nr. 179 der Beilagen) betreffend die Einrichtung eines unabhängigen, interdisziplinären Fachgremiums für SeniorInnen-Fragen (Nr. 427 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.11 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann (Nr. 268 der Beilagen) betreffend das neue österreichische Brustkrebs-Früherkennungsprogramm (Nr. 428 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 7.12 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth, Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl (Nr. 367 der Beilagen) betreffend die Erhebung von Datenbeständen in Zusammenhang mit der Erfüllung von Bildungsstandards durch Salzburger Kinder und Jugendliche (Nr. 429 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 7.13 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Antrag der Abg. Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und HR Dr. Schöchli (Nr. 362 der Beilagen) betreffend die Abschaffung der Zeitemstellung (Nr. 430 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)
- 7.14 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl (Nr. 261 der Beilagen) betreffend die Aufnahme des Frauengesundheitszentrums ISIS in die Gesundheitsplattform (Nr. 431 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 7.15 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann (Nr. 370 der Beilagen) betreffend ein Programm zum Ausbau der Pumpspeicherwasserkraft (Nr. 432 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 7.16 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Modellversuche Neue Mittelschule (Nr. 433 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Gutschi)

- 7.17 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften
(Nr. 434 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.18 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2011
(Nr. 435 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.19 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2012; Internationales
(Nr. 436 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchl)
- 7.20 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007
(Nr. 437 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 7.21 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend das St. Vinzenz-Heim Schernberg
(Nr. 524 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 7.22 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 L-VG zum Verzicht des Landes Salzburg auf die Rückzahlung eines Sanierungsdarlehens an die Gemeinde Bad Gastein und eines nachrangigen Gesellschafterdarlehens
(Nr. 525 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.23 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Mag.^a Sieberth, Hofbauer und Klubobmann Schwaighofer betreffend die Absage der Bildungsstandard-Testungen
(Nr. 526 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 380 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Jänner 2014
(Nr. 438 der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013
(Nr. 439 der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend (Nr. 293 der Beilagen) Vergleich der tatsächlichen Kosten zu den eingehobenen Gebühren bei Wasser, Kanal und Abfall aller 119 Salzburger Gemeinden
(Nr. 440 der Beilagen)

- 8.4 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 300 der Beilagen) – betreffend den Haushaltsvollzug 2013 (Nr. 441 der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 384 der Beilagen) betreffend Spekulationsverluste von Salzburger Gemeinden (Nr. 442 der Beilagen)
- 8.6 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 406 der Beilagen) betreffend manipulierte Unterstützungserklärungen des Teams Stronach bei der Landtagswahl 2013 (Nr. 443 der Beilagen)
- 8.7 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 408 der Beilagen) betreffend Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den Salzburger Landtagswahlen (Nr. 444 der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 378 der Beilagen) betreffend ein vermeintliches Landwirtschaftsprojekt in Mittersill (Nr. 445 der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann (Nr. 203 der Beilagen) Dr. Haslauer betreffend Haftungen der 119 Salzburger Gemeinden (Nr. 446 der Beilagen)
- 8.10 Anfrage der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSC und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 381 der Beilagen) betreffend Geschäftsführerin Museumsrundgang und Kulturelle Sonderprojekte (Nr. 447 der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Schwaighofer und Scheinast an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 383 der Beilagen) betreffend die Initiative „Alpine Gesundheitsregion SalzburgerLand“ (Nr. 448 der Beilagen)
- 8.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 449 der Beilagen)
- 8.13 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und KV Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 389 der Beilagen) betreffend das Umweltverträglichkeitsgutachten für die 380-kV-Leitung (Nr. 450 der Beilagen)

- 8.14 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Hirschbichler MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 375 der Beilagen) betreffend die personelle Ausstattung der Lebensmittelkontrolle im Bundesland Salzburg (Nr. 451 der Beilagen)
- 8.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 289 der Beilagen) – betreffend die Erhöhung der Adaptierungskosten für das Landesverwaltungsgericht (Nr. 452 der Beilagen)
- 8.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 453 der Beilagen)
- 8.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 400 der Beilagen) – betreffend die Arbeitszeiteinhaltung bei den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen (SAB, RHV und WSB) (Nr. 454 der Beilagen)
- 8.18 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 385 der Beilagen) betreffend die derzeitige Reichweite und Administration des Patientenverfügungsregisters (Nr. 455 der Beilagen)
- 8.19 Anfrage der Abg. Mag.^a Sieberth und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 387 der Beilagen) betreffend Untersuchungen der SexarbeiterInnen (Nr. 456 der Beilagen)
- 8.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 457 der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 291 der Beilagen) betreffend die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs (Nr. 458 der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Haitzer und Schneglberger an Landesrat Mayr (Nr. 390 der Beilagen) betreffend die Regionalbuslinien 120 und 131 zwischen Mattsee bzw. Berndorf und Salzburg (Nr. 459 der Beilagen)
- 8.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 460 der Beilagen)

- 8.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 300 der Beilagen) – betreffend den Haushaltsvollzug 2013 (Nr. 461 der Beilagen)
- 8.25 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 462 der Beilagen)
- 8.26 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 397 der Beilagen) betreffend Prämien im Salzburger Landesdienst (Nr. 463 der Beilagen)
- 8.27 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 378 der Beilagen) betreffend ein vermeintliches Landwirtschaftsprojekt in Mittersill (Nr. 464 der Beilagen)
- 8.28 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 465 der Beilagen)
- 8.29 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 379 der Beilagen) – betreffend die Abwasserentsorgung im Bundesland Salzburg (Nr. 466 der Beilagen)
- 8.30 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 400 der Beilagen) – betreffend die Arbeitszeiteinhaltung bei den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen (SAB, RHV und WSB) (Nr. 467 der Beilagen)
- 8.31 Anfrage der Abg. Haitzer und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 382 der Beilagen) betreffend den Salzburger Gemeindeausgleichsfonds (Nr. 468 der Beilagen)
- 8.32 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 379 der Beilagen) – betreffend die Abwasserentsorgung im Bundesland Salzburg (Nr. 469 der Beilagen)
- 8.33 Anfrage der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 386 der Beilagen) betreffend die Salzburger Landeskliniken (Nr. 470 der Beilagen)

- 8.34 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 388 der Beilagen) betreffend Wartezeiten in den Salzburger Spitälern (Nr. 471 der Beilagen)
- 8.35 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 391 der Beilagen) betreffend die aktuelle Situation in den Frauenhäusern des Bundeslandes Salzburg (Nr. 472 der Beilagen)
- 8.36 Anfrage der Abg. Jöbstl und Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 392 der Beilagen) betreffend die Qualitätssicherung von Jugendzentren und die Richtlinien zur Fördervergabe (Nr. 473 der Beilagen)
- 8.37 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 393 der Beilagen) betreffend den Stand der Quotenerfüllung bei der Aufnahme von Asylwerbern im Bundesland Salzburg und den damit verbundenen Erfordernissen, Quartiere zur Verfügung zu stellen und der angekündigten Schließung von Quartieren wegen Qualitätsmängeln (Nr. 474 der Beilagen)
- 8.38 Anfrage der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 394 der Beilagen) betreffend den Runden Tisch Menschenrechte (Nr. 475 der Beilagen)
- 8.39 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 395 der Beilagen) betreffend die Standards in Asylwerberunterkünften (Nr. 476 der Beilagen)
- 8.40 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 396 der Beilagen) betreffend die Gewährung von besoldungsrechtlichen Besserstellungen und die Auszahlung von Belohnungen (Nr. 477 der Beilagen)
- 8.41 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 400 der Beilagen) – betreffend die Arbeitszeiteinhaltung bei den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen (SAB, RHV und WSB) (Nr. 478 der Beilagen)
- 8.42 Anfrage der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 379 der Beilagen) – betreffend die Abwasserentsorgung im Bundesland Salzburg (Nr. 479 der Beilagen)
- 8.43 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 398 der Beilagen) betreffend Gewalt an Kindern im Bundesland Salzburg (Nr. 480 der Beilagen)
- 8.44 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 399 der Beilagen) betreffend Ganztagesförder- und –betreuungsstätten für schwer(st) (mehrfach)behinderte Volljährige (Nr. 481 der Beilagen)

9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. März 2010 zum Antrag der Abg. Neuhofer, Dr. Schöchler und Ing. Schwarzenbacher (Nr 386 der Beilagen) betreffend die Erstellung eines jährlichen Tiertransport-Berichts für das Land Salzburg (Nr. 482 der Beilagen)

- -

(Beginn der Sitzung: 9:05 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Einen herzlichen guten Morgen. Ich eröffne hiermit die 5. Sitzung der 2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode. Ich möchte kurz unseren Tagesablauf bekanntgeben.

In der Präsidialkonferenz wurde festgelegt, dass um zirka 12:30 Uhr unterbrochen wird und um 14:00 Uhr dann die Ausschussberatungen beginnen. Und ich darf gleich zu Beginn ersuchen, dass wir auch wieder eine gute Zeitdisziplin bei unseren Wortmeldungen halten, denn wir haben ja eine umfangreiche Tagesordnung, damit wir alle Interpellationspunkte erledigen können. Ich komme zu

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind: Landeshauptmann Dr. Haslauer ganztätig, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl eine halbe Stunde zwischen 11:00 und 13:00 Uhr, Landesrat Dr. Schellhorn ab 16:00 Uhr, nachdem er die Rauriser Literaturtage zu eröffnen hat, Zweite Präsidentin Mosler-Törnström ganztätig, Abgeordneter Schneglberger aufgrund Krankheit ganztätig und Abgeordnete Dr. Solarz von 17:30 bis 19:00 Uhr.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 4. Sitzung der 2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll der 4. Sitzung der 2. Session der 15. Gesetzgebungsperiode ist allen Landtagsparteien zeitgerecht zugegangen. Es sind keine Einwände dagegen in der Landtagsdirektion eingelangt.

Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen? Danke. Damit stelle ich die einstimmige Genehmigung fest und ich möchte mich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich bei unseren beiden Stenografinnen, Frau Auer und Frau Steindl, bedanken, für die gute Qualität und die rasche Fertigstellung unserer Protokolle. Vielen Dank. Danke! (Beifall der Abgeordneten)

Ich rufe jetzt auf

Punkt 3: Einlauf

3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich acht Vorlagen der Landesregierung.

3.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird
(Nr. 409 der Beilagen)

3.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Berufsjägergesetz geändert wird
(Nr. 410 der Beilagen)

3.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Umweltschutz- und Umweltinformationsgesetz geändert wird
(Nr. 411 der Beilagen)

3.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz 1969 geändert wird
(Nr. 416 der Beilagen)

3.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 L-VG zum Verzicht des Landes Salzburg auf die Rückzahlung eines Sanierungsdarlehens an die Gemeinde Bad Gastein und eines nachrangigen Gesellschafterdarlehens
(Nr. 417 der Beilagen)

3.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Feuerwehrgesetz geändert wird
(Nr. 483 der Beilagen)

3.1.7 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Bautechnikgesetz geändert wird
(Nr. 484 der Beilagen)

3.1.8 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz geändert wird
(Nr. 485 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenprobe. Danke, damit sind diese Geschäftsstücke zugewiesen.

Ich komme zu

3.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen für leistbares Wohnen im Bundesland Salzburg

(Nr. 486 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Klubvorsitzender Steidl)

Da dieser dringliche Antrag eine Initiative für eine Gesetzesänderung enthält, werden wir gemäß der Geschäftsordnung § 63 Abs. 3 zwar heute die Dringlichkeit diskutieren hier im Haus und auch abgestimmt und der Antrag wird dann im Ausschuss am 9. April von uns behandelt.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer Abgeordneten Hofbauer um Verlesung des Antrages der SPÖ.

Abg. Hofbauer (verliest den dringlichen Antrag)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Ich darf darauf hinweisen, dass jeder Redner fünf Minuten hat. Für den Antragsteller SPÖ Herr Klubvorsitzender Steidl, bitte.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind ja alle angehalten, jeden Tag eine gute Tat zu tun. Ich will diese Landtagssitzung mit einer guten Tat, nämlich mit einem Lob beginnen, und dieses Lob gebührt heute unserem Landesrat Hans Mayr für seine Wohnbedarfserhebung.

Weil das Ergebnis dieser Erhebung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Überlegungen und die Politik der Sozialdemokratie hier in Salzburg bestätigt hat und damit eigentlich die Hoffnung groß ist, dass die ideologiebeladene Debatte über Eigentum versus Miete endlich entschieden und vielleicht doch in die Mottenkiste der Geschichte zurückgepackt werden kann.

Herr Landesrat, es liegt jetzt an Dir, ob Du Deiner eigenen Umfrage und Erhebung treu bleibst in den nächsten Monaten, nämlich ein Drittel der Steuergelder für Eigentumswohnungen zu investieren und zwei Drittel der hart erarbeiteten Steuergelder in leistbare Mietwohnungen zu investieren oder Du dem ideologischen schwarzen Diktat vielleicht doch nachgeben musst. Wir werden Dich sehr gerne unterstützen, damit Du Deinen eigenen Auftrag gut erfüllen und nachkommen kannst und haben dazu auch einen dringlichen Antrag eingebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind konfrontiert mit einer wachsenden Ungleichheit. Wir haben eine Situation, dass wir im Bundesland Salzburg immer weniger gut bezahlte Industriearbeitsplätze mit überdurchschnittlichen Einkommen haben. Wir haben immer mehr Teilzeitjobs. Wir haben immer mehr Jobs im Dienstleistungsbereich mit weniger Einkommen und wir haben auch eine überdurchschnittliche steuerliche Belastung der Klein- und Mittelverdiener. Stagnierende Einkommen auf der einen Seite, rapid wachsende Grundkosten auf der anderen Seite bringen unser sozial- und wohnungspolitisches Ziel, nämlich erschwingliche Wohnungen für Klein- und Mittelverdiener, immer mehr außer Reichweite. Eine Durchschnittsfamilie kann die Kosten für Wohnen kaum noch stemmen, daher meine sehr geehrten Damen und Herren ist es höchste Zeit, dass die Politik reagiert und ich lade daher alle Parteien ein, unsere Ziele zu unterstützen, die da wären:

Erstens € 8,-- Miete warm pro Quadratmeter sind genug und meine sehr geehrten Damen und Herren wir können dieses Ziel erreichen. Wir können dieses Ziel erreichen, wenn wir mit den Akteuren, die den Kunden nutzen und nicht die Renditeorientierung im Fokus ihres Geschäftsmodells haben, verstärkt als Partner vertrauen, nämlich der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Und mit den Gemeinnützigen ist dieses Ziel sehr schnell, sehr rasch und sehr kompetent zu schaffen.

Zweitens: Wir brauchen eine Widmungskategorie geförderter Wohnbau. Das ist ein Grundproblem, das uns in den letzten Jahren in diese Enge getrieben hat und die neue Bundesregierung in Wien hat ja auch auf meinen Vorschlag hin im Volkswohnungswesen zugesagt, diesen Paragraphen bzw. diesen Artikel in der Österreichischen Bundesverfassung zu ändern, damit wir in der Raumordnung auf der landesgesetzlichen Ebene endlich diese Widmungskategorie geförderter Wohnbau ohne Gefahr des Aufhebens durch den Verfassungsgerichtshof umsetzen können. Den notwendigen Spielraum würde auch natürlich eine faire Zinsenpolitik geben.

Wir haben jetzt für das geschenkte Geld - ich komme schon zum Schluss, Frau Präsidentin - für das sogenannte geschenkte Geld, nämlich die Wohnbaufördermittel, die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern monatlich abgeliefert werden. Da bekommen wir € 112 Mio. nach Salzburg geliefert und das Geld, das die Arbeitnehmer von ihrem verdienten Geld abgeliefert haben, verlangt das Land dann 1,5 % Zinsen. Wenn wir das senken würden, dann könnten wir im ersten Jahr beim Bezug einer Wohnung pro Monat € 180,-- Zinersparnis haben. Das kostet das Land netto € 1,4 Mio.. Aber nicht € 1,4 Mio., wenn man dann gegenrechnet, dass weniger Wohnbauhilfe zu zahlen ist. Damit würde sich dieser Betrag reduzieren. Also meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche um Zustimmung der Dringlichkeit zu unserem Antrag bzw. im Sinne dessen, wie es in der Geschäftsordnung steht § 63, dass dann bei der nächsten Ausschusssitzung dieser Antrag behandelt wird und lade alle ein, sich mit unseren Forderungen eins zu wissen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Mayer von der ÖVP. Ich läute wieder nach vier Minuten quasi ein und nach fünf Minuten ab.

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Was für ein Mayer?)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: ÖVP habe ich gesagt.

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Vornamen dazu nehmen, wenn wir so viele Mayers haben.)

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen!

Wolfgang Mayer am Wort und auch ich, sehr geehrter Herr Klubvorsitzender, darf diesen Tag mit einer guten Tat beginnen und gleich die geradezu greifbare Spannung im Raum beenden: Die Salzburger Volkspartei wird der Dringlichkeit zu diesem Antrag zustimmen. Die Frau Präsidentin hat es erwähnt, nach § 63 Abs. 3. Wir freuen uns auf eine angeregte Debatte am 9. April, soweit ich das in Erinnerung habe und darf kurz inhaltlich auf den Antrag eingehen, den ich aus mehreren Sachen, aus mehreren Gesichtspunkten heraus sehr begrüße.

Zum einen, Herr Klubvorsitzender, ist der Komplexität des Themas Rechnung getragen. Wir sind uns einig, dass das Thema leistbares Wohnen, erschwingliches Wohneigentum nicht nur über die Wohnbauförderung gelöst werden kann, sondern dass es hier einer Reihe von Stellschrauben bedarf.

Ich darf kurz erinnern, wo all diese Stellschrauben bereits in einer sehr ausführlichen Art und Weise dargestellt sind. Es ist dies eine sehr lesenswerte Publikation, das Arbeitsübereinkommen dieser Regierung, Kapitel 13 und 12. Und es ist dies, Herr Landesrat, ich darf Dich an dieser Stelle hier loben, das Protokoll zum dritten Wohnbau-Round-Table, der am Montag in sehr ausführlicher Weise und unter Einbindung der Sozialpartner von Arbeiterkammer bis Wirtschaftskammer seine Ergebnisse präsentiert hat.

Was sind die Ansatzpunkte, die wir hier bewerkstelligen müssen? Zum einen ist es und das steht zweifelsfrei fest, die Raumordnung, einer der wichtigsten Stellschrauben für leistbares Wohnen. Wir alle wissen, 17 % der Salzburger Fläche ist besiedelbar. Der Rest ist Flüsse, Seen, alpines Ödland, Gefahrenlagen. Nur 17 % sind besiedelbar. Die müssen wir mobilisieren. Wir haben jetzt schon die Widmungskategorie förderbarer Wohnbau. Wir können Vorbehaltsflächen ausweisen. Das Problem ist, dass dieses Instrument, vor allem von jenen, die danach gerufen haben, zu wenig angewandt wird. Ich denke hier an die Stadt Salzburg, wo es keinen einzigen Fall gibt, wo eine Vorbehaltsfläche für förderbaren Wohnbau ausgewiesen worden ist. Aber auch über die Widmungskategorie des förderbaren Wohnbaus wird man nachdenken können im Rahmen einer Evaluierung des Raumordnungsgesetzes und im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenkataloges zur Raumordnung, an der die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Rössler zur Zeit sehr intensiv mit ihrem Team arbeitet, wofür ich mich an dieser Stelle bedanke.

Der zweite große Ansatzpunkt, und auch das ist dankenswerterweise im Antrag bereits erwähnt, sind die Baukosten, sind die Standards im Bauen. Auch hier gibt es schon lange Jahre genügend Ansätze, wie wir das bewältigen können. Landesrat Mayr hat hier die Federführung übernommen und ich bin sehr zuversichtlich, dass die Arbeitsgruppe bestehend aus Wirtschaftskammer, Bauträgern, Gemeinnützigen, die richtigen Maßnahmen setzen wird.

Der wichtigste Ansatzpunkt - und hier möchte ich ein bisschen ausführlicher verweilen -, ist natürlich die Wohnbauförderung, der Wohnbaufonds. Ich lese im Antrag, dass dieser im Hinblick auf Kontrolle und Transparenz zu verbessern ist. Ich gebe völlig Recht und darf das auch begründen. Ich wundere mich nur, warum sich die SPÖ seit 2006 mit Händen und Füßen gegen mehr Transparenz und Kontrolle in diesem Wohnbaufonds gefördert hat, auch in diesem Haus. Warum ist das so wichtig? Wir haben und erstmals liegen ordentliche Zahlen dank Landesrat Mayr auf dem Tisch, wir haben im Wohnbaufonds eine Bilanzsumme von € 2,2 Mrd..

Ich darf nur kurz erwähnen, das ist die Bilanzsumme der Salzburger Volksbank, mit der wir hier arbeiten. € 2,2 Mrd.. Wir haben € 598 Mio. an ÖBFA-Darlehen, für die wir jetzt, weil auch die Zinsstruktur angesprochen worden ist, höhere Zinsen zahlen, weil im Jänner - um die Spekulationen ein bisschen freundlicher darzustellen -, die Zinsabsicherungsgeschäfte verkauft worden sind und wir, Herr Landesrat wird das bestätigen, können jetzt die Zeche zahlen.

Es ist kritisiert worden die Abflachung, der hohe Anstieg der Mietkurven. Ich gebe völlig Recht. Wenn wir bedenken, dass die Mieten bei gefördertem Mietwohnbau innerhalb von 12 Jahren um 70 % steigen - innerhalb von 12 Jahren um 70 % steigen im geförderten Mietwohnbau -, dann ist das verantwortungslos und auch eine Bürde, die wir hier, die neue Regierung, mit viel Geld aufzuarbeiten haben. Ich freue mich auf die Debatte um leistbares Wohnen am 9. April und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Kollege Wiedermann von der FPÖ.

Abg. Wiedermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren der Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der gute Tag ist heute schon mehrmals gefallen. Ich hoffe, es wird eine gute Zukunft für all jene, die vor einem Wohnungsproblem stehen. Und wer die Wohnungsnot in Salzburg kennt, vor allem die Problematik für Wohnungssuchende, der weiß, wie wichtig hier Reformen sind,

wie wichtig es sein wird, Wohnen tatsächlich wieder leistbar zu machen. Wenn man sich aber dann so das Programm und die Vorstellungen der neuen Landesregierung, die Arbeiten der einzelnen Arbeitsgruppen anschaut und vor allem dann auch Ankündigungen, dass Einstiegsmietten um etwa € 1,50 pro Quadratmeter künftig steigen sollen, so muss man sich wirklich fragen, ist das die Zukunft des leistbaren Wohnens, auch wenn die Kurve der Verteuerung der Wohnungen dann etwas flacher ausfallen wird, Herr Landesrat. € 1,50 pro Quadratmeter ist für sehr viele, sehr, sehr viele präsumtive Mieterinnen und Mieter etwas, was über die Substanz hinausgeht und zwar weit über die Substanz hinausgeht.

Es gibt bereits jetzt unzählige Fälle, wo es daran scheitert, dass sich jemand eine Wohnung leisten kann, weil genau der Betrag zwischen € 100 und € 150 nicht in der Geldtasche ist. Dieses Geld fehlt. Und ich hoffe und ich hoffe es wirklich, vielleicht schaffen wir das gemeinsam, dass es nicht wieder zehn Jahre dauert, bis hier endlich Reformen umgesetzt werden, spürbare Reformen umgesetzt werden. Ich erinnere an den zuletzt beschlossenen Antrag der FPÖ, Abschaffung der Ungleichbehandlung befristete, unbefristete Mietverhältnisse, was sich ja jetzt die Regierungsparteien auf ihren Erfolg zuschreiben. Das hat zehn Jahre gedauert. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es werden mehrere notwendig sein. Wir werden natürlich, liebe Kollegen von den Sozialdemokraten, wir werden Eurem dringlichen Antrag zustimmen und werden dann auch am 9. entsprechende Vorschläge dazu einbringen, entsprechende Diskussionen führen. Faktum ist aber, dass zumindest das, was jetzt am Tisch liegt, was jetzt am Papier vorhanden ist, doch in weiten Teilen kein Weg Herr Landesrat ist, um das Wohnen wieder leistbarer zu machen, sondern irgendwo hintenherum Erhöhungen da sind. Ich erinnere an das Papier, was wir am Montag bekommen haben, der Infrastrukturkostenbeitrag, der irgendwo drinnen steht. Dann eine progressive Bodenwertabgabe. Ja wer, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer wird letztlich diese Abgaben - sofern sie kommen, aber sie sind angedacht -, wer wird diese Abgaben zahlen? Der Grundbesitzer oder der künftige Mieter oder die Mieterin oder der Häuselbauer oder der Käufer einer Eigentumswohnung? Ich glaube, dass es nicht der Grundbesitzer sein wird. Und es wurde auch angesprochen mit der Zinsabsicherung. Es steht nach wie vor im Raum und das war bei der Besprechung am Montag auch klar erkennbar und wurde auch so festgestellt, dass auch die Konversion nach wie vor irgendwo im Raum steht und dass hier mit den Gemeinnützigen noch entsprechende Verhandlungen zu führen sind. Scheitern diese Verhandlungen, dann wird es notwendig werden, hier andere Formen der Finanzierung aufzunehmen oder an andere Formen heranzugehen. Und wenn es wieder Fremdfinanzierungen sein sollten, was ja auch irgendwo im Raum steht, mit einer Fixverzinsung von 1,5 %, dann begeben wir uns wieder in die Nähe der Spekulationen und ich habe es am Montag bei dieser Sitzung schon gesagt, dann laufen wir Gefahr, dass wir wieder in Richtung, ich sage das jetzt ganz hart, Rathgeber 2 laufen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich vom Team Stronach Salzburg Kollege Otto Konrad, bitte.

Abg. Konrad MBA: Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Mitglieder des Landtages, auch die Zuhörer!

Die Diskussion an sich möchte ich vielleicht in einen anderen Bereich hineinheben, wie ist es in der Medizin? Das erste, was ich brauche, um überhaupt einen kranken Körper wieder gesund zu bringen, gesund zu pflegen, ist eine Diagnose. Kollege Wiedermann, es tut schon weh, wenn jetzt gewisse Dinge auftauchen aus dieser Analyse, aus dieser Umfrage und Herr Landesrat Mayr jetzt einmal gesagt hat, welche Möglichkeiten gibt es. Ich freue mich auf die Diskussion riesig. Was ich aber sagen möchte: Dieser Patient Wohnbau, leistbares Wohnen, gesteigerte Mieten, das ist wie die Fieberkurve von einem Patienten. ...

(Zwischenruf Abg. Wiedermann: Leistbares Wohnen!)

... Ja, das ist wie eine Fieberkurve von einem Patienten, wo man jetzt sieht, hoppala der Patient ist krank und jetzt geht man her, macht eine Analyse, eine Diagnose und versucht einmal, alle Möglichkeiten herauszufinden, um diesen Patienten wieder gesund zu pflegen. In der Vergangenheit, Kollege Steidl, natürlich gibt es viele Stellhebel. Aber das ist ungefähr so, wenn man einem Patienten ein bisschen dort ein Pulver und da ein bisschen eine Injektion gibt. Ich muss das Gesamte sehen. Ich frage mich ja jetzt wirklich nur eines, dieses Problem ist ja nicht von gestern auf heute entstanden, sondern der Patient war ja schon jahrelang krank und man hat gewusst, was auf uns zukommt. Jetzt hat man einmal eine Diagnose erstellt und geht her und sagt, wie können wir das lösen? Aus dem Grund natürlich unterstützen wir diesen Antrag und ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss, wie können wir diesen Patienten gesund pflegen. Auf der anderen Seite muss man sich natürlich schon auch sehr ehrlich fragen, was ist in der Vergangenheit geschehen? Wieso hat es überhaupt so weit kommen können, dass dieser Patient so krank ist und eines muss man ganz ehrlich sagen: Das war oder das ist auf der einen Seite Reparatur Medizin, wo wir alle sagen, ah die brauchen wir nicht oder wir brauchen eine gute, aber die Prävention wäre viel gescheiter gewesen. Was wir jetzt hier haben, ist eine Reparaturpolitik. Und dass diese Reparaturpolitik, sprich, wenn ein Organ schon einmal kaputt ist, dass vielleicht eine Transplantation notwendig ist, selbst das kann passieren. Ich hoffe, dass der Patient nicht so krank ist und dass wir hier mit dieser Reparaturpolitik den Patienten in dem Sinne leistbares Wohnen, Wohnbaufonds, wieder auf die Beine bringen. Und eines ist schon ganz klar: Wenn ich einen Gegner schlagen möchte, dann lobe ich ihn zu Tode. Und Kollege Wiedermann, danke für die Art und Weise, wie man diese Diagnose sehr kritisch betrachtet. Weil sonst hätten alle gesagt, supertoll, Herr Landesrat Mayr, wie toll er das gemacht hat und endlich geht was weiter. Gott

sei Dank gibt es auch Widerstand in der Diskussion. Auf die freuen wir uns wirklich. Und da sollten wir uns wirklich, also wir alle, jetzt versuchen, ein Ziel zu verfolgen. Diese Diskussion, glaube ich, wird sehr, sehr kritisch geführt. Aber ich glaube, wir haben eines auf jeden Fall. Wir haben eine Diagnose und jetzt müssen wir schauen, welche Medikamente können wir da dem Patienten verabreichen, dass die Fieberkurve, sprich Miete, wieder etwas nach unten geht. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet, Kollege Scheinast von den Grünen. Bitte.

Abg. Scheinast: Frau Präsidentin! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Kollegen!

Leistbares Wohnen ist in letzter Zeit sehr viel diskutiert worden in verschiedenen Arbeitskreisen, die Landesrat Mayr zu dem Thema eingesetzt hat. Wir haben einiges an Ergebnissen momentan schon vorliegen. Es gibt viele Ideen im Bereich der Raumordnung, Wohnbau, baurechtlicher Veränderung. Leistbares Wohnen ist eine ganz eine wichtige Geschichte. Wir haben in Salzburg ein großes Problem: wir sind ein Tourismus- und kein Industrieland. Das heißt, die Löhne sind sehr niedrig im Vergleich zu anderen Ländern. Aber wir sind ein sehr begehrtes Land, deswegen sind die Grundpreise sehr hoch. Jeder möchte in Salzburg wohnen. Wir haben eine Zweitwohnsitzproblematik, die die Kosten treibt. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen, dass man gerne in Salzburg ist, aber es wird leider zu wenig verdient.

Natürlich könnte man dabei jetzt auch in die Mindestlohndebatte einsteigen und sagen, wir verdienen halt einfach zu wenig. Die Löhne passen nicht zu den Preisen. Aber auch die Kosten sind etwas, das man sich anschauen muss. Nämlich die Baukosten, wie können wir die senken, wie können wir möglichst optimal auf dem vorhandenen Grund, den es gibt, bauen.

Und wir sind der Meinung, dass wir auf einem ganz guten Weg sind, angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen, irgendeinen Ausweg zu finden, um für die Salzburger das Wohnen wieder ein bisschen leistbarer zu machen. Ein Weg könnte auch sein, da bin ich fest davon überzeugt, den leerstehenden Wohnraum mehr wieder ins Gespräch zu bringen. Es wird so viel gebaut und gerade aus ökologischer Sicht ist es natürlich so, dort, wo ich sämtliche Infrastrukturkosten schon habe, sämtliche Infrastrukturmaßnahmen gesetzt habe, die Wohnungen dann leer stehen zu lassen, das ist natürlich (ein doppeltes und vor allem auch) ein ökologisches und soziales Problem. Insofern freue ich mich auch auf die Diskussion am Neunten. Vielleicht gelingt es uns, die eine oder andere Maßnahme noch zusätzlich zu ergreifen und wir stimmen der Dringlichkeit zu. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ nochmal Klubvorsitzender Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Dass das Thema Wohnen und leistbares Wohnen nicht nur ein Thema und eine problematische Thematik hier im Bundesland Salzburg ist, zeigt ja auch die Diskussion in der Bundesrepublik. Das heißt, das ist mittlerweile ein Thema, das auf der Europäischen Ebene nicht nur angekommen ist, sondern auch dort gelöst oder mitgelöst werden soll, wenn alle europäischen Mitgliedsländern mit derselben Problematik konfrontiert sind, nämlich mit den horrend steigenden Grundstückspreisen auf der einen Seite und mit stagnierenden und sinkenden Einkommen auf der anderen Seite. Und das ist das Grundübel und das Grundproblem. Darum gibt es ja auch ein starkes Bemühen der Deutschen Bundesregierung mit dem Arbeitstitel Mietpreisbremse, wo also der Mietentwicklung der Kampf angesagt wird und es gibt auch seit wenigen Tagen eine Petition der Europäischen Hauptstädte, der Europäischen Mitgliedsländer, zum Thema sozialen Wohnbau. Auch auf dieser Ebene wird also versucht, den Kampf aufzunehmen.

Und zu Salzburg zurückkommend, lieber Herr Abgeordneter Otto Konrad. Der Wohnbaufonds, das haben auch die jüngsten Debatten rund um diesen Round-Table der Landesregierung bzw. des ressortzuständigen Regierungsmitgliedes Mayr gezeigt: Der Wohnbaufonds war von der Grundkonzeption her goldrichtig! Und er war richtig. Und die Wohnbauleistung in den letzten Jahren ist ja auch nicht gesunken, sondern sie war immer leicht auch im langfristigen Vergleich überdurchschnittlich in der Entwicklung. Und die Grundkonzeption auch von der Finanzierung her, war goldrichtig. Liefert doch die Konversion, das heißt der Wohnbaufonds, der seit 2006 gegründet worden ist, in den nächsten fünf Jahren € 545 Mio., € 545 Mio. an Konversionsmittel wieder zurück. Das heißt, das sind bis zu 44 % per anno, was aus der Vergangenheit der Wohnbaufonds für die Finanzierung der zukünftigen Wohnungen mitbeiträgt und das zeigt auch, dass die Konzeption des Wohnbaufonds goldrichtig war.

Eine Grundannahme, die getroffen wurde, hat fehlgeschlagen. Die hat also der Entwicklung nicht standgehalten, das waren die Einkommen, die ich bereits heute angesprochen habe. Das heißt, die Einkommensentwicklung hat nicht mit dem standhalten können, was in der Theorie des Wohnbaufonds angedacht wurde. Und wenn jetzt behauptet wird, dass die Finanzcausa Schuld ist, dass weniger Wohnungen gebaut werden können in Salzburg, dann stimmt das nicht. Der Wohnbaufonds hätte mit und ohne der Finanzcausa neu dotiert und strukturiert werden müssen. Warum? Weil dahinter das Zauberwort Stabilitätspakt steht. Und dieser Stabilitätspakt ist der Grund, warum der Wohnbaufonds und damit die Wohnbaufinanzierung auf neue Beine zu stellen ist. Und der Wohnbaufonds bzw. die Wohnbaumittel, ja

Kollege Schöchgl, das musst Du Dir halt einmal im Detail anschauen. Es kann ja auch lustig sein und politisch bequem sein, mit einer Fingerzeigpolitik auf die Finanzcausa zu zeigen. Nur die Fingerzeigpolitik, die wird uns letztendlich nicht weiterbringen und wird auch den Menschen keine neuen Wohnungen bringen, sondern die Finanzmittel werden auch in der Zukunft in der selben Größenordnung zur Verfügung stehen, wie das also in der Vergangenheit der Fall ist und man wird halt nachdenken müssen, und der Herr Landesrat hat auch zu unserer Initiative eine Stellungnahme öffentlich gemacht, indem er eigentlich bis auf einen Punkt alle Punkte der SPÖ mitübernommen bzw. zustimmend beurteilt hat. Der eine Punkt ist, aber das ist halt, weil er ein Banker ist, das mit der Zinsentwicklung, die 1,5 % Zinsen, die wir für geschenktes Geld aus dem Bund verlangen, könnten wir tatsächlich auf 0,25 % senken. Weil 1,5 % kriegen die Leute am freien Kapitalmarkt auch. Und wir sollten also günstiger für das Land die Fördermittel zur Verfügung stellen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, damit sind die Wortmeldungen erschöpft und wir kommen zur Abstimmung.

Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der SPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Danke damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Mag.^a Sieberth, Hofbauer und Klubobmann Schwaighofer betreffend die Absage der Bildungsstandard-Testungen
(Nr. 487 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

und ich ersuche nunmehr die Schriftführerin Frau Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des Antrages der Grünen.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die Antragsteller hat sich Kollege Simon Hofbauer gemeldet. Bitte!

Abg. Hofbauer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schon beachtlich, was da in den letzten beiden oder zwei, drei Wochen passiert ist. Seit Februar, wo dieses angebliche Datenleck aufgetreten ist. Profil fragt in der aktuellen

Ausgabe unter dem Titel "Von Kasachstan lernen? Wie konnte eine erfahrene Spitzenpolitikerin sich derart blamieren?" Gemeint ist SPÖ Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

Casus Belli ist der Abbruch sämtlicher Bildungsstandardtestungen in Österreich, ausgelöst durch eine Debatte über die Sicherheit von Daten am Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des Österreichischen Schulwesens, kurz BIFI, das, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, in Salzburg in der Alpenstraße angesiedelt ist.

Was ist passiert? Es gab ein angebliches Datenleck und man muss gleich zu Beginn festhalten, am BIFI gab es nie ein Datenleck. Die Presse hat am 26. Februar in einer Exklusivstory geschrieben, jetzt sind mehr als 400.000 Testergebnisse und Daten von 37.000 Lehrern im Internet aufgetaucht. Sie liegen auf einem rumänischen Server, unverschlüsselt und ungeschützt und damit weltweit für jeden Internetbenutzer einsehbar.

Mittlerweile hat sich das alles ziemlich relativiert und Profil schreibt dazu "tatsächlich schrumpft der Skandal bei näherer Analyse zu einem Ärgernis".

Was ist passiert? Das BIFI hat einen Auftrag vergeben an die Kapsch-BusinessCom, die haben da ein Testtool programmiert oder programmieren lassen und haben dafür alte, anonymisierte Daten vom BIFI bekommen, die sie da verwendet haben. Auf diese Probedaten auf den rumänischen Servern hat man aber nur mit genauer Detailkenntnis von der Datenbank zugreifen können. Kapsch hat dann gesagt, auf dem Server in Rumänien da ist ein kriminelles Schadprogramm festgestellt worden und das Bundeskriminalamt ermittelt in dieser Sache. Also man kann festhalten, dass ohne Detailkenntnisse und ohne die Original-IP-Adresse niemand auf diesen Server zugreifen hat können und dass die Daten, die dort gelegen sind, die wie gesagt anonymisiert waren und die unbrauchbar sind, weil das waren lauter Nuller und Einsen und ohne die dazugehörigen Testbögen hat man damit überhaupt nichts anfangen können, dass die auch mit Passwort geschützt waren.

Das heißt, es hat auch bis heute keinen einzigen Hinweis gegeben, dass jemals jemand auf diese Daten zugegriffen hat und dass sie heruntergeladen wurden. Das ist bis heute nicht belegbar. Auch die Ministerin hat das mittlerweile bestätigt letzte Woche. In der Nationalrats-sitzung in der Anfragebeantwortung hat sie gesagt: "Auch mir wurde berichtet, dass die Testergebnisse verschlüsselt waren, in anonymisierter Form und daher ohne Kenntnis der Datenbankstruktur nicht ausgelesen werden konnten."

Ja. Was war trotzdem die Konsequenz aufgrund dieses vermeintlichen Datenlecks? Die Ministerin hat entschieden, sämtliche Bildungsstandardtestungen auf unbestimmte Zeit auszu-

setzen. Davon betroffen sind nicht nur die internationalen Leistungsvergleiche PISA, also für Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften sowie TIMMS und PIRLS, sondern auch alle nationalen Bildungsstandards. Im Parlament sagt sie dazu "lassen Sie mich zum wiederholten Male Stellung beziehen und die Gründe ausführen, die mich veranlasst haben, schnell zu handeln, nämlich persönliche Daten, die geschützt gehören". Wie persönlich diese Daten waren, habe ich eben schon ausgeführt.

Was bedeutet das jetzt für uns alle? Die Ministerin meint dazu "Sie müssen verstehen, dass dieses konsequente Handeln in diesem Fall weder überhastet noch verantwortungslos, sondern im Gegenteil sehr verantwortungsvoll ist, nämlich mit dem Polster, dass nichts passieren wird, wenn wir einmal diese Testungen nicht vornehmen können". Konkret schaut das aber ganz anders aus. Österreich wäre nämlich nicht nur das erste Land, das aus den PISA-Testungen jemals ausscheidet. Wenn wir aussteigen, heißt das auch, also selbst wenn es nur einmal ist, dass wir die PISA-Testungen 2015 nicht machen können, das bedeutet, dass Österreich bei einem Wiedereinstieg 2018 erst die Werte ab 2024 international vergleichen kann. Ja. Denn in den Testzyklen 2018 und 2021 werden die Aufgaben von 2015 wieder verwendet und Österreich würde damit neun Jahre verlieren, weil auf keine ähnlichen validen internationalen Vergleichswerte zurückgegriffen werden kann. Also das heißt, das hat gravierende Folgen und dasselbe ist bei TIMMS und PIRLS, die auch nur alle vier bzw. fünf Jahre getestet werden. Zudem, das ist im Antragstext ebenfalls schon vorgelesen worden, drohen hohe finanzielle Verluste, weil natürlich Kosten entstehen. Und man muss auch sagen, in Salzburg sind ja 80 Leute ungefähr am BIFI beschäftigt. Da fragt man sich, was tun denn die jetzt, also woran arbeiten die, wenn ihnen quasi sämtliche Aufgaben jetzt entzogen werden, auf unbestimmte Zeit, die müssen wir ja auch irgendwie weiterbezahlen oder wir werfen alle hinaus und sperren das Institut zu.

Das heißt, die Folgen sind gravierend und deswegen bitten wir um die Zuerkennung der Dringlichkeit. Danke sehr. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Gutschi von der ÖVP.

Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Haben Sie in der Schule gerne an Test teilgenommen? Also ich für meinen Teil kann sagen, nicht unbedingt, in der Testphase selber. Im Anschluss dann, wenn das Ergebnis gekommen ist, habe ich aber sehr wohl gesehen, aha da bin ich schon ganz gut und dort sollte ich vielleicht doch noch ein bisschen etwas tun und ein bisschen lernen. Also Tests sind einmal

zweifelsfrei ein gutes Mittel, um eine Standortbestimmung zu machen, wie steht es mit unserem, mit meinem Wissen.

Man kann jetzt das Testverfahren des internationalen Vergleiches PISA, TIMMS, wie sie alle heißen, natürlich durchaus hinterfragen, wie gut diese Tests ablaufen und wie die Validität dieser Tests sind. Auch die Art und Weise der Testverfahren, der unterschiedliche Umgang in den unterschiedlichen Ländern und die Aussagekraft der Testergebnisse sind wahrscheinlich noch zu diskutieren. Aber zweifellos sind das Mittel und Maßnahmen, um einfach festzuhalten, wie steht es um die Bildungsstandards unserer Kinder und Jugendlichen in Österreich im internationalen Vergleich und wie schaut das auch in der Zukunft aus, was die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes anbelangt.

Dieser überstürzte Beschluss der Absage der Teilnahme an PISA und TIMMS Tests im Jahr 2015 durch die Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek, die mit einem Datenleck begründet wird, der Kollege Hofbauer hat es ja schon umfassend ausgeführt, ist mit aller Schärfe abzulehnen.

Ohne Beziehung von ExpertInnen oder Rücksprache mit den Betroffenen, wurde ein radikaler Schritt gesetzt, der die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und damit unseres Landes ganz wesentlich beeinflussen wird. Österreich war von Anfang an bei den PISA-Tests dabei. Wir wären jetzt das einzige OECD-Land, das aus dieser PISA-Testreihe aussteigen würde. Und dieser Ausstieg betrifft nicht nur ein Jahr, in dem keine Ergebnisse präsentiert werden, die nächstmögliche Teilnahme an der Studie könnte erst wieder 2018 erfolgen mit der Ergebnispräsentation im Dezember 2019 bzw. dem Festhalten der Ergebnisse im Jahre 2024, also der Vergleichbarkeit im Jahre 2024.

Was bedeutet das? Das bedeutet erstens einmal eine ganze Legislaturperiode ohne Testung, also keine wirklichen Daten, um das Thema der Weiterentwicklung der Bildungsstandards politisch zu bearbeiten. Aber das ist möglicherweise auch ein ganz angenehmer Effekt für eine Bildungsministerin, wenn man hier kein Ergebnis hat, weil Ergebnisse auch immer ganz gut dazu dienen, dass man kritisiert wird und zweitens wird der Vergleich zwischen den einzelnen Studien verunmöglicht. Es ist also absolut wichtig, Rückmeldungen zu bekommen, wie wir uns in diesem Bereich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt haben, um dann auch entsprechende Maßnahmen zu setzen, wo wir im Bildungsbereich, in der Bildungspolitik ansetzen, um die Standards zu erhöhen.

Die Bildungsstandards sind konkret formulierte Lernergebnisse, die sich aus den Lehrplänen ableiten lassen. Sie legen jene Kompetenzen fest, die die SchülerInnen bis zum Ende der vierten Schulstufe in Deutsch und Mathematik sowie zum Ende der 8. Schulstufe in Deutsch,

Mathematik und Englisch nachhaltig erworben haben sollen. Für die Bildungsstandardüberprüfungen bedeutet die Verschiebung in Deutsch, dass es keine zusammengefassten Daten für den kommenden nationalen Bildungsbericht 2015 gibt und eine Ableitung von Kriterien für erfolgreiche und gute Schulen oder Brennpunktschulen ist erst später möglich.

Zusammenfassend ist also zu sagen, dass auf die Absage der Testungen eine stimmige Weiterführung ausgeschlossen ist, eine Vergleichbarkeit ausgeschlossen ist und ein besonderer Schaden entsteht durch die Einstellung der Testreihen auch im Bereich der Schulentwicklung und Bildungsforschung. Wie soll man denn wissen, wohin die Reise geht, wenn wir keine relevanten Daten haben? Es ist vermutlich kein Zufall, dass diese überstürzte Absage der Teilnahme an diesen Bildungstestungen beinahe zeitgleich mit dem sehr ernüchternden, eigentlich vernichtenden Rechnungshofbericht zum Thema Neue Mittelschule passiert ist. Bisher wurde vom Salzburger Landtag von Seiten des Ministeriums trotz Aufforderung, die Daten aus der Bildungsstandarterhebung für Salzburger Schulen zur Verfügung zu stellen, verweigert. Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier sehr regionale Unterschiede gibt und es wäre keine Überraschung, wenn das auch tatsächlich so wäre.

Ich komme schon zum Ende, Frau Präsidentin. Ein Satz noch zum Thema Datenlecks, die ja offenbar gar nicht so groß sind, wie dargestellt. Bis zur Aufklärung dieser Datenlecks könnte man ja ohne weiteres mit dem Testverfahren einmal beginnen und die Digitalisierung dann zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schmidlechner von der SPÖ.

Abg. Mag. Schmidlechner: Geschätzte Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Also einmal zuerst: Auch für mich war der Stopp der Bildungsstandardtestungen vorerst überraschend. Überhaupt keine Frage. Und ich habe mir auch zu diesem Thema die Positionierung nicht leicht gemacht. Aber im Gegensatz zu meinen Kolleginnen und Kollegen, die Vorredner, habe ich mir doch die Mühe gemacht, dass ich mich auch beim Bildungsministerium informiert habe, was tatsächlich der Hintergrund dieser Stopps ist.

Punkt 1. Man kann jetzt Presse usw. zitieren, wie man will. Tatsächlich ist da die Datensicherheit derzeit nicht gegeben. Punkt 2. Es laufen kriminaltechnische Untersuchungen, die nicht abgeschlossen sind. Punkt 3. Gestern - und es war gestern - fand im Ministerium eine Präsidentenkonferenz statt, das heißt mit der Ministerin und den "Amtsführenden Präsi-

ten", auch dem "Amtsführenden Präsidenten" von Salzburg, wo klargestellt wurde, dass diese Testungen sobald wie möglich wieder stattfinden werden, aber erst dann, wenn die Datensicherheit gegeben ist und erst dann, wenn es wirklich der Fall ist, dass man auf diese Datensicherheit zählen kann. Und dazu gab es eine einhellige Meinung sowohl der Ministerin als auch der Präsidenten.

Ich glaube, es ist auch ganz wichtig, dass man sich auch im Vorfeld über solche Vorgehensweisen bzw. über solche Entscheidungen informiert, vor allem auch, wenn man Vertreter der Regierungs- oder der stärksten Regierungspartei im Bundesland Salzburg ist. Dies sind für mich schon Fakten, die eine ganz wesentliche Rolle spielen. Und es ist nicht so und es wurde nie beschlossen und wurde auch nie angeführt, dass diese Testungen bis 2019 oder 2020 ausgesetzt werden sollen. Es ist so, dass diese Testungen so lange ausgesetzt sind, solange die Datensicherheit nicht gegeben ist. Und dass Datensicherheit nicht irgendein Spiel ist oder nicht irgendetwas Unwichtiges ist, das wird uns allen in der jetzigen Zeit durchaus bewusst sein.

Zu einem anderen Punkt noch. Zu den Vorrednern. Wenn man dann von einem überstürzten Beschluss spricht, der vielleicht deshalb gemacht wurde, Frau Kollegin Gutsch, um die Bildungspolitik oder die Nichterfolge, wie Du es formuliert hast, der Bildungspolitik nicht darzustellen, da wundere ich mich schon ein bisschen. Weil soweit ich mich erinnere, ist es schon so, dass das Bildungsprogramm der Bundesregierung für die nächsten Jahre von Landeshauptmann Haslauer, also Ihrem Teamkapitän, ganz wesentlich mitverhandelt wurde. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass man jetzt hier hergehen kann und sagen kann, es ist alles so schrecklich und es ist alles so schlecht gelaufen und das, was jetzt passieren wird, ist alles schlecht, wenn die ÖVP erstens als Koalitionspartner im Bund und zweitens noch dazu vertreten durch Herrn Landeshauptmann Haslauer bei diesen Verhandlungen ein ganz wesentliches Wort mitgesprochen hat.

Ich glaube, es ist auch nicht unbedingt immer sinnvoll und es ist nicht immer Ziel der Sache, herzugehen und sich mit versteckten Fouls wie Zwickern, manchmal mit offenen Fouls zu bekämpfen, vielleicht mit der Vorstellung, dass die eigenen Fankurven dann jubeln und gar nicht wahrzunehmen, dass unsere Fankurven immer kleiner werden.

Ich glaube, es ist sehr, sehr viel sinnvoller, auf einem sachlichen Bereich zu argumentieren, - ja nicht nur unsere, Eure Fankurven auch auf einem sachlichen Bereich zu argumentieren -, so, dass die Politik als Ganzes wieder glaubhafter wird und diese Glaubhaftigkeit auch die Menschen dazu bringt, wieder mehr an die Politik zu glauben. Und in dem Fall ist es, glaube ich, sehr wohl auch wichtig, bei den Fakten zu bleiben und nicht irgendetwas zu argumentieren, was womöglich oder wahrscheinlich gar nicht richtig ist. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet vom Team Stornach Klubobmann Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Verehrte Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf auch ganz besonders den Präsidenten des Naturschutzbundes begrüßen, der heute unter den Zuhörern ist und ihm danken für seinen Einsatz für die Salzburger Natur.

Aber jetzt zur Sache selbst. Prozessüberwachung, Evaluierung, glaube ich, sind die wichtigsten Gegenstände, Schritte, wenn man ein Projekt, wenn man eine Firma leitet oder auch im Schulbereich eine Überprüfung braucht, wie liege ich, wo bin ich, wo geht es hin? Es ist der Eindruck natürlich nicht von der Hand zu weisen, dass da jemand diesen Vergleich scheut, dass er diesen Vergleich nicht haben will, dass vielleicht der Unterschied zwischen der Hauptschule und der Neuen Mittelschule gar nicht so an den Tag tritt, dass es da Verbesserungen gegeben hat, dass da eine Entwicklung stattgefunden hat, dass jetzt zwei Lehrer in der Klasse sind statt einer und trotzdem die Ergebnisse vielleicht nicht sehr viel besser sind. Alles Mutmaßungen, alles Vermutungen, aber die Vorgangsweise gibt so einem Verdacht einfach die Möglichkeit, zu entstehen.

Ich glaube, dass diese fadenscheinigen Argumente mit dem Datenleck einfach von der Hand zu weisen sind. Die Vorredner haben das ja teilweise schon gesagt, dass das bei weitem nicht in dem Ausmaß vorhanden ist wie behauptet ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Warum, woher weißt Du das? Woher?)

... und ich denke, dass trotz dem höchsten Finanzaufwand in Europa für die Bildung die Ergebnisse bei weitem nicht so hoch sind, wie sie sein sollten bei diesem Finanzaufwand. Hier muss das ganze System hinterfragt, hinterdacht werden. Ich bin den Grünen sehr dankbar für die Initiative. Das ist ein guter Start. Wir sollten schauen, dass wir uns da bemühen. Die Bildung ist das wichtigste Gut für unsere Jugend. Wir müssen schauen für die Zukunft. Wir stimmen der Dringlichkeit natürlich zu und freuen uns auf eine angeregte Diskussion. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für die Grünen Klubobmann Cyriak Schwaighofer.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich will mich jetzt nicht einlassen auf diesen Streit, ob das Leck jetzt ein Leck war oder ob es keines war. Sondern ich möchte gerne die Intention dieses Antrages ein bisschen in den Vordergrund stellen. Warum ist uns das so wichtig, dass wir, der Salzburger Landtag, aber auch die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass diese Tests fortgesetzt werden und dass wir auch andere Bundesländer auffordern, das ebenso zu tun. Wir haben in der Schulpolitik und ein bisschen ist es auch jetzt wieder angeklungen, sehr vieles, das von Ideologie behaftet ist. Sehr viele Entscheidungen sind Ideologie getragen, über die Jahre hinweg gewesen, nach wie vor ist es zum Teil so.

Und ein ganz wichtiger Schritt aus meiner Sicht ist, dass wir von der Ideologie-Getriebenheit hinkommen zu evidenzbasierten Entscheidungen, wo wir entsprechende Grundlagen dafür haben, was wir in der Schule besser machen können, was wir verändern sollten. Und diese Tests, diese Feststellung der Bildungsstandards und ähnliche Dinge mehr, die sind, da habe ich mich mittlerweile wirklich intensiv überzeugen können, die sind ein ganz wichtiges Instrument in der Schulpolitik, weil wir aufgrund dieser Testergebnisse feststellen können dann, in welchen Schulen - und das kann man herunterbrechen auf die Einzelschule - in welcher Schule gibt es zum Beispiel große Probleme, weil man dort die Mindeststandards in Deutsch, in Mathematik nicht erreicht oder ein hoher Anteil von Schülern diese Mindeststandards nicht erreicht. Da geht es dann nicht darum, zu sagen, dort dann die rote Karte zu zeigen oder das zu publizieren, sondern da geht es darum, Unterstützungssysteme zu entwickeln, damit die Schulen, die vielleicht in besonders schwierigen Situationen arbeiten, entsprechende Verbesserungen vornehmen können. Diese Bildungsstandards und das ist vielleicht gar nicht soviel bekannt, gehen ja nicht her und testen sozusagen absolute Werte, dann könnten wir sagen, es ist klar, die Gymnasien sind immer oben, sind immer oben drüber, sind voran und die Hauptschule oder Neue Mittelschule in schwierigen Regionen sind untendurch, sondern es wird ja bei diesen Tests genau festgelegt vorher, was ist denn die Erwartungshaltung an eine bestimmte Schule. Was ist der Erwartungswert? Also was glaube ich, was die Neue Mittelschule in Hallein-Neualm in etwa leisten könnte im Hinblick auf die Bildungsstandards, wenn ich mir das sozioökonomische Umfeld anschau. Was ist das für eine Gegend, welche Eltern wohnen da, wie sind die Einkommenssituationen, wenn ich mir vielleicht auch den Anteil mit Schülern mit migrantischem Hintergrund anschau usw. usw.

Und dieser Erwartungswert wird dann bei den Tests verglichen mit den tatsächlich erreichten Werten und dann kann man feststellen, okay in dieser Schule klafft das auseinander. Der Erwartungswert war doch deutlich höher, als dann das wirkliche Ergebnis war. Und dann ist

das Aufgabe der Schule und das verstehe ich unter praxisorientierter, zielorientierter Schulpolitik, dass man dann Maßnahmen setzt, um dort entsprechende Verbesserungen zu erreichen. Es gibt eine wunderbare Darstellung. Ich habe sie hier nur ganz klein von diesen Bildungsstandardtests, wo alle Schulen Österreichs drauf sind. Die gibt es. Aber wir haben sie natürlich nicht in entsprechender Detailform und jede Schule kann man herausnehmen und sagen, wie schaut es dort aus an dieser Schule. Werden dort die Erwartungswerte erfüllt oder werden sie zum Beispiel übererfüllt oder werden sie bei weitem nicht erreicht. Warum ist das auch so wichtig?

Wir haben, das wissen wir alle, eine ganze Reihe von Schülerinnen und Schülern, die die Pflichtschule verlassen und nicht in der Lage sind, die wichtigsten Kulturtechniken entsprechend zu beherrschen. Und das ist eine, wissen wir auch alle, das ist letztendlich eine Zeitbombe und ist auch unverantwortlich. Und wenn wir entsprechende Unterlagen haben, in welchen Schulen diese Bildungsstandards nicht erreicht werden und wo sie weit von den Erwartungswerten abweichen, dann kann man dort gezielt Maßnahmen setzen. Und ich glaube insgesamt, es muss ja ein Ziel sein, von dieser Querbeetzuteilung so viele Schüler so viele Lehrer wegzukommen, weil natürlich die Voraussetzungen in Mittersill ganz andere sind wie in Lehen oder Liefering. Und daher braucht es diese Grundlage dafür, um dann die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Daher ersuchen wir und ich hoffe, dass es da breite Zustimmung gibt, dass wir zumindest die Aufforderung an den Bund richten, diese Tests nicht auszusetzen, weil eines muss man auch dazu sagen: Wenn man, nachdem wir periodisch wieder kommen, wenn man jetzt auch nicht sehr lange Zeit aussetzt, dann kommt trotzdem die nächste Staffel in bestimmten Tests erst 2018 oder 2020 und uns fehlen diese Daten, weil wir ja jeden Tag gefordert sind, entsprechend Schulpolitik zu machen.

Danke daher, wenn es die Bereitschaft gibt, hier der Dringlichkeit zuzustimmen und wir werden am Nachmittag sicher im Ausschuss auch von den Experten einige spannende zusätzliche Informationen dazu bekommen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Daher kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer der Dringlichkeit des Antrages der Grünen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Danke. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.3 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend das St. Vinzenz-Heim Schernberg

(Nr. 488 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

und ich ersuche nun den Schriftführer Abgeordneten Hofbauer um Verlesung des Antrages der FPÖ.

Abg. Hofbauer (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Für die Antragssteller bitte Klubobmann Schnell. Danke.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Regierung begrüße ich heute nicht, weil eh die Hälfte fehlt. Ich wollte eigentlich noch den Herrn Hutter vom ORF begrüßen und mich bedanken, dass sich wenigstens noch ein Journalist die Mühe gibt, hier Berichtenswertes in diesem Haus zu finden. Dafür begrüße ich den ORF-Chefredakteur a.D., dass sich wenigstens die Presse im Ruhestand noch für uns interessiert (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten).

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Als nach dieser Wahl, ob diese Regierung jetzt legal oder illegal zustande gekommen ist, das wird sich noch weisen, nachdem also diese Regierung begonnen hat, habe ich mir gedacht, eigentlich als Freiheitlicher, naja, das gefällt mir eigentlich ganz gut, wie schnell die Grünen hier ihre Maske fallen lassen und wie schnell hier die politischen ideologischen Grabenkämpfe beginnen. Ich habe ja eigentlich schon befürchtet, dass man auf der dreispurigen Autobahn nicht nur 80 oder nicht schneller fahren darf, sondern vielleicht nur mehr Fahrräder oder dass man dann vielleicht auf dem Flughafen Salzburg Sackhüpfen kann oder was auch immer. Aber wo ich sehr enttäuscht bin, lieber Herr Kollege, lieber Herr Kollege Landesrat! Das ist wirklich etwas, was nicht nur mich, und ich werde es heute zitieren, sehr betrübt, sondern auch die Bevölkerung, wo man geglaubt hat, ein Dr. Schellhorn, die Grünen, würden sich zumindestens, was in ihrem Parteiprogramm steht, um die Behinderten kümmern, würden hier Flagge zeigen und sich hier massiv einsetzen. Sie waren noch nicht einmal gescheit am Landratsstuhl, haben Sie schon die Opposition kritisiert, dass wir untätig sind und faul und unfähig. Herr Landesrat, passen Sie auf! Ihr Stuhl war noch nie ganz warm. Passen Sie auf, dass der nicht schneller kalt wird als Sie glauben. Denn ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, jetzt muss ich Ihnen Untätigkeit vorwerfen. Absolute Untätigkeit! Denn hier geht es um die Ärmsten der Armen. Es geht um die Schwächsten der Schwachen. Es geht um eine Einrichtung. Einmal endlich etwas, das in Salzburg funktioniert, und Sie sind so untätig. Das ist eine Einrichtung, über die

sich alle freuen in diesem Land. Von den betroffenen Behinderten, die dort wohnen dürfen, von den Mitarbeitern, von den Angehörigen und jeder, der Schernberg kennt, das St. Vinzenz-Heim, weiß, was für Arbeit hier geleistet wird und Sie sind untätig. Sie sind nicht einmal fähig, den Regierungsbeschluss umzusetzen, den also die ÖVP und dann werden wir sehen, was die ÖVP macht, die auch diesen Regierungsbeschluss im Oktober 2011 mitgetragen hat, bereits die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt hat und jetzt diese Leute dort im Stich lässt.

Jetzt ist es sogar so, dass wir dort einen Lift haben, den wir eigentlich gar nicht mehr betreiben dürfen, weil ja wir, die die Gesetze machen, eigentlich den Lift zusperren müssen und Sie berufen sich da auf, ja, Inklusion, De-Institutionalisierung, auf UN-Behindertenkonventionen. Ich kann diese Schlagwörter der EU schon gar nicht mehr hören, denn wir werden ja täglich bombardiert davon. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Hat nichts mit der EU zu tun!)

... 48-Stunden-Regelung der Ärzte. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: UN ist etwas anderes wie UNO!)

... Ich bin nur neugierig, wann dann die Patienten auf der Straße stehen und lieber Cyriak, wer dann die Patienten behandelt, wenn wir dies alles einführen müssen und umsetzen müssen. Und wir tun es ja. Schernberg ist ja das Konzept darauf ausgerichtet, diese UN-Konvention einzuhalten, lieber Cyriak Schwaighofer. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Eben nicht! Eben nicht!)

... Und gerade von Dir hätte ich mir erwartet, dass Du wenigstens auf Deine Leute Druck machst, weil es wäre gescheiter, Du würdest Platz nehmen am Landesratssessel, weil von Dir habe ich eigentlich in dieser Richtung nur gesehen, dass Du eigentlich für die Behinderten eintrittst. Aber das sind bitte 168 Bewohner und dann lest wenigstens, wenn ihr den Freiheitlichen nicht glaubt, lest doch die Briefe der Betroffenen, die hier schreiben, lieber Cyriak, ich lese sie Dir vor. Das ist kein Freiheitlicher, kein Politiker. "Dass der Regierungswechsel, von dem ich mir frischen Wind erwartet habe, gerade auch durch die Beteiligung der Grünen, denen Einfühlungsvermögen und Eintreten für die Schwachen doch zumindest dem Parteiprogramm nach so wichtig sein sollte, eine derartig unmenschliche Regelung für Schernberg und seine Bewohner bringt. Und nur, damit eine EU-Richtlinie erfüllt wird." Die Richtlinien, Cyriak, die kennen wir zur Genüge. Und das ist schon traurig, was sich hier abspielt. Eine Konvention, die eigentlich schon seit 2008 gilt. Bis dorthin habt ihr geschlafen, alle miteinander

der oder was? Also, das ist ja wirklich lächerlich, hier sich auf das zu berufen, noch dazu, wenn man das Konzept kennt und weiß, dass das genau in diese Richtung geht. Und ich sage es ganz ehrlich. Wir werden in dieser Sache nicht locker lassen. Herr Landesrat! Werden Sie tätig! Tun Sie einmal etwas Gescheites, nicht irgendwelche ideologischen Grabenkämpfe, sondern beweisen Sie, dass Sie für die Behinderten als Politiker da sind! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Riezler von der SPÖ. Bitte!

Abg. Riezler: Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, die Betroffenen, auch der Träger hat viele Fragen. Und deshalb ist es natürlich für uns selbstverständlich, dass wir der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Ich stelle heute auch noch eine Dringliche Anfrage zum neuen Behindertengesetz, weil ein neues Gesetz ist ja auch eine Voraussetzung, um eben viele Pläne und Ideen verwirklichen zu können, um viele Notwendigkeiten umsetzen zu können.

Zur FPÖ: Von meiner Seite gibt es keine Zustimmung für eine Umsetzung des alten Konzepts. Neue Wege in Richtung Inklusion sind zu gehen oder stehen außer Frage. Es muss unser Ziel sein, die UN-Konvention umzusetzen und deshalb auch mein großes Danke an die Betriebsgesellschaft des St. Vinzenz-Heimes. Denn sie haben sehr, sehr schnell an einem neuen Konzept gearbeitet. Sie haben gut gearbeitet und haben dieses Konzept auch Anfang Jänner bereits bei der Landesregierung eingereicht. Es ist nicht einfach, ein neues Konzept zu erarbeiten, denn die Klientinnen und Klienten, die dort wohnen, haben ein Durchschnittsalter von über 60 Jahren. Wir haben uns ja gemeinsam in Wien ein Projekt angeschaut. Hier geht es meistens um junge Menschen. Also, man muss auch ganz anders mit dieser Zielgruppe älterer Menschen arbeiten. Aber, aus meiner Sicht ist das Konzept, das vorgelegt wurde, sehr gelungen. Es sieht eine Realisierung vor. Mit Investitionszuschüssen von € 13 Mio. und € 12 Mio. Wohnbauförderung. Wurde das bereits mit dem Wohnbauressort abgeklärt? Ursprünglich waren GAF-Mittel vorgesehen. Wird es dabei bleiben, dass es die gibt? Es wurde ein geteilter Regierungsbeschluss angekündigt, also ein Grundsatzbeschluss und ein Startschuss für die Lexengasse und dann ein zweiter Beschluss, wenn alles genau überprüft wurde. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Mir fehlt auch einfach ein Fahrplan. Wie geht es weiter? Weitere Verzögerungen sind für alle Betroffenen dort oben nicht akzeptabel. Die Ängste der BewohnerInnen, ja das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Ich glaube, man muss damit umgehen, Ängste der Betroffenen, Ängste der Angehörigen. Natürlich sind die da, wenn es etwas Neues gibt. Es hat die Befragung der BewohnerInnen gegeben. Was wurde da genau gefragt? Welche Ergebnisse? Bekommen wir diese Ergebnisse? Die Ange-

hörigen sind eben verunsichert. Sie haben Angst. Wer bleibt in Schernberg? Wer soll jetzt auf einmal nach Salzburg, wer in die Umlandgemeinden? Wie wird das entschieden? Entscheiden die Betroffenen mit? In Schwarzach und in der ganzen Umgebung herrscht Verunsicherung. Niemand versteht die UN-Konvention. Niemand weiß, warum das Konzept geändert werden soll? Ich glaube, es wäre ganz, ganz wichtig, dort die Bevölkerung grundsätzlich zu informieren, wenn wir SozialsprecherInnen darüber reden, ist es zu wenig. Es muss auch die Botschaft viel, viel mehr nach außen getragen werden, damit sie ankommen kann. Handeln ist angesagt und das ganz, ganz schnell, im Sinne der Betroffenen dort oben im St. Vinzenz-Heim. Danke (Beifall der SPÖ-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Humer-Vogl von den Grünen.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung! Werte Kollegen und Kolleginnen! Liebes Publikum!

Der vorliegende Antrag enthält den Vorwurf, die Landesregierung würde unter dem Deckmantel der UN-Behindertenrechtskonvention die Sanierung bzw. den Neubau des St. Vinzenz-Heimes vorsätzlich verzögern oder gar stoppen wollen. Das kann so nicht stehen bleiben. Schauen wir zurück ins Jahr 2008. Es ist, so denke ich, ein offenes Geheimnis, dass die österreichische Regierung bei der Unterzeichnung der UN-Konvention davon ausgegangen ist, dass Österreich ohnehin alle Anforderungen erfüllt. Dass dem nicht so ist, ist ein Erkenntnisstand, dem wir vor allem der konsequenten Arbeit durch den Monitoring-Ausschuss unter Führung von Monika Schulze verdanken. So konnte Jahr für Jahr etwas mehr Klarheit gewonnen werden, von welchen Voraussetzungen die UN-Konvention ausgeht, wenn sie von gleichberechtigter, gesellschaftlicher Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ausgeht.

Der Regierungsbeschluss der Salzburger Landesregierung zur Sanierung des St. Vinzenz-Heims Schernberg in Schwarzach im Oktober 2011 erfolgte daher nicht mit dem Erkenntnisstand, den wir heute haben. In Bezug auf Wohnen fordert die UN-Konvention, dass Menschen mit Behinderung eine chancengleiche Wahlmöglichkeit haben, wo sie wohnen können und mit wem sie wohnen können. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Fragt's es!)

... Bei der Staatenprüfung im September des Vorjahres haben die Vereinten Nationen auch entsprechend kritisiert, dass Österreich hier noch sehr säumig ist. Und genau vor diesem

Hintergrund passieren die Bemühungen der neuen Landesregierung, die Pläne zur Sanierung bzw. zum Neubau des St. Vinzenz-Heims an die UN-Konvention anzupassen. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Aber bitte bevor es noch neue Regelungen gibt! Sonst müssen wir wieder warten.)

... Denn vom Stillstand seit dem Sommer 2013 kann gar keine Rede sein. Vielmehr wurde im gemeinsamen Austausch zwischen Betreibergesellschaft, BewohnerInnen und der Landesregierung ein neues Konzept erarbeitet, dessen Umsetzung auch planmäßig realisiert werden wird.

In Zukunft werden die BewohnerInnen von Schernberg erstmals selbst entscheiden können, ob sie weiterhin in unberührter Natur leben möchten, ob sie vielleicht im Salzachtal in eine Gemeinde ziehen wollen oder ob sie ihren Lebensmittelpunkt nach Salzburg in die Stadt verlegen möchten. Und die BewohnerInnenbefragung im Jänner d.J. hat gezeigt, dass es durchaus BewohnerInnen gibt, die sich vorstellen können, einen Ortswechsel vorzunehmen bzw. die das sogar wünschen. Wir Grüne werden natürlich der Dringlichkeit des Antrages zustimmen, und zwar deshalb, weil wir keine Gelegenheit auslassen möchten, um Barrieren im Kopf, wenn es um das Wohnen von Menschen mit Behinderung geht, zu beseitigen. Danke (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Gutschl von der ÖVP. Bitte!

Abg. Mag.^a Gutschl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte es gleich vorweg nehmen. Wir als ÖVP werden der Dringlichkeit dieses Antrages natürlich zustimmen. Es ist hoch an der Zeit, dass wir jetzt Nägel mit Köpfen machen. Dieser Meinung bin ich, wie, glaube ich, die meisten hier in diesem Raum, wenn es um das Thema Schernberg, um das Thema „Wohnen für Behinderte“ geht. Und es ist jetzt sehr viel einfach auch gesagt worden, was ist die ideale Form des Wohnens für Behinderte?

Natürlich, die UN-Konvention sieht Maßnahmen vor, die sehr wünschenswert wären. Aber wir müssen uns natürlich nach der Decke strecken. Wir haben in Schernberg noch in der letzten Legislaturperiode einen Architektenwettbewerb gehabt. Der hat stattgefunden. Es ist auch ein Gewinner hervorgegangen und es wurde praktisch ein Bau festgelegt, wo 118 BewohnerInnen in Schernberg wohnen sollten und die restlichen 36 in der Lexengasse in der Stadt Salzburg wohnen sollten. Das ist jetzt im Hinblick auf diese Deinstitutionalisierung, im

Hinblick auf kleinere Wohneinheiten, im Hinblick auch auf das Thema „Selbstbestimmung“ – Wo möchte man tatsächlich wohnen? – noch einmal überarbeitet worden, und auch ich möchte mich bei den Betreibern des St. Vinzenz-Heims ganz besonders bedanken. Es ist sehr rasch hier ein neues Konzept entwickelt worden und es liegt jetzt auch ein Konzept vor, mit dem wir, glaube ich, alle sehr gut leben können. Also, es ist vorgesehen, dass in Schernberg jetzt nur noch 80 Menschen leben sollen. Immer noch doch eine große Gruppe von den Personen, die derzeit in dem Haus sind und die restlichen Personen sind in Wohngemeinschaften in Schwarzach, in St. Johann und in der Lexengasse, könnten dort untergebracht werden.

Was ist jetzt aber das Wesentliche? Das Wesentliche ist, dass wir jetzt rasch weiter voranschreiten. Es gibt die Bekundung der Regierung, dass man gerade das Projekt „Lexengasse“ jetzt sehr schnell angeht, dass 2015 mit dem Bau der Lexengasse begonnen wird. Man muss aber schon auch dazu sagen, wir sind natürlich in einer Situation, und es liegt mir fern, jetzt immer auf den ehemaligen Koalitionspartner hinzuweisen, aber es ist leider so, dass der SPÖ-Finanzreferent der letzten Legislaturperiode keine Vorsorge getroffen hat und keine mittelfristige Planung vorgelegt hat, wie die Finanzierung dieses Projekts ausschauen soll. Wir müssen uns also nach der Decke strecken und einfach schauen, dass wir Schritt für Schritt die richtigen Maßnahmen setzen.

Also einem Baubeginn der Lexengasse im Jahr 2015 steht nichts im Wege und es ist mir ein Anliegen, dass wir auch den Standort Schernberg sehr schnell angehen. Aber wir müssen natürlich auch schauen, was für Folgekosten daraus erwachsen. Und es wäre meiner Meinung nach unverantwortlich, wenn wir hier jetzt rasch irgendwelche Dinge und irgendwelche Maßnahmen setzen, wo wir dann in zwei Jahren wieder dastehen und sagen, so, was hat das jetzt für Auswirkungen auf die Tagsätze, können wir uns das überhaupt leisten oder müssen wir ein Projekt, das auf Schiene gebracht worden ist, wieder zurückdrehen, während es im Entstehen ist. Also das wäre noch viel kritischer aus meiner Sicht und daher: Ja, eine schnelle Umsetzung, aber mit dieser Nachhaltigkeit, dass es für die Menschen, die dort wohnen, die auch dort arbeiten, wirklich eine Zukunftsperspektive gibt, die nachvollziehbar ist und wo man gut damit leben kann. Also noch einmal eine rasche Umsetzung, noch einmal mit Maß und Ziel und bitte auch unbedingt die Folgekosten zu beachten. Dankeschön! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Fürhapter vom Team Stronach Salzburg. Bitte.

Abg. Fürhapter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Abgeordnete und Zuhörer!

Wir haben schon viel von den Vorrednern gehört, dass große Verunsicherung bei Bewohnern, Angehörigen, Mitarbeitern des St. Vinzenz-Heims in Schernberg herrscht. Es ist auch kein Wunder. Über zwei Jahre nach Verständigung über die Sanierung wurde mit dieser noch immer nicht begonnen. Dieser Zustand ist eigentlich nicht tragbar. Und im Sinne aller Beteiligten, aber vor allem der Bewohnerinnen und Bewohner, muss die Sanierung dieser Einrichtung ehestmöglich, natürlich nach den Richtlinien der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden.

Wohnbauförderungsmittel für Schernberg sind bereits mit dem Herrn Landesrat Mayr abgesprochen. Wir sind auch in ständigem Kontakt mit der Geschäftsführung und das Team Stronach steht hinter diesem Projekt. Wir stimmen der Dringlichkeit dieses Antrages natürlich zu und auch der Zuweisung an den Sozial- und Gesundheitsausschuss und wir freuen uns schon am Nachmittag auf eine angeregte Diskussion. Ich danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die FPÖ nochmals Klubobmann Schnell, bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hilft euch euer kollektives Regierungsklatschen nicht mehr?

Herr Kollege, Sie haben es gehört, Herr Landesrat, dass das Team Stronach Sie kritisiert, dass Sie endlich was tun. Und ich muss mich schon wundern, wenn die Frau Kollegin Hummer-Vogl da hergeht und sagt, ja, die sollen das selbst bestimmen, wo sie wohnen wollen, wo sie hinwollen. Frau Kollegin! Sie bestimmen jetzt und der Herr Landesrat Schellhorn, wer wohin kommt und fragen Sie die Leute. Wer siedelt, wer bestimmt, welche 80 Personen wegkommen? Kommt ja auch klar zum Ausdruck in den Briefen und Beschwerden, die wir kriegen. Wer bestimmt das? Sie, Herr Landesrat? Die UN-Konvention? Oder die EU? ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das Los.)

... Ich weiß nicht wer. Irgendeiner. Oder das Los. Das Los. Das ist ja ungeheuerlich, wie hier argumentiert wird! ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Geh Walter! Du als ehemaliger Soziallandesrat!)

... Und dann versteckt man sich hinter Konventionen, versteckt man sich hinter irgendwas. Seid ihr nicht fähig, dass einmal die Menschen sich in diesem Land und wenigstens die Behinderten auf Beschlüsse dieser Regierung verlassen können? Irgendwo muss sich der Mensch einmal verlassen können darauf, dass ein Beschluss da ist, dass die Regierung das beschlossen hat. Und da verwundert mich die ÖVP schon. Ihr habt mitgestimmt. Ihr wart alle voller Begeisterung und ich glaube, es war auch richtig so. Es hat auch keinen Protest und keine Kritik von der Opposition gegeben, weil wir das voll unterstützen, damals diesen Beschluss. Und das ist für mich nicht nachvollziehbar. Und wenn man sich das vorstellt, ca. € 125,- Tagssatz. Das ist ja schon eine Sensation. Für das müssten wir ja schon jeden Tag ein Dankgebet und St. Vinzenz-Heim einschließen in unser Gebet Herr Kollege Stöckl, oder, als Finanzreferent finden Sie das auch eine tolle Geschichte, stelle ich mir vor.

Und jetzt beschließt man, wenn die mehr als € 10.000,- Gewinn machen, dann müssen sie es zurückzahlen. Jetzt müssen sie noch auflisten das Ganze, für was sie das Geld brauchen! Evaluieren, validieren, und noch einmal, und noch einmal, statt dass wir Dankeschön sagen, dass da einmal etwas funktioniert. Für mich ist das unverständlich. Es ist ein Trauerspiel diese Regierung und ihr seht es ja. Es kommen ja nicht einmal mehr die Journalisten. Interessiert ja gar keinen mehr, was da debattiert wird. Ist ja sowieso nur noch ein Bla Bla. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Weil wir eine schwache Opposition haben!)

... Das müsst ihr euch einmal überlegen. Nein Cyriak, das ist ernst. Ist euch das noch nicht aufgefallen? Ist euch das noch nicht aufgefallen, seit der neuen Regierung. Keine Journalisten mehr! Der letzte hat jetzt fluchtartig dieses Haus verlassen. Ja das ist so. (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten)

Öffnen Sie Ihr Herz, Herr Kollege und tun Sie endlich das, was dringend notwendig ist. Helfen Sie dieser Institution. Sie werden ein Dankeschön erhalten. Werden Sie es nicht tun ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Das passiert laufend, Karl. Nur bist du da ahnungslos in dieser Sache.)

... Ja, genau, ich bin ahnungslos, Cyriak. Ich kenne mich da ganz gut aus, das kannst du mir glauben und das sind wahrscheinlich alles Ahnungslose, die Bewohner dort. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Die nicht, aber du!)

... Genau. Ja, genau Cyriak und du kennst dich aus. Das merkt man. Das merkt man!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Bitte keine Zwiegespräche.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ich stehe aber dem Herrn Kollegen Cyriak Schwaighofer gerne für ein Gespräch zur Verfügung, wenn du ein Privatissimum haben willst. Aber es ist so, Cyriak. Schau, dass deine Mannschaft arbeitet, dann passt es eh wieder. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit haben wir die Wortmeldungen abgeschlossen und ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Zuerkennung der Dringlichkeit dieses Antrages der FPÖ zustimmt, ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 20 Anträge.

3.2.4 **Antrag** der Abg. Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Sampl und Obermoser betreffend die Novellierung des Ehrungsgesetzes für das Land Salzburg und seine Gemeinden (Nr. 489 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

3.2.5 **Antrag** der Mag. Scharfetter, Ing. Sampl und Obermoser bezüglich die Ausweitung des Fairnesskataloges für die Vergabe von Aufträgen durch die Gemeinden des Landes Salzburg, insbesondere hinsichtlich der Wahrung der Chancen kleinerer und mittelständischer Unternehmen (Nr. 490 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

3.2.6 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, Mag.^a Gutschi und Jöbstl betreffend Einrichtung einer Modellregion zur Begabungs- und Begabtenförderung (Nr. 491 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Gutschi)

3.2.7 **Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die Abschaffung der Abgabe auf den Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaikanlagen (Nr. 492 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

3.2.8 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi bezüglich einer Neugestaltung der Turnusarztausbildung (Nr. 493 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

3.2.9 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Ing. Sampl und Neuhofer betreffend die Einhaltung demokratischer Publizitätsstandards und den Schutz demokratischer, ökologischer und konsumentenschutzrechtlicher Standards bei den Ver-

handlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP/TAFTA)

(Nr. 494 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Jöbstl betreffend die Einführung eines gesetzlichen Mindestalters für die Teilhabe, die Verwendung und den Erwerb von Lotterierprodukten wie Lotto, Toto und Brieflose

(Nr. 495 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

3.2.11 **Antrag** der Abg. Hirschbichler MBA und Zweiter Präsidentin Mosler-Törnström BSc betreffend die Nutzung der EFRE-Fördermittel in Wachstum und Beschäftigung

(Nr. 496 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

3.2.12 **Antrag** der Abg. Hirschbichler MBA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Privatisierungen

(Nr. 497 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

3.2.13 **Antrag** der Abg. Haitzer und Ing. Mag. Meisl betreffend die Finanzierung des digitalen Behördenfunknetzes im Bundesland Salzburg

(Nr. 498 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Haitzer)

3.2.14 **Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend die Neustrukturierung der Personalabrechnung des Landes Salzburg

(Nr. 499 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Klubvorsitzender Steidl)

3.2.15 **Antrag** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Zweitversorgung von stark mobilitätseingeschränkten Menschen die auf einen Elektrorollstuhl angewiesen sind

(Nr. 500 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

3.2.16 **Antrag** der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner das Recht auf umfassende Bildung für Kinder und Jugendliche in von Armut betroffenen Familien sicherzustellen

(Nr. 501 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Haitzer betreffend die Überarbeitung der Salzburger Gemeindeordnung

(Nr. 502 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)

3.2.18 **Antrag** der Abg. Scheinast und Fuchs betreffend das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP)

(Nr. 503 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Scheinast)

3.2.19 **Antrag** der Abg. Mag.^a Siebert und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betreffend die Ergebnisse und Weiterarbeit mit den Ergebnissen aus der Kampagne „Starke Frauen hat das Land“

(Nr. 504 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

3.2.20 **Antrag** der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Verhinderung des Missbrauchs von Wahlkarten sowie Schaffung von stärkeren Überprüfungs Kompetenzen der Wahlbehörden

(Nr. 505 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

3.2.21 **Antrag** der Abg. Klubobmann Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Anpassung der Tagsatztarife im Bereich der sozialen Dienste

(Nr. 506 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

3.2.22 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die konsequente und exakte Umsetzung des Paragraphen 78 der Straßenverkehrsordnung (StVO) 1960 durch sämtliche ermächtigten Organe der Bundespolizei im Bundesland Salzburg

(Nr. 507 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

3.2.23 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend Finanzierung der Basisaufgaben des österreichischen Bundesheeres durch Verkauf der Eurofighter

(Nr. 508 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe. Damit sind diese Anträge zugewiesen.

3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt 15 schriftliche Anfragen eingegangen.

3.3.1 **Dringliche Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend ein neues Behindertengesetz

(Nr. 509 der Beilagen)

3.3.2 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Zweifel an der rechtskonformen Durchführung der Landtagswahl 2013

(Nr. 510 der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2014

(Nr. 511 der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung betreffend Landesbedienstete in Karenz

(Nr. 512 der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzender Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Jubiläumsjahr 2016

(Nr. 513 der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Schneglberger und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend den Tierschutz in Salzburg

(Nr. 514 der Beilagen)

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die palliative Versorgung im Bundesland Salzburg

(Nr. 515 der Beilagen)

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Hebammenzentrum in Mittersill

(Nr. 516 der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend der Höhe der Führungskräftegehälter in den Salzburger Landeskliniken (SALK)

(Nr. 517 der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Internatsbeihilfe für Lehrlinge

(Nr. 518 der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend die Tarife und Plätze der Kinderbetreuungseinrichtungen im Bundesland Salzburg (Nr. 519 der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Hilfe in besonderen Lebenslagen in den Jahren 2012 und 2013 (Nr. 520 der Beilagen)

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend den Planungsstand und Beginn der Umbauarbeiten des Behindertenheims St. Vinzenz (Nr. 521 der Beilagen)

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend den bundesweiten Pflegefonds zwischen Bund und Ländern (Nr. 522 der Beilagen)

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend präzisierende und ergänzende Fragen zur quantitativen, qualitativen und finanziellen Kontrolle der „therapeutisch-ambulanten Familienhilfe“ (TAF) (Nr. 523 der Beilagen)

3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft

Der Rechnungshof hat einen

3.4.1 **Bericht des Rechnungshofes** (Reihe Salzburg 2014/2) betreffend Zahlungsströme im Zusammenhang mit bundesfinanzierten Pensionen

übermittelt und dem Petitionsausschuss wurde direkt eine **Petition betreffend Lärmschutzmaßnahmen an der Salzkammergut Bundesstraße** und dem Europaausschuss der **EU-Vorhabensbericht des Landes** übermittelt. Somit haben wir jetzt den Einlauf abgeschlossen und ich rufe nunmehr

Punkt 4: Aktuelle Stunde

auf.

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag des Team Stronach Salzburg beschlossen, zum Thema der Aktuellen Stunde zu machen. Es ist das Thema "Die Auswirkungen der Finanzturbulenzen rund um die Hypo-Alpe-Adria Bank auf den aktuellen Landeshaushalt, sowie auf die künftigen Budgets des Bundeslandes Salzburg".

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner des Team Stronach Salzburgs Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl zu Wort kommt. Danach werden die Redner in der Reihenfolge ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ, TSS aufgerufen.

Ich ersuche wieder um Zeitdisziplin, damit alle eine zweite Wortmeldung abgeben können und die Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden bei Bedarf den jeweiligen Landtagsparteien wie üblich zugerechnet. Ebenso die Wortmeldungen von Bundesräten. Ich erteile nunmehr das Wort dem Team Stronach Salzburg. Bitte, Herr Klubobmann!

Klubobmann Abg. Naderer: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

"Jahrelang verschleppt und unter den Teppich gekehrt", das stand gestern in der Presse. Kritisiert hat diesen Sachverhalt der Generaldirektor Christian Konrad von Raiffeisen in der Causa Hypo-Desaster. Durch diese Verschleppung ist es zur totalen Verunsicherung in der Bevölkerung gekommen, welche Auswirkungen hat dieses Finanzdebakel auf jeden persönlich. Welche Auswirkungen hat es aber auch auf die Gebietskörperschaften, auf die Gemeinden, auf die Länder und natürlich auch auf den Bund?

Der Hyposkandal hat uns bis jetzt € 5 Mrd. gekostet. Die sind schon weg. Die sind schon bezahlt. Und jetzt wird noch darüber spekuliert, wie viel er uns noch kosten wird. In Summe werden, glaube ich, € 19 Mrd. als Höchstsumme genannt und der Vorstand geht allerdings "nur" - dies unter großen Anführungszeichen - von € 4 Mrd. Schaden aus. Ich glaube, das Nicht-Tätigwerden der Bundesregierung in dieser Sache muss endlich beendet werden und die Fakten gehören auf den Tisch und es gehört reagiert und zusammengeräumt.

Wie sind wir betroffen vom Land Salzburg? Direkt oder indirekt? Direkt, glaube ich, wird es jetzt nicht mehr stattfinden, nachdem die Bad Bank in Form einer Anstaltslösung geschaffen worden ist, aber indirekt glaube ich doch. Und immerhin hat auch der Vizekanzler das Gespenst immer wieder hochgezogen, dass die Bundesländer direkt für die Hypo-Alpe-Adria

sich beteiligen sollten. Ich kann da die Initiative des Steuerverweigerers, der ja jetzt durch die Medien gegangen ist, ganz gut verstehen und für mich riecht das sogar ein bisschen nach französischer Revolution.

Es kann einfach nicht sein, dass wir höchste und aberhöchste Steuern zahlen und damit nicht unser Allgemeinwohl finanziert wird, sondern das Wohl der Banken und sonstiger Spekulanten, wir dann, jeder weiß das, herumfeilschen, wenn es um Kindergartengeld geht, wenn es um Seniorenbetreuung geht, wo immer, weil das Geld hinten und vorne fehlt. Und in dem Bereich dürfte das Geld wahrscheinlich keine Rolle spielen. Daher denke ich, dass es sehr wichtig ist, dass wir drüber reden, wie die Hypo-Milliarden unser zukünftiges Leben im Land Salzburg bestimmen.

Es ist auch Gefahr mit dieser Bad Bank, falls die wieder in proporzmäßiger Besetzung stattfindet, dass auch diese Bad Bank nicht ordentlich abgewickelt wird. Wenn die alten Muster nicht aufgegeben werden und nicht eine privatwirtschaftliche deregulierte Gesellschaft diese Bad Bank führt, dann wird es genauso weiter zum Desaster führen wie bisher. Ich glaube, die gesamte bisherige Vorgangsweise ist einfach in der Sache zum Weinen. Warum ist eigentlich noch niemand an die Bayern-LB herangetreten und hat sie, die ja sicherlich neben Kärnten auch eine Mitschuld trägt - und ich glaube, gar keine so kleine - um Haftung gebeten oder verpflichtet? Die Bayern-LB hätte nämlich schon seit Jahren über das Eigenkapital-Ersatzrecht kontaktiert und verpflichtet werden können. Warum hat Österreich überhaupt diese Bank zurückgenommen? Das wird uns oder wahrscheinlich der großen Mehrheit von Österreichern immer ein großes Rätsel bleiben. Warum nehme ich etwas, was derartig am Abgrund steht, wieder zurück? Was steckt dahinter?

Gehen wir zu den indirekten Auswirkungen. Wie schaut es aus mit dem Finanzausgleich, wie schaut es aus mit den Bundesvertragsanteilen für die Bundesländer? Wenn in Hinkunft die Milliarden dem Bund fehlen, dann werden sicherlich auch diese Gelder weniger fließen als bisher, bedeutet, dass es in Gemeinden zu Geldmangel kommt, dass diverse Pflichteinrichtungen, wie Schulen, Feuerwehren usw. nicht mehr im entsprechenden Ausmaß betreut werden können. Und indirekte Auswirkungen gibt es jetzt schon. Ich habe gestern einen Tischlerlehrling getroffen. Der hat mir das gezeigt. Der hat mir die Vorschreibung, die Folgeprämienvorschreibung für seine Kfz-Haftpflichtversicherung gegeben. Da steht drinnen wortwörtlich: "Die Österreichische Bundesregierung hat die motorbezogene Versicherungssteuer ab 1. März 2014 erhöht. Sie beträgt in Ihrem Fall nunmehr € 312,48 statt bisher € 277,20 jährlich." Wenn man kurz nachgerechnet, ich habe das gemacht, sind das über 13 %, wo diese Steuer von heute auf morgen erhöht worden ist. Wenn das der erste Ansatzpunkt ist, wie diese Krise bewältigt wird, dann wird uns noch eine ganze Lawine erreichen!

Ich glaube, abschließend darf ich den Finanzreferenten, aber da laufe ich sicherlich offene Türen ein, aber auch den Landeshauptmann, im Rahmen der Landeshauptmannkonferenz ersuchen, dass wir in dieser Sache keine Kompromisse eingehen und schauen, dass wir daraus ungeschoren davonkommen. Wir sind selber in einer sehr prekären Lage, durch die Vorkommnisse um den Finanzskandal. Und ich denke auch, dass wir uns alle bei den Wiener Kollegen im Nationalrat stark machen sollten für die Einrichtungen eines Untersuchungsausschusses, denn ich glaube, damit kann man die Vergangenheit einmal aufklären und für die Zukunft Lehren ziehen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl um Deine Ausführungen, Du hast zehn Minuten.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Die Problematik rund um die Bank Hypo-Alpe-Adria hat ihren Ursprung in der aggressiven Wachstumsstrategie der Bank, die ab 1999 in Kärnten unter Landeshauptmann Jörg Haider gefahren wurde. Ziel war es damals seitens des Landes, aus der Landesbank einen zentralen Player in ganz Südosteuropa zu machen. Dieser aggressive Wachstumskurs hat natürlich der Bank nicht gut getan. Man muss überlegen, dass die Bilanzsumme völlig explodiert ist innerhalb von einigen Jahren. 1999 hatte die Hypo-Alpe-Adria eine Bilanzsumme von € 4 Mrd., 2003 waren es bereits über € 13 Mrd. und zum Höchststand 2008 betrug die Bilanzsumme über € 43 Mrd.. Das heißt, innerhalb von neun Jahren ist es zu einer Verzehnfachung der Bilanzsumme gekommen. Finanziert wurde dieses Wachstum hauptsächlich durch Geld vom Kapitalmarkt, das relativ günstig zu haben war, weil das Land Kärnten zu 100 % für diese Bank haftet. Der Höchststand der Ausfallhaftungen betrug im Jahr 2006 € 24,7 Mrd.. Man muss überlegen, dass das Land Kärnten ungefähr ein Budget von rund € 2,2 bis € 2,3 Mrd. hat. Im Jahr 2003 ist die EU tätig geworden und hat diesen Haftungen einen Riegel vorgeschoben, nämlich mit dem Argument, dass es bei der Finanzierung zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, weil eben das Land entsprechend die Haftungen gewährt hat. Allerdings hat damals die EU eine Übergangsfrist von vier Jahren gewährt, also es ist nicht sofort schlagend geworden, sondern vier Jahre Übergang wurden gewährt und das Land Kärnten hat aber diese vier Jahre nicht genutzt, um die Haftungen herunterzufahren, also die Haftungen zu verringern, sondern ganz im Gegenteil, die Haftungen wurden sogar weiter aufgebaut.

Auch der Rechnungshof hat 2002 diese Haftungen stark kritisiert. Aber Kärnten hat diesen Rechnungshofbericht damals ignoriert. 2007 übernimmt die Bayernbank 50 % plus eine Aktie von der Hypo-Alpe-Adria. Und der Ausbruch des Problems beginnt dann 2008. Die Finanzkrise 2008 ist ein Brandbeschleuniger der Probleme dieser Bank. Die Hypo rutscht ganz

deutlich in die roten Zahlen und muss einen Verlust von über € 500 Mio. verkraften. Die Republik springt ein und zahlt € 900 Mio. an die Bank. € 700 Mio. kommen von der Bayernbank und der Grund ist in erster Linie die notleidenden Kredite hauptsächlich auf dem Balkan.

2009 verbucht die Hypo einen Jahresverlust von € 1,6 Mrd. und braucht weiter Kapital. Die Miteigentümer, Bayernbank, schießt kein Geld mehr zu und da kam es dann zu der Notverstaatlichung der Bank. Die Nationalbank, die Finanzmarktaufsicht, die Europäische Zentralbank waren es in erster Linie, die auf diese Notverstaatlichung gedrängt haben und hingewiesen haben, dass sonst der Finanzmarkt Österreich in Gefahr kommt. Die heimische Volkswirtschaft sollte geschützt werden und wie gesagt, das Europäische Finanzsystem aufrechterhalten. Das Paket, das damals zur Rettung der Hypo-Alpe-Adria geschnürt wurde, war, dass die Eigentümer ihren Anteil zu einem symbolischen Euro an den Bund übergeben haben und davon haben die Bayern-Landesbank € 825 Mio. übernommen, das Land Kärnten € 200 Mio. und rund € 30 Mio. stammen von der Grazer Wechselseitigen Versicherung.

In den Jahren danach, also ab 2009, ist es dann so, dass leider jedes Jahr wieder neue Zuschüsse vom Staat gemacht wurden und insgesamt sind bereits € 3,6 Mrd. an Kapitalhilfen und € 1,2 Mrd. an Garantien in diese Bank von Seiten des Bundes geflossen. Am 14. März ist dann die Entscheidung gefallen in der Regierung, dass die Bank abgewickelt werden soll über eine Bad Bank in Form einer Kapitalgesellschaft und die Taskforce erwartet rund € 4 Mrd. Kosten dieser Bad Bank. Dabei gehen also die Meinungen noch auseinander und es ist für uns sehr schwer nachzuvollziehen oder überhaupt abzuschätzen, was da noch alles daher kommt.

Die Auswirkungen auf das Land Salzburg sind schon teilweise angesprochen worden. Ich möchte noch kurz darauf eingehen. Grundsätzlich ist es so, dass das Land Salzburg keine Verbindlichkeiten und auch keine Geschäfte mit der Bank hat. Wir haben also weder Verbindlichkeiten noch irgendwelche Anleihen bei der Hypo-Alpe-Adria. Allerdings ist es so, dass die Hypothekenbanken der einzelnen Bundesländer über die Pfandbriefstelle praktisch eine Solidarhaftung haben, das heißt also, jede Hypothekarbank ist anteilmäßig über diese Pfandbriefstelle beteiligt und sollte eine dieser Hypobanken Probleme bekommen, dann könnte es zur Schlagendwerdung solcher Haftungen kommen.

Ich gehe davon aus, dass in diesem Fall die Landeshypo Salzburg ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Man kann allerdings nicht sagen, ob das wirklich der Fall ist. Sollte das nicht der Fall sein, dann könnte das Land Salzburg insofern ein Problem bekommen, weil wir als Land eine direkte Landeshaftung für Altverbindlichkeiten bei der Salzburger Landeshypothekenbank haben in der Höhe von rund € 55 Mio.. Diese Haftungen stammen noch aus dem Jahr 1992. Und diese Haftungen werden allerdings von Jahr zu Jahr geringer.

Eine wesentlich größere Summe an Haftungen hat das Land Salzburg über ihre Tochter-GmbH, über die Land Salzburg Beteiligungs-GmbH. Und zwar haben wir hier, das ist eine 100%ige Tochter des Landes Salzburg und über diese Gesellschaft haben wir bei der Hypo Salzburg eine Haftung von € 1,086 Mrd.. Diese Haftung wird Gott sei Dank von Jahr zu Jahr geringer und sie läuft 2017 komplett aus. Dann sind wir also diese Haftungen los und ich hoffe, dass bis dorthin keine Haftungen schlagend werden, denn das würde also das Landesbudget weit überfordern.

Ein weiteres Damoklesschwert ist, dass seitens der Regierungsspitze aber auch von Generaldirektor oder Gouverneur Nowotny, gefordert wurde, dass die Bankenabgabe, die über den Finanzausgleich auch den Ländern zugute kommt, zum Teil nicht mehr in Zukunft den Ländern zugute kommen soll, sondern ausschließlich dem Bund. Das würde, wenn hier eingegriffen wird in den Finanzausgleich, dem Land Salzburg Mindereinnahmen von rund € 6 Mio. pro Jahr bringen und das wäre natürlich für unser Budget eine sehr, sehr große Belastung. Es ist jetzt unklar, ob der Bund in der nächsten Zeit diesen Finanzausgleich kündigt und neu verhandeln möchte. Wir Finanzreferenten der Bundesländer sind uns einig, dass wir auf keinen Fall freiwillig auf diese Bankenabgabe verzichten wollen.

Eine kleine Auswirkung gibt es dennoch schon, weil der Bund in der Steuergesetzgebung für 2014 im Abgabenänderungsgesetz beschlossen hat, die Bankenabgabe von 25 auf 45 % zu erhöhen. Diese Erhöhung allerdings nicht, so wie es im Finanzausgleich vorgesehen wäre, aufzuteilen auf Bund, Länder und Gemeinden, sondern diese Erhöhung kommt nur dem Bund zugute. Das ist eine kleine Verzerrung des Finanzausgleiches. Aber ich denke, das ist für uns vertretbar.

Ein anderes Damoklesschwert ist, ob der Bund die verschärften Maastrichtsaldo- bzw. Struktursaldoanforderungen für die Länder und Gemeinden entsprechend einfordern wird und das würde eine erhöhte Abgabe für die Ländern und für die Gemeinden bedeuten und natürlich auch im Zuge des Stabilitätspaktes hätte der Bund die Möglichkeit, die Länder und Gemeinden zum Mitfinanzieren zu verpflichten. Es ist aus der heutigen Sicht noch sehr schwer, ein abschließendes Urteil abzugeben, weil einerseits sind also die Ankündigungen seitens der Bundesregierung nicht immer sehr präzise und deutlich und andererseits muss eben über die einzelnen Wünsche des Bundes natürlich verhandelt werden, aber ich kann zusichern, dass wir Finanzreferenten sehr auf unsere Länder schauen werden und nicht freiwillig irgendeinen Euro hergeben werden. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, als Nächster zu Wort ist Kollege Scharfetter für die ÖVP.

Abg. Mag. Scharfetter: Ja, sehr geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Die Diskussion um die Hypo-Alpe hat jetzt auch den Salzburger Landtag erreicht. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Gott sei Dank!)

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Gott sei Dank!).

... Christian Stöckl hat schon das skizziert, wie denn die Auswirkungen sein könnten. Und er hat eingangs gemeint, die Ursache dieser Malversationen sind ein rascher Expansionskurs einer Kärntner Bank. Ich würde das gerne noch einmal etwas stärker hervorheben. Kürzlich war wo zu lesen "Es ist die Chronologie des Größenwahns, was dort passiert ist."

Und Herr Kollege Naderer, Du hast die Abwicklung angesprochen, der Reihe nach, gehen wir zunächst einmal zu den Ursachen dieser Krise:

Eine vergleichsweise kleine Landesbank, bis in die 90iger-Jahre konservativ geführt, ist angetreten, um zu einem Player in Mittel-, Osteuropa zu werden. Bilanzsumme, Christian Stöckl hat es erwähnt, ausgeweitet Anfang der 90iger-Jahre € 2 Mrd., 2008 € 42 Mrd. und wenn man so ein bisschen recherchiert, dann kommt man drauf, da sind zwei wesentliche Triebfaktoren. Das eine war die Kärntner Landespolitik. Das sei an dieser Stelle auch einmal erwähnt. Die haben diese Bank so als Hausbank betrachtet und so was wie eine Gelddruckmaschine. Projekte finanziert, ließe sich jetzt einiges aufzählen. Ich bin Touristiker. Ich habe mir einmal angeschaut das Schloss Velden, Schlosshotel Velden. Unglaublich. Unglaublich, wie man mit einem Tourismusprojekt so viel Geld verschwenden kann. Unglaublich, dass man so ungeschickt an ein solches Projekt herangehen kann. Gibt es noch eine lange Liste. Die Styrian wurde finanziert. Dann hat man irgendwann einmal die Idee gehabt, dass unbedingt ein Kärntner in einem Formel-1-Cockpit sitzen sollte. Auch das wurde finanziert. Also da waren alle Schleusen geöffnet.

Das Zweite: Offenbar ein Vorstand, der die Ambition hatte, da ein großer Player zu werden, in Kroatien und in Slowenien, in anderen Ländern. Und das hat dazu geführt, dass man ständig Haftungen gebraucht hat und das führt mich zur ersten Frage.

Wo waren alle Aufsichtsbehörden, wo war die Nationalbank, wo war ein Rechnungshof, vieles andere mehr, als ein Bundesland Kärnten, 550.000 Einwohner, was das Regionalprodukt betrifft an vorletzter Stelle in Österreich, knapp vor dem Burgenland, weit hinter Salzburg, € 20 Mrd. Haftungen übernimmt, konkret 15, ich glaube im Höchststand an die € 15 Mrd. Haftungen für eine Bank. In Österreich gibt es rund € 40 Mrd. Länderhaftungen für Banken

und davon hat allein Kärnten für eine Bank € 12 Mrd. übernommen. Detail am Rande. Ich halte das wirklich für skandalös. Angeblich, wenn die Presseberichte stimmen, dann wurden für diese Haftungen noch 2012 € 6 Mio. Haftungsprovision der Bank abgerungen, nämlich eingeklagt erfolgreich vom Land Kärnten. Und das führt mich zur nächsten Frage. Wie kann eine Bankbilanz testiert werden von einem Wirtschaftsprüfer, wenn diese Haftungen so essentiell sind, wenn nicht geprüft wird, ob diese Haftungen überhaupt jemals eingelöst werden konnten? ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Was war bei der Finanzkrise im Land Salzburg?)

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Die Frage hätte ich mir da auch gewünscht!)

... Die Haftung Kärntens beträgt 600 % des Budgets dieses Landes. Und eine andere Frage, die noch zu stellen ist, wie haben wir es denn überhaupt mit der Bankenaufsicht in Österreich, wenn etwa die Österreichische Nationalbank noch 2008 der Bank attestiert, nicht notleidend zu sein. Nachdem das massiv - aus meiner Sicht zu Recht - kritisiert wurde, hat man darauf hingewiesen, dass die Österreichische Nationalbank das Kreditportfolio dieser Bank nicht geprüft hat, weil das nicht ihre Aufgabe ist. Das hätte offenbar der Wirtschaftsprüfer prüfen sollen. Also es stellt sich schon die Frage und das ist ja das wo aus meiner Sicht ja nicht nur volle Aufklärung zu fordern ist, sondern vor allem auch daraus abzuleiten, welche Konsequenzen gibt es für die Zukunft. Ich persönlich glaube, wir müssen die Bankenaufsicht völlig neu regeln. Die Frage zu stellen, wie haben Wirtschaftsprüfer hier diese Bank testiert und eines vielleicht abschließend, was die Finanzmarktaufsicht betrifft. Ich halte das schon für ärgerlich, wenn kleine Gemeinden Photovoltaikprojekte initiieren mit Bürgerbeteiligung und dann ist die Finanzmarktaufsicht die erste, die sich das so genau anschauen, dass man da eine Prospektspflicht ableitet und das furchtbar kompliziert macht, wenn auch kleine Regionalbanken zum Teil klagen, wie sehr sie unter der Dokumentationspflicht und vielem mehr leiden und dann wird ein Expansionskurs einer Bank, wo man das von außen versteht und nicht wirklich ein Experte sein muss, dass das finanziell sich hinten und vorne nicht mehr ausgeht, von der Finanzmarktaufsicht abgesehnet. Also, viele, viele Fragen, die zu stellen sind. Aufklärung, aber vor allem die Erkenntnis daraus, welche Überwachungsmechanismen brauchen wir, um in Zukunft solche Entwicklungen zu verhindern. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ, Klubvorsitzender Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute ist wieder so ein Tag, mit dem Thema dieser Aktuellen Stunde, an dem sich die Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstkritisch die Frage stellen sollte, warum. Warum verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und in die Handlungswilligkeit demokratischer Institutionen?

Erstens: Die Hypo-Alpe-Adria ist die milliardenteure Hinterlassenschaft des ehemaligen Kärntner FPÖ- und BZÖ-Obmannes Jörg Haider.

Zweitens: Das System Haider und die schwarz-blaue Wenderegierung, die so in manchen Medienkommentaren als Selbstbedienungssystem Schlüssel beschrieben wurde, haben dieses Desaster erst ermöglicht, hat privilegierte Akteure begünstigt und uneingeschränkt gewähren lassen, wie die Justiz mittlerweile über einige auch geurteilt hat.

Drittens: Zur Bewältigung der Finanzkrise wurde den Bürgern in der Europäischen Union von der Politik ein Versprechen gegeben. Zuerst müssten mit Steuergeldern die Banken gerettet werden und dann würde alles getan, damit so was nicht wieder passieren kann!

Die Steuerzahler, meine sehr geehrten Damen und Herren, die haben gezahlt. Das Versprechen, die Spekulanten an die kurze Leine zu nehmen, die Finanzwirtschaft auf der Europäischen Ebene zu zügeln, die Spekulanten gerecht und fair an den Kosten und an den Folgekosten zu beteiligen und die Wirtschaft der EU-Mitgliedsstaaten mit 120 Milliarden Wirtschaftsförderung anzukurbeln und die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, um neue Jobs zu schaffen. All dies wurde bisher leider noch nicht umgesetzt.

Die Bewältigung der Finanzkrise und die Umsetzung der Bankenunion sind bereits zum europäischen, sind bereits zum europäischen Testfall der politischen Glaubwürdigkeit geworden. Unser nationaler Testfall der politischen Glaubwürdigkeit ist die Aufarbeitung der Hypo-Alpe-Adria und die Milliardenbereicherung einiger weniger auf Kosten der österreichischen SteuerzahlerInnen. Und wenn ich von der Handlungsfähigkeit und vor allem von der Handlungswilligkeit demokratischer Institutionen gesprochen habe, möchte ich in diesem Zusammenhang auch fragen, was hat die Hypo-Alpe-Adria-Bank aktuell mit dem Salzburger Landtag, mit unserer Arbeit hier und mit unserer Zuständigkeit zu tun. Es zeigt einmal mehr den Stillstand in dieser Landesregierung. Diese Landesregierung kocht an einer Stillstandssuppe und je länger diese Suppe kocht, meine sehr geehrten Damen und Herren, desto ungenießbarer wird sie für die Salzburgerinnen und Salzburger.

Was sind denn die aktuellen Themen und damit die politischen Highlights in dieser Landesregierung? Sommer versus Winterzeit wird diskutiert, das Verkaufsverbot von Wasserpfeifen, nicht durchdachte konzeptlose Schikanen auf der Stadtautobahn, Schröpfen der Eltern bei der Kinderbetreuung, Kürzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik bei steigenden Zahlen der Arbeitslosen. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Tausende Salzburgerinnen erwarten sich Lösungen! Lösungen, damit sie sich ihre vier Wände monatlich leisten können und im Landeskrankenhaus warten tausende Mitarbeiterinnen auf den politischen Notarzt. ...

(Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Hast Du den Finanzskandal vergessen?)

... Weil sie an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen sind. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Eure Fuhrwerkereien!)

... Ja, das Desaster der Hypo-Alpe-Adria Bank ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Die besten Zeiten und dann große Klappe!)

... muss bewältigt werden, aber sicherlich nicht hier im Salzburger Landtag.

Zum Schluss kommend, sehr geehrte Frau Präsidentin! Diese aktuelle Stunde wird auch zum Testfall für die landespolitische Glaubwürdigkeit und vor allem für die landespolitische Handlungswilligkeit, Politik gestalten zu wollen. Für was und wen engagiert sich diese Salzburger Landesregierung und was hat die Bevölkerung von dieser Aktuellen Stunde? ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Bei dem Erbe ist es schwer!)

... Diese Frage wird wohl das einzig bleibende dieser Stunde sein. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster für die Grünen Kollege Scheinast, bitte.

Abg. Scheinast: Ja, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist natürlich schwierig, jetzt fortzusetzen. Ich glaube nicht, wenn wir nach wie vor 100 auf der Autobahn fahren, dass die Hypo dadurch gerettet würde. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Oja, oja.)

... Aber das ist vielleicht eine Einschätzungsfrage. Wie überhaupt diese ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Das ist eine Fehlinterpretation!)

... Die Frage, warum beschäftigen wir uns mit der Hypo, ja auch natürlich viel mit der Salzburger Landespolitik zu tun hat, weil sie ein ähnliches Denken zeigt. Wir haben es ja auch in Salzburg über die Jahre hinweg geschafft, ein kleines - vergleichbar kleines - Finanzskandalchen zusammenzubringen. Die Hypo-Pleite ist natürlich wesentlich teurer. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Kärnten ist auch höher wie in Salzburg. Aber wir sind, was ich gesehen habe, das zweithöchst verschuldete Land in Österreich. Dort, wo in Kärnten die Wörtherseebühne gebaut wurde, haben wir eine bisher nicht ausfinanzierte Salzburg-Arena. Die bleibt auch auf den Schulden sitzen, ist auch eine Form von ein bisschen Größenwahn, ohne zu schauen, wie wir es uns leisten können und das bringt uns zu dem Denken überhaupt. Scharfetter Hans hat es auch schon gesagt, immer mehr Wachstum auf Kosten von allem? Worum es geht? Das ist ein Riesenproblem und unser gesamtes wirtschaftliches Handeln wird ja letztlich sinnlos, wenn wir aufgrund von Spekulationen gezwungen sind, unsere ganzen Haushalte und den Steuerzahler auf eine Art und Weise zu beanspruchen, dass er kaum mehr Luft zum Atmen hat. Wir sind ja selber alle Steuerzahler. Man hat das Gefühl, wozu das Ganze, wenn dann hintennach dermaßen viel Geld zu investieren ist, in Dinge, wo wir nicht wissen, wohin. Die Zahlen, die herumschwirren, welche Höchstgrenze hat je gehalten? 19 Milliarden, ja. Mag sein, dass es stimmt. Aber das kann sonst noch was werden. Und diese Notverstaatlichung im Jahr 2009, die uns jetzt die ganze Last aufbürdet, ist ja ein völlig falsches Wort. Weil auch der Freistaat Bayern, ist ja ein Staat und da haben es nicht wir notverstaatlicht, sondern eigentlich haben es die Bayern ja schon übernommen gehabt. Also die Frage, warum das Ganze passiert ist 2009, und dann keinen Untersuchungsausschuss einzusetzen, also diese Frage bleibt trotzdem im Raum. Ob die Expertenkommission, so wie es die Regierung jetzt vorhat, das klären wird, sei einmal dahingestellt. Wollen wir hoffen, dass ein bisschen Licht in das Ganze rein kommt. Momentan ist es noch relativ dunkel.

Eine weitere Geschichte, die Scharfetter Hans angesprochen hat, die Haftungsprovision. Wie ist es denn möglich, dass ein Land wie Kärnten eine Haftung garantiert, die es sich nicht

leisten kann und trotzdem bei einem österreichischen Gericht dafür eine Provision einklagen kann? Also ist ja völlig unverständlich! Wie geht denn das? Aber es ist passiert.

Ja, beim Geld gibt es das Prinzip der Nichtsättigung. Hat es einmal geheißen in einem schönen Ö1-Beitrag, man kann nicht genug kriegen. Jeder Nuller hinten dran, den vertragen wir locker. Ob wir eine Million oder eine Milliarde am Konto haben, da wird niemandem übel. Nach dem fünften Schnitzel spätestens werden wir alle miteinander sagen, wir vertragen es nicht. Im menschlichen Bereich gibt es die Sättigung. Beim Geld gibt es sie nicht. Und deswegen wären wir alle gut aufgerufen, ein bisschen uns zu überlegen, wie gehen wir denn um, mit uns, mit der ganzen Finanzindustrie, mit dieser Form des Casinokapitalismus und die Devise "Nie ist zu wenig, was genügt" sei hier wieder in den Raum gestellt. Alter Seneca-Spruch. Schauen wir doch, dass wir ein bisschen zufriedener werden, dass wir uns auf Werte besinnen, mit denen es uns gut geht und nicht das Unmäßige zum Maß wird. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, bitte Herr Klubobmann Schnell für die FPÖ.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Was ist der Unterschied zwischen Hypo-Skandal und Spekulationsskandal Salzburg? Dort ist schon ein Politiker eingesperrt worden. In Salzburg noch nicht. Die Finanzskandale jagen uns in den letzten Jahren. Einer nach den anderen, von Amerika ausgehend, über den großen Teich. Kommunalkredit, BAWAG, Atomic. Die Diskussion hier stattgefunden, abgewürgt, abgewürgt. Ich war damals noch in der Landesregierung. Niemand wollte es wissen. Man hat einem renommierten Betrieb wirklich alles genommen. Einem wirklich verdienten Pionier in der Schierzeugungswirtschaft. Nirgends ist irgendwas herausgekommen.

Ja, ich habe mir erwartet, nachdem bei der Präsidiäle das Team Stronach, Helmut Naderer, dieses Thema eingebracht hat und wir dann die Schulpolitik links liegen lassen haben und die Struckerkaserne links liegen lassen haben und das Gesundheitswesen, große Probleme, die in Salzburg auf uns zukommen, weil wir den Bediensteten dort die Gehälter nicht so ausgezahlt haben, wie es eigentlich gehört und dann jetzt 48 Stunden nur mehr unsere Ärzte arbeiten dürfen. Ich weiß nicht, wie wir dann die Patienten bewältigen sollen. Alles uninteressant. Über die Hypo-Bank müssen wir diskutieren. Und da habe ich heute so viel erfahren, nur nichts Neues.

Liebe Freunde, Herr Kollege Scharfetter! Ich glaube, ein ÖVP-Politiker ist bis jetzt verurteilt worden. Martinz oder wie er geheißen hat und ich habe mir eben erwartet, dass der Herr Kollege Naderer als Sekretär eines Sekretärs im Vorzimmer vielleicht damals von der Partei,

die beschuldigt wird, dass sie ihren Hauptanteil trägt und bitteschön, Walter Steidl, es war das BZÖ. Du kannst ja auch nicht von Naderer behaupten, er ist FPÖ. Er ist jetzt Team Stornach. Und bitteschön, der Haider war damals BZÖ. Bitte, tu mir nicht so weh. Es ist leider so. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Kollege Scheinast hat ein paar Dinge aufgezeigt. Du hast mir aus dem Herzen gesprochen. Aber jetzt erzähle ich euch noch was. Dein Sparbuch verbrennt. Du kannst Pech haben, nicht, das brennt. Hotel oder was. Oder es wird Dir gestohlen. Dann gehst Du zur Bank, ein kleines Sparbuch bitte. Du kriegst eh keine Zinsen mehr. Und dann sagst Du, geh, wie tu ich denn jetzt? Ich möchte gerne auf das Geld zugreifen. Dann musst Du ein Jahr warten. Dann wird der Bankenvorstand dieser Bank beschäftigt. Die Rechtsabteilung, und ein Jahr musst Du auf Deine paar Tausend Euro, die Du auf dem Sparbuch liegen hast, hast Du keinen Zugriff mehr. So streng ist die Kontrolle bei den Banken, was uns kleine Sparer betrifft. Aber oben werden die Milliarden verschwendet, wird spekuliert auf Teufel komm raus. Was war es bei der Hypo-Bank oder die Bayern auch letztendlich oder was war es in Salzburg? Größenwahn! Absoluter Größenwahn, der überall herrscht. Aber es ist halt so schön, wenn man in Salzburg über Kärnten diskutiert und wahrscheinlich werden die Kärntner über Salzburg diskutieren. Und sagen, schau Mama, der hat seine Hose voll, der stinkt, obwohl beim anderen, der da hinzeigt, das schon aus den Hosenröhren herausrinnt. Das ist also die Politik, der wir heute frönen.

Und deswegen ist auch niemand mehr da, der berichtet darüber. Es ist euch nur noch nicht aufgefallen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da hat der Walter Steidl schon Recht gehabt. Wir sollten schon vor der eigenen Haustüre kehren. Wir sollten uns schon um die eigenen Probleme in diesem Land, die wir haben, hier kümmern. Oder, heute haben wir diskutiert über Schernberg, die UN- Behindertenkriterien, wer erfüllt überhaupt noch die EU-Konvergenzkriterien bitte? Was für Land? Kärnten, Salzburg, der Bund? Macht Euch ein bisschen Gedanken darüber. Und Herr Kollege Stöckl. Sie kennen das Budget in Kärnten gut. Hoffentlich bleibt unseres so, wie Sie es uns vorgelegt haben. (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir starten die zweite Rederunde. Für die ÖVP, Herr Bundesrat Saller, bitte!

Bundesrat Saller: Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das vorliegende Thema der Aktuellen Stunde ist natürlich auch ein unter anderem beherrschendes Thema im Bund. Ich möchte zuerst noch kurz zu der am 14.12.09 erfolgten Not-

verstaatlichung, weil gerade von den Oppositionsparteien auf Bundesebene das so kritisiert wird, dazu sagen: Die Insolvenz der Kärntner Bank stand ja unmittelbar bevor. Und ich stelle die Frage, wer hätte damals verantworten können, Kärnten in die Pleite zu schicken? Ich könnte mir nicht vorstellen, wie jetzt geredet würde, wenn das geschehen wäre. Dazu kommt die Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft zum Schutz der Volkswirtschaft des europäischen Finanzmarktes. Und es hätte auch wahrscheinlich Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft gegeben. In Salzburg genauso wie in den anderen Bundesländern und darüber hinaus. Es war natürlich auch eine Sicherungsmaßnahme zum Schutz der Arbeitsplätze. Und diese, das muss ich jetzt schon sagen, diese groß angelegte notwendige Rettungsaktion ist eine Folge eines Kärntner Skandals. Die Hauptverantwortung, ich sage die Hauptverantwortung, nicht die Alleinverantwortung, hat die damalige Kärntner FPÖ. Und ich habe eine Aktennotiz da von gestern, wo Klubobmann Strache erstmalig gesagt hat - was ja auch bemerkenswert ist - "Man kann einem Toten nicht die Alleinschuld geben. Zumindest Drittelverantwortung Rot, Schwarz und Haider." Das ist ja schon beachtlich, wobei man bei diesem Mehrheitsverhältnis natürlich schon hinterfragen müsste, ob die Drittelverantwortung schon gegeben ist.

Ich möchte jetzt noch etwas sagen zum viel geforderten Untersuchungsausschuss auf Bundesebene. Denn wichtig ist eine professionelle Aufarbeitung dieses Riesenskandals. Und wenn man - ich habe das verfolgt in der vergangenen Legislaturperiode - sich diese Untersuchungsausschüsse angeschaut hat, was sind die? Das sind Polittribunale, das sind alles andere als sinnvolle Tätigkeiten, ich sage, eine Politbühne. Zu Beginn gibt es einmal einen langen Streit über den Vorsitz, wer von den Oppositionsparteien führt den und dann ist die Sache der Akten noch da. Kaum werden Akten angefordert, kommen Sie an die Öffentlichkeit. In Kärnten hat es übrigens eh schon einen Untersuchungsausschuss gegeben zu dieser Sache. Und da hat man ja schon allerhand aufgedeckt. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss in Wien kann auf Kärnten gar nicht zugreifen. Das ist nicht möglich und es gibt derzeit 102 Gerichtsverfahren. Man sollte einmal diese Gerichtsverfahren abwickeln. Wichtig ist eine unpolitische, unabhängige und rechtskonforme Aufarbeitung der Hypo-Vergangenheit. Und dazu gehört eine Transparenzoffensive. Ich glaube, da dürften wir uns ziemlich alle einig sein.

Dr. Herbert Walter ist ein international renommierter Bankenexperte, in deutschen Banken tätig und auch schon in Banken, die ähnliche Probleme hatten, der wird also der Aufsichtsratsvorsitzende der Hypo. Zur Klärung ist eine Untersuchungskommission eingesetzt. Und weil da jetzt hie und da so gewitzelt wird, mit der ehemaligen obersten Gerichtshof-Präsidentin Dr. Irmgard Griss wird eine anerkannte Persönlichkeit diese Aufgabe wahrnehmen ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Ohne Kompetenz!)

... und hat freie Hand bei der Zusammensetzung der Kommission. Die kann sich nicht eine Freunderlwirtschaft aussuchen. Sie hat vier Fragen zu beantworten: Wie war das mit den Kärntner Haftungen? Welcher Vertrag wurde mit den Bayern geschlossen? Was ist mit den Haftungen? Sind die mitgewandert oder nicht? Wir haben ja den Kärntner Vertrag nicht. Den kennen wir ja nicht. Dass da endlich einmal Einsicht genommen wird. Notverstaatlichung, was ist nachher geschehen? Die Hypo muss von der Politik wegkommen. Der Fahrplan steht. Es gibt ein Sondergesetz bis zum Sommer, Kosten für die Steuerzahler so gering wie möglich halten, die Abbauarbeit bis zum Herbst und die Verwertung der Hypo-Vermögen. Das muss im Vordergrund stehen. Es ist alles zu tun, Lösungen zu finden, den Schaden zu minimieren. Aufklären und dann Transparenz voranzustellen, und da glaube ich, ist jetzt die Regierung auf einem guten Weg. Danke. (Beifall der ÖVP- und TSS-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke, Herr Bundesrat. Als Nächster in der Reihenfolge wäre die SPÖ. Bitte, Kollegin Hirschbichler.

Abg. Hirschbichler MBA: Frau Präsidentin!

Jetzt war ich ein bisschen verwirrt über Deinen Konjunktiv. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich glaube, wir haben jetzt ausreichend spekuliert über die einzelnen Situationen, was wäre wenn. Und ich glaube, wir könnten diesen Tag eigentlich zum Tag der Hellseherei erklären, denn das Thema der Aktuellen Stunde heute, das würde viel besser in die Millionenshow passen. Nur mit dem Unterschied, dass ich in der Millionenshow dann wenigstens eine 25%ige Chance habe, die richtige Antwort zu finden. Und die hat man in diesem Fall einfach überhaupt nicht. Weil wenn nicht einmal der Finanzminister dieses Staates weiß, um welche Größenordnung es sich hier handelt, wie groß der Schaden sein wird im Endeffekt, dann können wir hier herinnen nur spekulieren und dann denke ich mir, dann ist das ein Thema für die Glaskugel.

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir dann überlegt, warum wurde das zum Thema gemacht und jetzt habe ich nach dem Statement von Kollegen Naderer und vom Herrn Finanzreferenten mir dann gedacht, ja, eigentlich ist es nur ein Vorwand, um den rigiden Sparkurs des Bundeslandes fortsetzen und argumentieren zu können. Und ich denke mir, es ist so, dass der Kollege Naderer dem Herrn Finanzreferenten das Hölzl geworfen hat, und der das jetzt einfach argumentieren kann. Und wir haben heute schon ausreichend darüber diskutiert. Wer leidet denn darunter? Darunter leiden jetzt Salzburgs Eltern, die die Kindergarten-

beiträge zahlen müssen und mit den Kindergartenbeiträgen in Vorleistung treten müssen. Darunter leidet das Kinderschutzzentrum, das Gehörlosenzentrum, das St. Vinzenz-Heim. Darunter leiden die SALK, wo man den beschlossenen Masterplan jetzt wieder revidiert hat und zurücknimmt. Und ich sage es noch einmal und ich habe es letztes Mal schon gesagt: Das ist wirtschaftspolitisch grundfalsch, wenn man jetzt Investitionen nicht tätigt, noch dazu, wo wir die höchste Arbeitslosigkeit im Bundesland haben. Wo wir Arbeitslosenzahlen haben, die wir noch nie in unserer Geschichte vorher gehabt haben. Und ich kann es nicht oft genug sagen, um jetzt noch einmal zurück zur Hypo zu kommen, ich kann es nicht oft genug sagen: Es ist eine Schande, es ist ein Skandal, immer, wenn die Finanzwirtschaft einen Schaden verursacht, dann werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten, nein nicht zur Kasse gebeten, sondern sie werden zur Kasse gezwungen, Kolleginnen und Kollegen. Und ich finde, das ist dermaßen ungerecht. Jedem einzelnen von uns gegenüber. Denn wenn die Wirtschaft, wenn der Unternehmer einen Fehler macht, dann hat er eine Gewährleistungshaftung, ja. Wenn das Produkt schadhaft ist oder fehlerhaft ist, dann haftet er dafür. Wenn eine Kellnerin einen Teller fallen lässt, dann haftet sie nach dem Dienstnehmerhaftpflicht-Gesetz. Aber wenn am Finanzmarkt Milliarden verzockt werden, ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Der Finanzreferent wenn draufkommt, dann haftet er mit!)

... dann hängt man das dem Steuerzahler um, und das ist eine Frechheit. Und in dem Fall, im Kriminalfall Hypo-Alpe-Adria. Wir haben hier herinnen schon mal diskutiert vor geraumer Zeit. Da geht es ja, es wurde ja heute schon angeführt. Um was geht es denn da? Da geht es um marode Swap-Geschäfte. Da geht es um insolvente Firmen und insolvente Fluglinien. Um heruntergekommene Hotels, um Insidergeschäfte mit Vorzugsaktien. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Und um Waffenhändler, um Luxusautos, die gestohlen wurden, und um Yachten. Das ist das Problem, der Kriminalfall Hypo-Alpe-Adria! Und jetzt mutet man dem Steuerzahler das zu, was man nur dem Steuerzahler zumuten kann, weil z.B. der Bank Austria Chef Cernko im Zusammenhang mit der Bankenbeteiligung ja gesagt hat "Ich zahle ja nicht für Wahnsinnige". Aber der Steuerzahler, der muss für Wahnsinnige zahlen.

Und jetzt frage ich, die Frage wurde heute auch schon von Kollegen Scharfetter gestellt: Wie ist es überhaupt möglich, dass ein Gläubiger Haftungen des zehnfachen bis zwölffachen Ausmaßes eines Landeshaushaltes akzeptiert? Das ist ein Wahnsinn! Da muss man sich fragen, wie wurde das geprüft? Ich kann ja auch nicht meine Wohnung um das Zehnfache beleihen lassen. Wenn ich heute hingehe auf die Bank und sage, gebt mir einen Kredit, der zehnfach so viel wert ist wie meine Wohnung, dann sagen sie zu mir, ob ich auch schon eine Anstaltslösung bin. Das glaube ich nämlich dann.

Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Um es abschließend zu sagen. Das ist wieder einmal ein Anlass: Man muss das Übel an der Wurzel packen. Und wir würden hier nicht beraten darüber müssen, gäbe es geregelte Finanzmärkte. Gäbe es geregelte Finanzmärkte und gäbe es strenge Richtlinien für Finanzmärkte, europäisch und international. Und deshalb sage ich: Es führt kein Weg vorbei, an der Regulierung der Finanzmärkte. Es führt kein Weg vorbei aus meiner Sicht an einer Finanz-Transaktionssteuer auf europäischer Ebene, möglichst auf internationaler Ebene. Die Zocker sollen jetzt endlich gefälligst den Schaden, den sie verursachen, selber zahlen, weil die Kellnerin muss das ja auch tun, Kolleginnen und Kollegen.

Und dem Kollegen Naderer habe ich etwas mitgebracht, sollte er noch einmal so eine unbeantwortbare Frage zur Aktuellen Stunde machen wollen, dann muss er selber in die Glaskugel schauen. Eure Farbe! (*Abg. Hirschbichler MBA übergibt Klubobmann Abg. Naderer eine gelbe Glaskugel*) Danke (Beifall der SPÖ-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort für die Grünen, die Kollegin Lindner, bitte. Ich ersuche um etwas Ruhe, Kollegin Lindner ist am Wort!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Geschätzte Landtagspräsidentin!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Darf ich ersuchen, die Zwiegespräche bitte einzustellen! Wir sind in einer Landtagsdebatte und die Kollegin Lindner ist am Wort. Bitte.

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Geschätzte Landtagspräsidentin! Geschätzte Landesregierung! Liebe Landtagsabgeordneten! Geschätzte Zuhörer!

In einem Punkt möchte ich meiner Vorrednerin sehr wohl Recht geben. Wir brauchen dringend geregelte Finanzmärkte. Wo war die Finanzmarktaufsicht? Wann wird endlich auf nationaler und internationaler Ebene die Finanztransaktionssteuer beschlossen? Und wir haben ja noch einen weiteren Punkt, vor dem wir weiter warnen möchten. Wenn wir einmal in die Zukunft auch schauen, das TTIP, was da hier auf uns zukommen könnte, diesen Unsinn gilt es zu vermeiden. Da sind noch weitere offene Punkte, die keinesfalls in dieser Form kommen sollten. Wir Salzburger Bürger, alle Salzburger Bürger sind massiv verärgert, weil wir ständig sparen müssen. Bildung, Kindergärten und Spitäler. Eines möchte ich sehr wohl betonen. Geld verschwindet nicht. Aber es hat jetzt jemand anderer. Und genau das gilt es aufzuklären. Wir fordern die rasche Einsetzung eines Hypo-Untersuchungsausschusses. Lieber Kollege! Vielleicht könntet ihr mit der SPÖ und ÖVP dann auch zusammenarbeiten, dass endlich einmal der Hypo-Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. (Beifall Abg. Mag.^a Sieberth)

Und wir sind in diesem Punkt auch Ralf Holub sehr dankbar, weil der Grüne Landtagsabgeordnete als Erster aufgezeigt hat, dass hier etwas massiv nicht stimmt. Es gilt die Frage zu klären, wer hat die Provisionen erhalten? Wofür wurden Provisionen gezahlt? Wer hat mitverdient? Für welche Kredite und Geschäfte hat das Land Kärnten so hohe Haftungen in irrsinnigen Höhen übernommen? Da hat ja jemand mitverdient. Es ist ja nicht so, dass man nur irgendeiner Wirtschaft im abstrakten Sinn helfen wollte. Da wurde ganz, ganz massiv spekuliert. Da wurden Grundstücke gekauft und verkauft. Da haben Leute ganz massiv Geld verdient. Man kann in zahlreichen Publikationen nachlesen, dass einzelne Personen innerhalb von wenigen Monaten mehrere hundert Millionen Euro verdient haben. Das verdient unsereins im ganzen Leben nicht. € 18 Mrd.! Um € 18 Mrd. könnten wir über 100.000 Wohnungen bauen. Dann hätten die Leute aber eine Eigentumswohnung und müssten ihr Leben lang keine Miete mehr zahlen. Das wäre ein wirkliches Andenken von einer SPÖ, die sagt, ja, daher müssen wir hinschauen. Wir brauchen den Untersuchungsausschuss und wir stimmen jetzt im Nationalrat auch für einen Untersuchungsausschuss. Es muss geklärt werden, wer da dahintergesteckt ist. Noch einmal: Geld verschwindet nicht. Das hat jetzt jemand anderer!

Es kann nicht weiter angehen, dass diese Fehlentwicklungen fortgeschrieben werden, dass die Spekulanten immer nur die Gewinne einstreichen können und wenn es dann zu Verlusten kommt, dann soll der Steuerzahler hier herhalten. Das Geld wandert bei jedweder Spekulation immer wieder von fleißig nach superreich. Wenn es heißt, dass eine Bank ein Geld erwirtschaftet und „Lass dein Geld für dich arbeiten“, liebe Landtagsabgeordnete! Ich habe noch nie einen Hundert-Euro-Schein arbeiten sehen. Das sind immer noch Leute, die dahinterstehen und dafür den Rücken krumm machen und arbeiten und schufteten. Diese ganzen Spekulationen, Finanzgeschäfte sind zu hinterfragen, wo hier Gewinne eingefahren werden. Banken in die Schranken und Einsetzung eines Hypo-Untersuchungsausschusses und das sofort. Das ist unsere massive Forderung. Danke (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die FPÖ bitte Fritz Wiedermann.

Abg. Wiedermann: Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zirka eine Stunde läuft jetzt die Diskussion Hypo-Alpe-Adria, eine Zuständigkeit des Salzburger Landtages, wie sie ins Buch geschrieben ist. Eine Missachtung des Salzburger Landtages, eine Missachtung der Geschäftsordnung. Das ist es. Haben wir in Salzburg keine anderen Sorgen? Kollege Steidl hat es schon angeführt. Haben wir nicht selber Probleme? Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wo ist er, der Herr Stöckl? Ist nicht da. Es wäre bes-

ser, besser gewesen, uns heute hier zu erklären, wie schaut die finanzielle Situation des Landes Salzburg aus? Was können wir uns in den nächsten Jahren noch leisten? Was können wir der Bevölkerung noch anbieten? Oder müssen wir noch weitere Einschränkungen vornehmen? Welche Haftungen kommen auf uns möglicherweise zu? Wie schaut die Auswirkung des Finanzskandals letztlich in finanzieller Hinsicht aus? Auch hier gibt es Dinge, die noch immer ungeklärt sind. Ich erinnere nur an die Diskussion mit der KEST. Das ist alles offen. Es hat zwar bei der Budgeterstellung hier Gespräche gegeben, fraktionell mit den Regierungsparteien. Erklärt ist es uns eh nicht ordentlich geworden, aber letztlich Stillschweigen. Stillschweigen und die Probleme des Landes Salzburg vor sich herzuschieben oder überhaupt auf die Seite zu drängen. Na, dann haben wir halt irgendwelche anderen Dinge. Ob das die Einführung oder die Abschaffung der Sommerzeit ist, der Walter Steidl hat es ja schon richtig gesagt, dann tun wir auf Teufel komm raus gendern. Otto Konrad, wenn ich Deine Aussage vielleicht noch einmal zitieren darf aus dem Ausschuss. Du weißt jetzt seit dem Ausschuss, dass es einen biologischen Unterschied zwischen Mann und Frau gibt. Also mit solchen Dingen beschäftigt sich der Salzburger Landtag. Ich sage Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir so weitermachen und so weiterdiskutieren, in der Öffentlichkeit wird der Stellenwert der Politik auf einen Punkt gelangen, wo wir nicht mehr aufstehen können. Wir sind jetzt schon fast am Boden. Und wenn solche Diskussionen, wie sie in der Vergangenheit gelaufen sind, und eine Diskussion, wie heute als Aktuelle Stunde, und ich will vielleicht da nicht so direkt werden, aber im Prinzip ist es ein Bla, Bla, Bla über Dinge, die uns im Prinzip gar nichts angehen. Wenn wir eine Aktuelle Stunde haben, und da wird man sich auch in Zukunft unterhalten müssen, was die Geschäftsordnung betrifft, dann bleiben wir bitte bei Themen, die das Land Salzburg betreffen. Wir haben genug Probleme. Ob das in der SALK ist, in der Gesundheit, in der Bildung, und, und, und, bis hin zu den Arbeitsplätzen im Lande Salzburg. Davon schweigt man. Also was hier abgeführt wird, was hier passiert, ist nichts anderes, als die Probleme auf die Seite zu schieben, wie man so im Volksmund sagt. Sich selber in die Hosentasche lügen, es passt schon und das Volk draußen, das interessiert es eh nicht mehr. Jetzt ist Gott sei Dank oder zufälligerweise ein Medienvertreter da, der vielleicht (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten), der vielleicht auch einmal darüber berichtet, was tatsächlich in diesem Hause an Diskussion, an Themen abgeführt wird. Und ich appelliere noch einmal. Bleiben wir bei dem, für was wir zuständig sind und nicht für Probleme in Kärnten oder sonst irgendwo oder in der EU, Abschaffung für irgendwas. Bleiben wir bei den Problemen des Landes Salzburg und für die Bürger dieses Landes. Danke. (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ich bitte Herrn Landesrat Mayr für das Team Stronach Salzburg. Du hast jetzt noch gute drei Minuten.

Landesrat Mayr: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Gestern war der Tag der Wohnungsarmut, der Wohnungslosigkeit. Und wenn man sich die Argumente dieser Menschen anhört, dann kann man verstehen, wie verärgert, wie erzürnt das Volk auf die Politik ist, wenn Millionen vergeudet werden und dann ist man nicht in der Lage, für die Ärmsten der Armen was zu bieten. Und deshalb finde ich auch dieses Thema des heutigen Tages für angebracht. Ich möchte wissen, für was das Land Salzburg haftet und für was das Land Salzburg nicht haftet. Und ich habe jetzt mit Ausnahme von Dr. Stöckl von niemandem gehört, dass wir für die Hypo-Alpe-Adria nichts bezahlen möchten.

Der Kollege Steidl – Stillstandssuppe. Also ich schließe das für jenen Bereich, wo ich verantwortlich bin, zur Gänze aus. Da hat es Wochenendsessions gegeben mit den Beamten im Regierungsbüro und in den Abteilungen, damit, dass wir diesen Scherbenhaufen in der Wohnbauförderung aufarbeiten können, der uns hinterlassen worden ist. Und wir haben sehr schnell erkannt, was zu tun ist und ich lasse das für mich und für meinen Bereich auf keinen Fall gelten.

Gehen wir zurück zur Hypo-Alpe-Adria. Es war nicht ein ungesundes Wachstum. Es war ein Weg in den Exodus, was die Hypo-Alpe-Adria gemacht hat und es war nicht die Hypo-Alpe-Adria als Finanzwirtschaft, Frau Kollegin, sondern da wurde die Finanzwirtschaft von der Politik missbraucht. Das war das eigentliche Thema. Und ein Wachstum um das Zehnfache – das kann eine Bank weder organisatorisch noch liquiditätsmäßig verkraften und es wurde investiert in Projekten in den südeuropäischen Raum, die jetzt einfach nur stark abgewertet veräußert werden können. Und auch die Frage: Wo war die Finanzmarktaufsicht? Wo war der Rechnungshof? Es kann doch nicht sein, dass ein Bundesland für das mehr wie Zehnfache oder das Zehnfache einer Budgetsumme haften kann. Dann ist ja diese ganze Haftung sehr, sehr wertlos. Gehen wir zurück. Im Jahr 2007 wurde die Hypo-Alpe-Adria mehrheitlich an die Bayernbank verkauft und das Land Kärnten hat diesen Verkaufserlös in den Wachstumsfonds investiert. Um die € 500 Mio.. Zu dem Thema möchte ich dann einfach zum Schluss noch etwas sagen. Das war der erste Akt.

Der zweite Akt: Im Jahr 2009 hat Finanzminister Vizekanzler Pröll, aus welchen Gründen auch immer, den Rückkauf und die Notverstaatlichung veranlasst. Und da komme ich jetzt zum Punkt. Und da will ich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss sehen. Weil diese Beweggründe möchte ich sehen. Was ist da dahinter? Was wäre die Folge gewesen? Für uns auch als Land Salzburg, was hätten die Bayern gemacht? Hätten die wirklich diese Hypo-Alpe-Adria in die Insolvenz geschickt? Was wären die Konsequenzen für das Land Kärnten gewesen? Wäre auch das Land Kärnten insolvent geworden, hätten auch wir als Bundesland Salzburg finanziell Schaden getragen? Das steht fest. Aber ich möchte genau

diese Beweggründe kennen und ich muss jetzt leider viel früher schließen, als geplant. Ich fordere die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. (Beifall der Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Ich fordere auf, dass genau diese Mittel, die aus dem Verkauf, das Kärnten erlöst hat, eingesetzt werden – diese € 500 Mio., wo sich Herr Landeshauptmann Kaiser dagegen wehrt und ich fordere auf, dass die anderen Bundesländer nicht für diesen Skandal zahlen müssen. Das ist eine Sache des Bundeslandes Kärnten und der österreichischen Bundesregierung. Danke (Beifall der ÖVP-, Grünen und TSS-Abgeordneten).

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir die Aktuelle Stunde abgeschlossen und wir kommen nun zu

Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Entschuldigt ist für eine halbe Stunde Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl. Das habe ich auch eingangs schon erwähnt. Ich werde daher die anderen Anfragen vorziehen und mit der Mündlichen Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold betreffend „untergetauchte“ Asylwerber in Salzburg beginnen. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Wiedermann um die Fragestellung.

Unverständliche Zwischenrufe der Abgeordneten

Also bei meiner Reihenfolge wäre zuerst Hypo, das wäre an Stöckl. Die zweite ist Landesrätin Berthold, dann käme noch eine Anfrage an Landesrätin Berthold.

Unverständliche Zwischenrufe der Abgeordneten

Ich habe eine andere Reihenfolge. In meiner Reihenfolge ist zuerst Stöckl, dann Berthold zweimal, dann noch einmal Stöckl zweimal, dann Schellhorn und dann Rössler.

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Nur eine Frage. Der Heini Schellhorn ist ja ab 16:00 Uhr entschuldigt. Vielleicht kann man doch seine mündliche Anfrage jetzt vornehmen.)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Entschuldigung. Dann beginnen wir mit der Anfrage der Abgeordneten Riezler an Herrn Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Berücksichtigung der Wohnbeihilfe in der Mindestsicherung. Bitte Frau Kollegin!

5.1 Mündliche Anfrage der Abg Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Berücksichtigung der Wohnbeihilfe in der Mindestsicherung

Abg. Riezler: Dankeschön Frau Präsidentin! Herr Landesrat Schellhorn, ich darf an Dich folgende Anfrage stellen.

Bei der Bemessung von Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist das Einkommen der Hilfesuchenden zu berücksichtigen. Zum Einkommen zählen dabei alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert. Auch eine allfällig gewährte erweiterte Wohnbeihilfe gehört laut Gesetz dazu. Aufgrund einer Übergangsbestimmung wird die Wohnbeihilfe zwar bis zum 1. Jänner 2015 nicht zum Einkommen gezählt, jedoch auf die Hilfe für den Wohnbedarf angerechnet.

Ich stelle daher folgende Anfrage: Wie soll aus Ihrer Sicht nach Auslaufen der Übergangsbestimmung eine allfällig gewährte erweiterte Wohnbeihilfe in der Mindestsicherung gehandhabt werden?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landesrat!

Landesrat Dr. Schellhorn: Dankeschön Frau Abgeordnete Riezler. Zur Frage eins: Wie soll aus Ihrer Sicht nach Auslaufen der Übergangsbestimmung eine allfällig gewährte Wohnbeihilfe in der bedarfsorientierten Mindestsicherung gehandhabt werden? Es ist zunächst einmal rechtlich auszuführen, dass im § 45 des Salzburger Mindestsicherungsgesetzes eben die Übergangsregelung geschaffen wurde. Wörtliches Zitat: „Eine allfällig gewährte erweiterte Wohnbeihilfe gemäß den Salzburger Wohnbauförderungsgesetzen zählt nicht gemäß § 6 Abs. 1 zweiter Satz zum Einkommen. Sie ist jedoch auf die Hilfe für den Wohnbedarf anzurechnen.“

Diese Regelung ist, wie Sie bereits gesagt haben, bis 31. Dezember 2014 befristet und wurde auch bereits in der Vergangenheit mehrmals verlängert, da das Ziel der Übergangsregelung noch nicht erreicht wurde. Bei Auslaufen der Übergangsfrist wäre eine Anrechnung der erweiterten Wohnbeihilfe nach § 6 Abs. 1 Mindestsicherungsgesetz als Einkommen ja bereits gesetzlich festgeschrieben. Die Übergangsfrist für die Anrechnung einer erweiterten Wohnbeihilfe sollte die Voraussetzung dafür schaffen, dass geförderter Wohnraum für Hilfesuchende im Rahmen des höchstzulässigen Wohnaufwandes trotz des bestehenden Preisniveaus bzw. der aktuell verfügbaren Wohnungsgrößen zugänglich ist. Ohne eine solche Übergangsfrist müssten entweder höhere Sätze für den höchst zulässigen Wohnaufwand, also diesen HWA, von geförderten Wohnungen vorgesehen werden oder Alternativen auf dem Privatmarkt gesucht werden, die eigentlich aber nicht mehr verfüg- oder leistbar sind

derzeit. Die Übergangsfrist schafft den nötigen zeitlichen Spielraum für eine Gesamtlösung hinsichtlich der Schaffung und der Finanzierung von gefördertem Wohnraum für Hilfesuchende.

Es gibt bereits seit Februar 2013 eine Arbeitsgruppe, die sich mit diesem gesamten Themenkomplex beschäftigt, und als Ziel die Zusammenführung der Unterstützungsleistungen des Landes für den Wohnaufwand unter Berücksichtigung der Kriterien der Verwaltungvereinfachung definiert. Seitens des Herrn Landeshauptmannes wurde im September 2013 die Fortführung dieser Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund jener Zielsetzung initiiert. Als weitere thematische Schwerpunkte für diese Arbeitsgruppe wurden im Wesentlichen die Beseitigung der Ungleichbehandlung bei Unterstützungsleistungen der Wohnbeihilfe sowie die Auswirkungen der Gewährung einer erweiterten Wohnbeihilfe auch bei befristeten Mietverträgen gesetzt. Diese Arbeitsgruppe ist noch nicht fertig mit ihren Diskussionen und es gibt eben von dieser Arbeitsgruppe noch kein endgültiges Ergebnis. Sie sollte, so wie es geplant ist, bis Mitte des Jahres ein Ergebnis liefern. Sollte diese Arbeitsgruppe nicht rechtzeitig fertig werden, müssten wir wiederum diese bestehende Befristung bis 31. Dezember 2014 rechtzeitig verlängern, damit die Übergangsregelung auch nach wie vor gewährleistet ist.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zusatzfragen?

Abg. Riezler: Keine Zusatzfrage. Es war eine sehr ausführliche Beantwortung. Ich danke dafür. Ich möchte einfach nur abschließend darum bitten, dass auf jeden Fall das so geregelt wird, dass es für die Betroffenen zu keinen Nachteilen kommt dann im Jänner, weil das wäre natürlich für die Gruppe sehr, sehr massiv. Ich hoffe, dass die Arbeitsgruppe zu einer Lösung kommt, die natürlich auch von der Abwicklung her gut funktioniert und ganz wichtig für die Betroffenen auch eine einzige Anlaufstelle bietet, damit die nicht zu verschiedenen Ressorts zwecks verschiedenen Förderungen gehen müssen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit setzten wir jetzt die Fragestunde fort ganz nach der Liste. Die zweite

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Auswirkungen der finanziellen Lage der Hypo Adria für das Land Salzburg

Bitte um Deine Fragestellung!

Abg. Scheinast: Ich muss mich fast entschuldigen für die Frage, weil wir sie ja schon in der Aktuellen Stunde zum großen Teil abgehandelt haben. Ich habe allerdings die Frage etwas früher eingebracht. Ich wusste nicht, dass am Montag das so entschieden wird.

Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl hat zwei Haftungen erklärt, nämlich € 55 Mio. direkt für die Hypo und 1 Mrd. über die Land Salzburg Beteiligungen GmbH. Jetzt wäre nur noch eine Frage offen. Wie hoch ist die Solidarhaftung über die Pfandbriefstelle für das Land Salzburg?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Da muss ich jetzt leider passen, weil wir zwar bei der Hypo angefragt haben, wir aber bis dato noch keine Antwort bekommen haben. Ich bitte das schriftlich nachreichen zu dürfen. Diese Daten liegen leider nicht bei uns vor, sondern das ist eine Sache zwischen den Hypobanken.

Abg. Scheinast: Das wäre es auch schon. Dankeschön.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Dann kommen wir zur nächsten

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold betreffend „untergetauchte“ Asylwerber in Salzburg

Ich ersuche, Fritz, um Deine Fragestellung.

Abg. Wiedermann: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Österreichweit haben sich 2013 insgesamt 3.601 Asylwerber einem Asylverfahren entzogen. Davon sind 2.594 Personen während eines laufenden Verfahrens untergetaucht, wie es die Innenministerin in einer Anfragebeantwortung bezeichnet. Über die Salzburger Verhältnisse konnte die Innenministerin nichts berichten.

Ich stelle deshalb an Sie folgende mündliche Anfrage: Erstens: Wie viele Asylwerberinnen und Asylwerber sind zwischen 2009 und 2013 während eines laufenden Asylverfahrens untergetaucht? Es wird um eine Aufgliederung nach Jahren ersucht.

1.1 Wie viele befanden sich davon in einer institutionellen und wie viele davon in einer privaten Unterbringung? Ebenfalls Aufgliederung nach Jahren bitte.

1.2 Welche Konsequenzen ergeben sich für die Asylwerberinnen und Asylwerber?

Ich ersuche Sie um Beantwortung der Frage.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wie bereits gestern in einem Mail an die Klubs und auch an Frau Landtagspräsidentin und Herrn Landtagsdirektor informiert, hat die Grundversorgungsstelle des Landes Salzburg keine Zuständigkeit im Asylverfahren. Wir haben deshalb keinerlei Kenntnisse über untergetauchte Asylwerber und –werberinnen und können keine Angaben dazu machen. Entsprechend § 5 Abs. 1 des Salzburger Grundversorgungsgesetzes wird die Grundversorgung hilfs- und schutzbedürftigen Fremden, die einen Aufenthalt und Wohnsitz im Land Salzburg haben, im laufenden Asylverfahren gewährt. Die statistischen Aufzeichnungen bezüglich untergetauchter Asylwerber und –werberinnen und die Konsequenzen, die daraus resultieren, können Sie beim Bundesamt für Fremden- und Asylwesen, die Regionaldirektorin ist Dr.ⁱⁿ Beatrix Nowotny, erfragen. Das Land hat keine Zuständigkeit für die Asylverfahren, sondern lediglich für die Unterbringung der Asylwerbenden.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte!

Abg. Wiedermann: Eine weitere ergänzende Frage, Frau Landesrätin. Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, es wird für eine bestimmte Anzahl von Asylwerberinnen und Asylwerber von Seiten des Landes der Beitrag von der Grundversorgung bezahlt, bekannterweise der Rest der Bund. Wie und in welcher Form prüfen Sie, ob diese Asylwerberinnen und Asylwerber tatsächlich in der Unterkunft sind und ob auch diese Zahlungen gerechtfertigt sind?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Quartiersgeber und Quartiersgeberinnen müssen der Grundversorgungsstelle melden, wenn ein Asylwerber oder –werberin länger als – und jetzt hoffe ich, dass ich es richtig im Kopf habe – eine oder zwei Nächte, ich glaube sogar ab der ersten Nacht, nicht im Quartier ist. Da gibt es wirklich sehr aktuelle Informationen. Wenn eine Person länger nicht im Quartier ist, dann wird das gemeldet und es werden für diese Person keine Kosten mehr übernommen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Noch eine Zusatzfrage oder Zusammenfassung?

Abg. Wiedermann: Eine Zusammenfassung. Somit muss ich feststellen, dass hier offensichtlich eine Lücke da ist, insbesondere was die Finanzierung betrifft und auch die von uns angefragten Zahlen sollten aufgrund dieses sogenannten Meldesystems ja dann auch bekannt sein. Das muss ja ganz leicht errechenbar sein. Jetzt habe ich eine Unterkunft, wo beispielsweise 25 Asylwerberinnen und Asylwerber untergebracht sind, im Laufe eines Monats oder im Laufe eines Jahres werden vom Unterkunftsgeber oder -geberin, damit ich ja beim Gendern bleibe, gemeldet, dass so und so viele Personen mehr als ein oder zwei Nächte nicht mehr da sind oder letztlich ganz verschwunden sind, wo dann die Zahlungen eingestellt werden. Deshalb müsste es aus meiner und aus unserer Sicht ganz leicht feststellbar sein, um welche Zahlen es sich im Bundesland Salzburg handelt, wie viele von diesen Personen dann letztlich untergetaucht sind, weil wenn sie nicht mehr im Quartier sind, Sie keine Zahlungen mehr leisten brauchen oder keine Zahlungen mehr leisten, dann muss man davon ausgehen und kann man davon ausgehen, dass eben diese Menschen irgendwo untergetaucht sind oder sich in einem anderen Bundesland oder vielleicht in einem anderen Staat aufhalten oder, wie es eben viele praktizieren, letztlich sich illegal irgendwo im Bundesgebiet aufhalten.

Ich darf Sie abschließend ersuchen, hier wirklich Sorge zu tragen, dass im Zusammenhang mit dieser Problematik das doch eingehend geprüft wird und bei Vorliegen von Meldungen auch in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden hier vorgegangen wird, um zu prüfen wo sind diese Menschen, die vielleicht eine Woche, zwei Wochen, ein Monat oder länger dort waren und letztlich dann nicht mehr da sind, weil dann ist es auch für Sie einfacher zu bilanzieren und die entsprechenden Budgetmittel bereitzustellen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir kommen zur nächsten

5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berthold betreffend Streichung der Zuschüsse zu den Elternbeiträgen

Bitte Frau Kollegin!

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Sehr geehrte Frau Landesrätin!

In den vergangenen Wochen wurde Ihrerseits mehrmals öffentlich mitgeteilt, bis Mitte März 2014 ein Konzept bezüglich der Neuregelung der Zuschüsse zu den Elternbeiträgen vorzulegen. Bislang liegt ein solches noch nicht vor und weder der Landtag, noch die Eltern oder die Kinderbetreuungseinrichtungen sind informiert. Mittlerweile drängt die Zeit, da die Einschreibefristen für das Kindergartenjahr 2014/15 schon begonnen haben und die Eltern Rechtssicherheit brauchen, da das neue Fördermodell ja bereits ab Herbst 2014 gelten soll.

Derzeit überwiegt bei Eltern, Einrichtungen und den KindergartenpädagogInnen die Unsicherheit über die Entwicklungen in der Zukunft. Laut Medienberichten vom Montag wurde dieses Thema in der Regierungssitzung zwar behandelt, aber eine Entscheidung vertagt.

Generell ist die Informationspolitik dieser Landesregierung bedenklich. Eine bereits im Dezember letzten Jahres eingebrachte Landtagsanfrage bezüglich der Tarifentwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen seit dem Jahr 2008 wurde bis heute nicht bzw. nur unzureichend beantwortet.

Ich stelle daher folgende mündliche Anfrage. Erstens: Gibt es mittlerweile ein Konzept, wer und in welcher Höhe künftig Zuschüsse zu den Elternbeiträgen erhalten wird und wie die Abwicklung dieser Förderung funktionieren soll?

1.1 Sie haben angekündigt, dass die Antragstellung über das Kindergartenreferat des Landes abgewickelt werden könnte. Kann das Referat zusätzlich zum laufenden Arbeitspensum mit dem derzeitigen Personalstand diesen beachtlichen Mehraufwand von mindestens 6.000 Antragstellungen pro Jahr erbringen?

1.2 Stimmt es, dass Sie planen, dass die Eltern während des laufenden Kindergartenjahres keine Förderung erhalten, sondern erst am Ende des Kindergartenjahres nach Einbringen des Antrages mit Einkommensnachweis die Förderung erhalten, sofern sie überhaupt förderwürdig sind?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Danke für diese Frage und für die wichtige Einleitung, in der es um das Thema Entwicklung der Zukunft und den Aspekt der Unsicherheiten geht.

Wir hatten gestern die abschließende Verhandlung bzw. Diskussion zum Thema der Neugestaltung des Familienpakets und ich darf Sie und Euch jetzt informieren: Es wird der Zuschuss erhalten bleiben, aber nicht mehr in derselben Höhe, wie er bisher die letzten fünf Jahre den Eltern einkommensunabhängig zugestanden worden ist. Sondern es wird € 50,-- reduziert auf € 25,-- und € 25,-- auf € 12,50. Das Paket bleibt in derselben Art und Weise erhalten, es ändert sich nichts an der Antragstellung und am Bezieherkreis.

Zusätzlich dazu wird es einen Kinderbetreuungsfonds geben, der im heurigen Jahr gesichert mit € 300.000,-- gefüllt ist. Abhängig von der Abrechnung des letzten Kinderbetreuungsjahres wird er auch höher dotiert. Es ist mir wichtig, dass der Fonds höchstmöglich dotiert werden kann. Geld darf kein Argument sein, dass ein Kind nicht in der Kinderbetreuung ist. Die-

se Zuschüsse über den Kinderbetreuungsfonds sind subsidiär. Wenn ein Antrag gestellt wird, werden wir uns sehr wohl auch anschauen, ob es Möglichkeiten der AMS-Antragstellung oder Möglichkeiten über die Mindestsicherung gibt.

In der Diskussion und in der Entscheidung, dass wir das Paket jetzt in der neuen Form machen, war uns genau der Blick in die Zukunft sehr wichtig. Wir müssen den Ausbau sicherstellen. Wir müssen das Thema Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pädagoginnen wenigsten jetzt in einem ersten Schritt angehen und ich hoffe, dass nach geschlagener Gemeinderatswahl jetzt die Gespräche mit Städtebundpräsident Schaden bzw. dem neuen Präsidenten des Gemeindeverbandes schnell voranschreiten können.

Ich möchte auf ein Thema eingehen, das Du in den einleitenden Worten erwähnt hast: die Tarifentwicklung, die Informationen, die von uns noch nicht gegeben worden seien. Es gibt eine gute konstruktive Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer. Das Land stellt der Arbeiterkammer die Daten des Statistischen Dienstes des Landes zur Verfügung. Die Arbeiterkammer macht die Befragung, die Einzelbefragung und stellt sie uns zur Verfügung. Ich glaube diese gute Zusammenarbeit können wir auch in Zukunft weiterführen und es macht keinen Sinn, gerade mit dem Blick auf Deine Frage 1.1 "Verwaltungsaufwand, Mehraufwand beim Personal" da von Landesseite eine zusätzliche Befragung durchzuführen.

Die Detailfrage 1.2, dass die Eltern während des laufenden Kindergartenjahres keine Förderung erhalten, die kann ich absolut mit Nein beantworten. Es wird in der gleichen Art und Weise zu Beginn des Betreuungsjahres dieser Beitrag an den Träger gezahlt und die Reduktion der Elternbeiträge kommt sofort zustande. Anträge an den Kinderbetreuungsfonds können mit September 2014, also sofort, gestellt werden. Die Abwicklung erfolgt nicht über das, wie von Dir beschrieben, Kindergartenreferat, das schon gewaltiges Arbeitspensum hat, sondern sie erfolgt über das Familienreferat des Landes.

Zusätzlich dazu werden wir mit Blick auf die nächsten Jahre am 5. Mai eine Informationsveranstaltung machen und alle Träger, Gemeinden, Amtsleiter, Bürgermeister dazu einladen. Es geht uns darum, dass die Gelder des Bundes einerseits im Bereich des Ausbaus, andererseits für die schulische Nachmittagsbetreuung abgeholt werden. Das ist eine Kooperation zwischen meinem Ressort und dem Ressort des Herrn Landeshauptmannes gemeinsam mit dem Landesschulrat, weil es uns ganz wichtig ist, dass wirklich alles ausgeschöpft wird. Eine Neuinformation, die ich vom Regierungskollegen Schwaiger erhalten habe im Bereich des ELER. Aus diesem EU-Fördertopf aus dem Lebensministerium wird das Land Salzburg 1,8 Mio Euro jährlich zur Verfügung haben, davon € 950.000,- für soziale Dienstleistungen, das heißt auch für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Und auch diese Information wird am 5. Mai gegeben, sodass wirklich es keine Ausrede mehr geben kann, dass die In-

formationen nicht fließen würden. Ich ermutige da wirklich alle Gemeinden, alle Träger, diese Töpfe auszuschöpfen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Gibt es noch Zusatzfragen?

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Ich habe noch zwei Zusatzfragen, und zwar erstens zum Fonds, da hast Du gesagt der wird gespeist mit € 300.000,--. Woher kommt dieses Geld? Das Zweite ist, weil die Budgetmittel für 2014 für die Zuschüsse zu den Elternbeiträgen ja eigentlich im September ausgeschöpft sind, fehlen ungefähr € 850.000,-- wenn ich richtig gerechnet habe. Woher kommt das Geld? Wie wirst Du das finanzieren? Die Zuschüsse zu den Elternbeiträgen sind ja bis September noch normal bezahlt worden und da dieser Ansatz ja um ein Drittel reduziert wurde, müsste dieser Ansatz dann auch mit Ende August aufgebraucht sein.

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Ich vertraue auf die Berechnungen der Leiterin des Kindergartenreferates, die mir vorliegen, die bestätigen Deine Berechnungen nicht. Sondern es wird aus diesem Ansatz unter der Annahme, dass wir den Zuschuss halbieren, die Möglichkeit und der Spielraum von 300.000 Minimum vorliegen. Ich weiß nicht, auf welcher Basis Du berechnest, meine Informationen sind andere.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zusammenfassung?

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage. Ich möchte aber trotzdem festhalten, dass die Kürzung der Zuschüsse um € 1,4 Mio. für die SPÖ absolut der falsche Weg sind. Wir sind froh, dass zumindest auf Druck der SPÖ eine Alternativlösung gefunden wurde, dass ein Teil der Eltern nicht mit massiven Mehrkosten rechnen muss. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei der Kürzung um eine sehr familienunfreundliche Maßnahme und ich appelliere an Dich, dass Du eher in die Richtung gehst und Dir überlegst, wie man die Kinderbetreuung günstiger machen könnte, weil wir in Salzburg schon einen sehr hohen Betrag zahlen müssen.

Zu der Tarifentwicklung möchte ich folgendes sagen. Ich finde es sehr vorbildlich von der AK, dass sie diesen Kinderbetreuungsatlas erstellt. Ich kenne ihn, finde ihn sehr loblich, meine Anfrage ging aber an die Landesregierung, also an Dich als Landesrätin und nicht an die Arbeiterkammer und nach der Geschäftsordnung wäre es mir schon zugestanden, binnen sechs Wochen eine Antwort zu bekommen und nicht sieben Monate auf eine Antwort zu warten. Außerdem ist der Kinderbetreuungsatlas der Arbeiterkammer nur stichprobenartig und nicht lückenlos und ich hätte mir eine lückenlose Antwort erbeten.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir kommen zur nächsten

5.5 Mündliche Anfrage der Abg. Blattl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend aktuelle Entwicklung der Zahl der Strom- und Gaskunden der Salzburg AG

Bitte!

Abg. Blattl: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl!

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat österreichweit eine großangelegte Energieanbieter-Wechselaktion gestartet. Mehr als 260.000 Haushalte haben gegenüber dem VKI ihr Interesse an einem billigeren Energieanbieter bekundet. In einem Ausschreibungsverfahren fiel die Wahl auf den Stromanbieter Enamo und die deutsche Goldgas. Bislang haben mehr als 50.000 Haushalte auch tatsächlich den Vertrag mit ihren bisherigen Anbietern gekündigt.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 folgende mündliche Anfrage. Erstens: Wie viele Haushaltskunden haben in den vergangenen sechs Monaten ihren Vertrag bei der Salzburg AG gekündigt und sind zu einem neuen Anbieter gewechselt? Es wird um Aufgliederung nach Strom- und Gaskunden ersucht. Die beiden Unterfragen:

1.1 Wie viele dieser Haushaltskunden lassen sich auf die Aktion des VKI zurückführen?

1.2 Welche Maßnahmen hat die Salzburg AG gesetzt, um den bisherigen Kundenstock zu sichern beziehungsweise neue Kunden zu gewinnen?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Abgeordnete, wir haben uns in den letzten Tagen im Kontakt mit der Salzburg AG bemüht, möglichst da Zahlen zu bekommen. Ich muss aber da leider passen, weil der Vorstand der Salzburg AG sich auf diese Verschwiegenheitspflicht beruft und ich darf vielleicht die Antwort vorlesen, dass wir also keine direkten Zahlen sozusagen öffentlich da sagen können.

„Wir dürfen ganz allgemein festhalten, dass den Vorstand einer AG eine grundsätzliche Verschwiegenheitspflicht zu Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen trifft. Das ist der § 84 Abs.1 Satz 2 im Aktiengesetz. Aussagen zu Kunden bzw. Kundenverhalten etc. fallen unseres Erachtens in diesen Bereich.“ Was ich sagen kann, ist folgende Tatsache, dass vielleicht bei der zweiten Frage, Unterfrage, und bei der ersten Unterfrage die Salzburg AG natürlich entsprechende Werbemaßnahmen setzt, um neue Kunden zu bekommen, gute Angebote setzt und, um die Kunden zu halten, auch entsprechend eine gute Preislandschaft sich bemüht zu haben. Es hat ja heuer im Jänner zum Beispiel eine Preissenkung beim Strom ge-

geben und das hat sicherlich dazu beigetragen, dass einige der Kunden eben auf jeden Fall der Salzburg AG treu bleiben bzw. auch neue dazukommen.

Zahlen, die ich angeben kann, sind die sogenannten Wechselraten, die Wechselquoten, die also sozusagen den Anbieter wechseln. In den letzten sechs bis sieben Jahren lag der Durchschnitt österreichweit bei rund zwei bis drei Prozent. Die Salzburg AG ist immer ungefähr bei der Hälfte geblieben. Also die Wechselquote in Salzburg ist offensichtlich wesentlich geringer als der österreichische Schnitt. 2013 ist es überhaupt sehr gering gewesen. Österreichweit rund 1,3 % und beim Strom hat es im Jahr 2013 bei der Salzburg AG oder in Salzburg nur eine Wechselquote von 0,19 % gegeben. Das heißt also eigentlich eine sehr, sehr niedrige Zahl. Im Gewerbebereich kann ich nur sagen erfahrungsgemäß etwas höher als bei den Privathaushalten. Die Wechselquote bei Gas betrug im Jahr 2013 etwas mehr, nämlich 1,22 %.

Das sind die Zahlen, die ich vorgelegt bekommen habe und die man mitgeteilt hat. Die direkten Absolutzahlen, da verweist die Salzburg AG darauf, der Vorstand der Salzburg AG darauf, dass das in die Kategorie des Betriebsgeheimnisses fällt und deshalb sind keine Zahlen geliefert worden.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Frau Abgeordnete! Zusatzfragen?

Abg. Blattl: Ja, Frau Präsidentin. Ich hätte noch gerne erfahren falls möglich, ob es bereits Haushalte gibt, die sich zu Großkunden zusammengeschlossen haben.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Ja, da habe ich keine Information. Ich kann aber anbieten, dass ich über den Aufsichtsrat noch zusätzliches Zahlenmaterial und auch diese Frage bekomme und werde es dann gerne schriftlich nachreichen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Abgeordnete!

Abg. Blattl: Eine zweite Unterfrage, und zwar: Gibt es auch bei der Salzburg AG Haushaltskunden, die von anderen Anbietern gewechselt haben und dadurch in den Genuss des Einmalrabatts gekommen sind?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Zu dieser Frage gibt es eben keine Auskunft seitens des Vorstandes, weil eben nur die Prozentzahl, nur diese Wechselquote bekanntgegeben wird.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Abgeordnete!

Abg. Blattl: Ja, danke. Leider keine Antworten auf meine Fragen. Ich bedanke mich für das, was eben jetzt möglich war und hoffe, dass wir in Zukunft tatsächlich mehr erfahren, wie es in diesem Bereich sich verhält. Denn ich kann nicht verstehen, dass das unter Datenschutz fallen soll, es werden ja keine Namen genannt, es werden ja nur Zahlen und Prozente genannt, also ist mir unverständlich.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit kommen wir zur nächsten

5.6 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Vordienstzeiten in den SALK

Bitte um Deine Fragestellung!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Das Landesgericht Salzburg als Arbeits- und Sozialgericht hat in einem Streit um die Vordienstzeitenanrechnung in den SALK entschieden, dass der Dienstgeber die Vordienstzeiten der SALK-MitarbeiterInnen voll anrechnen müsse. Erste Berechnungen haben ergeben, dass in den SALK Rückzahlungen von rund 16 Millionen Euro für die vergangenen drei Jahre zu leisten sein werden. Dazu kommt die Valorisierung der Überstunden und auch der Nachtdienste, die zusätzlich mit acht Millionen Euro zu Buche schlagen. Die laufenden jährlichen Mehrkosten beziffern die Experten mit rund 2,4 Millionen Euro. Aufgrund dieser außerordentlichen finanziellen Belastung lässt die Landesregierung dem Vernehmen nach aktuell erheben, welche besoldungsrechtlichen Maßnahmen in der Vergangenheit den SALK-Bediensteten gewährt wurden und lässt diese monetär bewerten. Offenbar sollen Zuwendungen aus der Vergangenheit mit den jetzt vom Gericht festgestellten Zahlungsverpflichtungen gegengerechnet werden.

Ich stelle daher dazu gemäß § 78a Geschäftsordnung Landtag folgende mündliche Anfrage: Stimmt es, dass die Regierung bzw. Sie als Finanz- und Gesundheitsreferent planen, in der Vergangenheit gewährte Zuwendungen an die SALK-MitarbeiterInnen mit den aufgrund des Gerichtsurteils zu zahlenden Beträgen gegenzurechnen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke für die Anfrage. Aufgrund des EUGH-Urteils hat auch das Gericht in Salzburg dann bestätigt, dass es nicht mit EU-Recht vereinbart ist, dass nur 60 % der Vordienstzeiten angerechnet werden. Das ist aber kein SALK-Spezifikum, es geht nur die Klage von der SALK und von der Ärztekammer aus. Dieses Spe-

zifikum gibt es sehr weit verbreitet in ganz Österreich, in den Gemeinden genauso wie bis hin zu den Sozialversicherungen und das wird jetzt natürlich auf alle eine bestimmte Auswirkung haben.

Wir haben in der SALK die Situation, wie schon erwähnt, dass rund in Summe 24 Mio. anstehen, das ist eine erste Berechnung, wenn man also die 60 % auf 100 % der Vordienstzeiten erhöht. Wir werden selbstverständlich unseren Verpflichtungen nachkommen und werden alle, auf Antrag der Bediensteten werden wir natürlich alle Jahre soweit zurück, wie es das Gesetz vorschreibt, berechnen und werden dann die gesamten Vordienstzeiten natürlich anrechnen und dann die Einstufungen genau richtig festlegen, wie es das Gesetz vorschreibt.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zusatzfragen?

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ja. Herr Landeshauptmann, ich habe zwar eine Frage gestellt, die ist jetzt nicht beantwortet worden. Du hast die Situation beschrieben, das habe ich auch in den Zeitungen nachlesen können, aber ich habe gefragt, ob es aufgrund dieses Gerichtsurteils mit Aufwendungen, die die Vergangenheit betreffen, mit Zulagen, mit Sozialleistungen, ob die mit diesen 24 Mio. gegengerechnet werden.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Konkret wird es von Fall zu Fall zu beurteilen sein, ob wegen der Nichtanrechnung dieser 40 %, also der jeweils nur 60 % Anrechnungen, eventuell andere Zulagen durch Sonderverträge, es andere Zahlungen gegeben hat damit zu einem Gehaltsabschluss bzw. Vertragsabschluss gekommen ist, und das muss natürlich selbstverständlich berücksichtigt werden, wenn dann eine rechtlich konforme und richtige Einstufung vorgenommen wird.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Gut. Zur ersten Unterfrage: Wurde vom ehemals zuständigen Landesrat Eisl für den Fall eines verlorenen Verfahrens, eben für diese 24 Mio. Euro, finanziell Vorsorge getroffen?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Das hätte der Finanzreferent Brenner machen müssen und nicht der zuständige Personalreferent Eisl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Meine Frage lautete: Hat er Vorsorge getroffen als Personalreferent oder nicht? Er war für das Personal in den SALK zuständig meines Wissens.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Für Geld war Finanzreferent Brenner zuständig und der hat nicht Vorsorge getroffen.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Aber nicht beim Personal. Es sind ja Landesbedienstete.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Ist ja egal. Es wurde keine Vorsorge getroffen vom damaligen Finanzreferenten.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Keine Vorsorge getroffen. Zweite Unterfrage: Wer wird die Nachzahlungen für die Mitarbeiter in den SALK budgetär tragen und verkraften müssen? Zu wessen Lasten wird es gehen? Zu Landeshauslasten oder zum Budget der SALK oder wird man sich diese Lasten teilen?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Es steht noch nicht ganz fest, wie wir das gestalten. Ich gehe einmal davon aus, dass wenn gröbere oder größere Summen zurückzahlen sind, der entsprechende Abgang in der SALK erhöht wird und dadurch es zu einer Belastung des Landesbudgets kommt.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Eine Zusammenfassung.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nein. Zusatzfrage.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es waren zwei Zusatzfragen dazwischen und eine Zusammenfassung.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Herr Landeshauptmann, können Sie ausschließen, dass die Nachzahlungen in irgendeiner Form durch Kürzungen der Zulagen oder auch der Stunden oder der Sozialleistungen oder durch Gehaltskürzungen oder Gegenrechnungen, dass diese Nachzahlungen letztendlich von den Mitarbeitern zu bezahlen sein werden? Können Sie das ausschließen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Entschuldigung. Herr Klubvorsitzender, Du hast zwei Zusatzfragen gestellt.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ich habe nur die Fragen wiederholt nachdem sie nicht beantwortet worden sind.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Jetzt eine Zusammenfassung Deinerseits zwei Minuten, so sieht es jedenfalls die Geschäftsordnung vor, da habe ich die noch einmal gestellte Frage nicht mitgezählt. Bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Gut. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Regierung nicht ausschließt, dass diese 24 Mio. zum Teil von den Mitarbeitern selbst einzubringen sind, das ist das was ich jetzt mitnehme und dass die Regierung momentan auch noch keinen Plan hat, wie sie das letztendlich budgetär bedecken werden wird. Ich hoffe nicht, dass letztendlich diese Fehlleistung, dass also keine Rückstellung gemacht wird, letztendlich von den Mitarbeitern zu begleichen sein wird.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir kommen zur nächsten

5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Essl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend das Projekt „Salzburg 2016“

Ich bitte um die Fragestellung.

Abg. Essl: Danke Frau Präsidentin. Herr Landesrat!

Die Salzburger Landesregierung beabsichtigt, die 200-jährige Zugehörigkeit Salzburgs zu Österreich besonders zu feiern. Laut Arbeitsübereinkommen ist auch die Durchführung einer Landesausstellung geplant. Kürzlich wurde laut Medienberichten in der Person von Ing. Friedrich Urban auch ein Intendant bestellt. An der Intendantenbestellung und auch an den Feierlichkeiten selbst gibt es nun vom Dachverband der Salzburger Kulturstätten Kritik. Insbesondere wird befürchtet, dass der Veranstaltungsreigen zum Jubiläum auf Kosten des Kulturbudgets gehen wird.

Ich stelle deshalb an Sie, geschätzter Herr Landesrat, folgende mündliche Anfrage: Wie ist die grundsätzliche Haltung des Kulturressorts zu diesem Projekt? Welche Schwerpunkte wird das Kulturressort im Rahmen des Jubiläums 2016 setzen? Inwieweit waren Sie in die Bestellung des Intendanten eingebunden?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte um die Antwort.

Landesrat Dr. Schellhorn: Dankeschön Herr Abgeordneter. Zur Frage Nummer eins, wie ist die grundsätzliche Haltung des Kulturressorts zu diesem Projekt, verweise ich darauf, dass im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP, Grünen und Team Stronach im Kapitel Wirtschaft, Tourismus, Forschung und Arbeit unter Punkt fünf Tourismus wortwörtlich festgehalten ist: Wir beabsichtigen die Wiedereinführung von Landesausstellungen mit besonderer Berücksichtigung von 200 Jahre Salzburg bei Österreich 2016 und 200 Jahre Stille Nacht 2018.

Die grundsätzliche Haltung des Kulturressorts ist die, dass es sich grundsätzlich an das Arbeitsübereinkommen hält und die Arbeitsteilung in der Regierung respektiert. Das beinhaltet auch das Faktum, dass dieser Punkt nicht unter Kultur im Arbeitsübereinkommen steht, sondern unter Tourismus. Die Federführung für das Projekt liegt daher bei Landeshauptmann Dr. Haslauer.

Zur Unterfrage: Welchen Schwerpunkt wird das Kulturressort im Rahmen des Jubiläums 2016 setzen? Bis dato steht das gesamte Projekt noch unter dem Vorbehalt, ob und in welchem Ausmaß sich der Bund an der Finanzierung beteiligt. Bis jetzt sind konkret die Ausstellungen Schatzkammer Salzburg, Erzähl mir Salzburg und Am Schauplatz 1816 im Salzburg Museum geplant. Darüber hinaus wurde von mir auch die Idee eines Festivals der Regionen, ähnlich dem oberösterreichischen Vorbild eingebracht. Mehr ist seriöserweise in diesem Stadium der Projektentwicklung noch nicht zu sagen.

Zu 1.2: Inwieweit waren Sie in die Bestellung des Intendanten eingebunden? Der Begriff Intendant ist in dieser Phase etwas zu hoch gegriffen. Es handelt sich um einen Koordinator. Ich halte es auch für unabdingbar, dass es einen Koordinator oder eine Koordinatorin für dieses Projekt gibt, bei der oder dem die Ideen für dieses Vorhaben zusammenfließen und geordnet werden. Ein Konzept ist selbstredend die Voraussetzung dafür, überhaupt Mittel vom Bund zu bekommen. Dieses endgültige Konzept soll in zwei bis vier Wochen auch vorliegen laut Herrn Urban.

Landeshauptmann Dr. Haslauer hat mich rechtzeitig informiert, dass er den ehemaligen Salzburger ORF-Intendanten Ing. Fritz Urban gerne für diese Funktion gewinnen würde und dieser auch dazu bereit wäre. Herr Urban hat reichhaltige Erfahrung und übt zahlreiche, auch ehrenamtliche Funktionen in der Kultur aus. Ich sah daher keinen Grund und sehe auch nach wie vor keinen Grund, gegen Herrn Urban irgendein Veto oder einen Vorbehalt einzubringen oder anzumelden.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zwei Zusatzfragen.

Abg. Essl: Gibt es eine Kostenschätzung, was dieses Projekt 2016 überhaupt kosten würde insgesamt mit GAF-Mitteln, Kulturmitteln, mit Tourismusmitteln und Landesmitteln?

Landesrat Dr. Schellhorn: Es gibt keine Kostenschätzung, aber es gibt, was die Ausstellung zum Beispiel anbelangt oder die Ausstellungen im Salzburg Museum, schon eine konkrete Kostenschätzung von Herrn Hochleitner, ca. 1,5 Mio Euro, wobei das noch eher hoch gegriffen ist. Ich glaube, dass das insgesamt dann schon billiger wird. Ansonsten gibt es noch keine Kostenschätzungen, weil ja die Projekte, die realisierbar sein werden, auch vom

Budget abhängen, was ich schon vorher gesagt habe, das der Bund auch dafür zur Verfügung stellt, weil direkt aus dem Kulturbudget keine Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das hat auch der Herr Landeshauptmann in einem ORF-Interview schon klargestellt.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Weitere Zusatzfrage?

Abg. Essl: Ich möchte zur Zusammenfassung kommen, Frau Präsidentin. Wir werden dieses Thema ein bisschen weiterverfolgen, wenn es dann konkret wird, Herr Landesrat. Aber unter dem Motto "Brot und Spiele" in Zeiten wie diesen muss man schon ein bisschen sehr nachdenklich sein, wenn man an solche Großprojekte herangeht. Gerade Salzburg hat im Bereich von Landesausstellungen nicht immer eine glückliche Hand gehabt, das möchte ich schon sagen, von einer Nachhaltigkeit möchte ich gar nicht sprechen. Wir haben wirklich ein Riesenproblem, ich nehme nur die Museumslandschaft her, dass wir die Projekte auch ausfinanzieren, dass wir die Museen attraktiver machen, dass wir sie für Menschen gewinnen. Ich bin nicht ganz überzeugt, dass 200 Jahre Zugehörigkeit Salzburgs zu Österreich so ein Publikumsmagnet werden wird. Es ist eher der Eindruck der Selbstdarstellung des Landes und vielleicht mancher Politiker.

Auf jeden Fall kann ich nur warnen, dass man, wo wir so vielfältige Probleme haben im Behindertenbereich, um hier wirklich moderne Unterkünfte für die Betroffenen zu schaffen, im Kinderbetreuungsbereich, in vielen anderen Bereichen, der Mindestsicherung, im Krankenwesen, dass man hier wieder Millionen in die Hand nimmt und diese Millionen für Selbstdarstellung einsetzt. Wie gesagt, Frau Präsidentin, Hohes Haus, werden wir Freiheitlichen dieser Causa noch ein bisschen mehr auf die Finger schauen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Zusammenfassung. Wir kommen zu unserer letzten mündlichen Anfrage

5.8 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend dem Projekt 380-kV-Leitung

Die mündliche Anfrage wird Kollege Haitzer für den erkrankten Kollegen Schneglberger an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Rössler stellen. Bitte um die Fragestellung.

Abg. Haitzer: Dankeschön. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Wie die Landesregierung in ihrem Arbeitsübereinkommen festgelegt hat, sollen bei der Errichtung von Infrastruktur für Energie die öffentlichen Interessen des Landes Salzburg bei Belangen des Klima- und Naturschutzes besonders gewissenhaft erhoben und bewertet

werden. Explizit angeführt wird dabei das eingereichte Projekt der 380-kV-Leitung. „Zur Evaluierung des öffentlichen Interesses aus Sicht des Landes wird die Notwendigkeit der 380-kV-Leitung im Auftrag des Landes wissenschaftlich geprüft“, heißt es dazu im Arbeitsübereinkommen. Das Ergebnis solle dann in das Verfahren einfließen.

Ich stelle dazu gemäß § 78 a Geschäftsordnung Landtag folgende mündliche Anfrage. Erstens: Wer wurde mit der wissenschaftlichen Überprüfung über die Notwendigkeit der 380-kV-Leitung beauftragt?

1.1 In welcher Form wird der Landtag über das Ergebnis informiert? 1.2 Wie werden die Ergebnisse der Überprüfung in das Verfahren einfließen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte um die Beantwortung.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Abgeordneter Haitzer für die Anfrage. Ich darf Dir wie folgt antworten. Die wissenschaftliche Überprüfung wurde dem Umweltbundesamt übertragen unter der fachlichen Leitung von Dr. Jürgen Schneider. Miteingebunden ist auch die TU Wien zu den Themen Versorgungssicherheit, Zuverlässigkeit und Netzsimulation und es ist auch miteinbezogen die E-Control zu der Fragestellung Investitionsbedarf der Netzbetreiber und drittens, das war uns auch sehr wichtig, sind auch einbezogen Umwelt-NGOs zur Fragestellung möglicher Alternativen.

Zu der ersten Unterfrage: In welcher Form wird der Landtag über die Ergebnisse informiert? Es ist diese Expertise ein Auftrag der Landesregierung. Der nächste Schritt wird sein, dass ein Zwischenbericht vorgestellt wird und der Endbericht, der der Landesregierung vorgestellt wird, wird dann natürlich auch veröffentlicht und steht damit auch dem Landtag zur Verfügung.

Die zweite Unterfrage wie die Ergebnisse der Überprüfung in das Verfahren einfließen werden? Es ist durchaus im Ermessen der Behörde, im Rahmen der freien Beweiswürdigung und aufgrund der Unbegrenztheit der Beweismittel, ein solches Gutachten in ihr Verfahren miteinzubeziehen. Es gibt auch die Möglichkeit, dass eine der Verfahrensparteien dieses Gutachten quasi formell einbringt und in ihren Argumenten auch vorbringt. Jedenfalls hat die Behörde alle Möglichkeiten offen, diese Ergebnisse miteinzubeziehen.

Ich möchte vielleicht, nachdem noch etwas Zeit ist, auf einige der inhaltlichen Punkte dieser Expertise kurz eingehen. Im Wesentlichen soll mitberücksichtigt werden bei der Frage der Notwendigkeit im Zusammenhang mit den öffentlichen Interessen des Landes, nicht nur die Bedeutung einer solchen Leitung für das Land Salzburg, auf österreichischer Ebene und auf EU-Ebene näher zu betrachten, sondern auch insgesamt energiepolitische Rahmenbedin-

gungen. Dazu kommen auch klimapolitische Ziele und entsprechende Erfordernisse, wenn es um die Ziele des Landes Salzburg geht, und auch ein Blick voraus in Richtung künftige Herausforderungen, wenn es um die Erfüllung von Klimazielen im Zusammenhang mit der Energiewende geht; wie auch die geänderten Erzeugungsstrukturen, Energieerzeugungsstrukturen und geänderten Anforderungen an Leitungssysteme. Das sind so die drei Schwerpunkte dieses Gutachtens.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Du hast zwei Zusatzfragen.

Abg. Haitzer: Dankeschön. Ich habe nur eine Zusatzfrage. Bis wann wird mit dem Ergebnis dieser wissenschaftlichen Prüfung zu rechnen sein?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Die Auftragsvergabe ist Anfang Jänner erfolgt und der Auftragszeitrahmen waren vier Monate. Dementsprechend wäre ungefähr mit Mai zu rechnen. Es ist allerdings erst in den nächsten ein bis zwei Wochen ein Zwischenbericht zu erwarten und ich gehe davon aus, dass wir im Zeitrahmen bleiben.

Abg. Haitzer: Gibt es auch schon einen Kostenfaktor dazu? Welche Kosten werden da in etwa auf das Land zukommen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Ein Angebot und dieses Angebot lautet auf knapp € 40.000,--.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Eine Zusammenfassung?

Abg. Haitzer: Gut. Dankeschön. In der Zusammenfassung kann man nur sagen es wird anhand des Arbeitsübereinkommens natürlich in diese Richtung gearbeitet, da sind wir sehr froh darum und wir erwarten schon mit Spannung das Ergebnis, wenn das noch vor der Sommerpause vorliegt. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir alle mündlichen Anfragen abgearbeitet. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr und wir setzen im Ausschuss fort. Danke.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:31 Uhr bis 18:30 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Wir setzen unsere Haussitzung fort mit

Punkt 6: Dringliche Anfragen

Im Einlauf sind zwei dringliche Anfragen. Ich rufe zuerst die

6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Riezler und Steidl an Landesrat Dr. Heinrich Schellhorn betreffend ein neues Behindertengesetz

(Nr. 509 der Beilagen)

Der Landesrat Schellhorn ist ja entschuldigt. Jetzt meine erste Frage: Kann diese Anfrage schriftlich beantwortet werden, sonst kann sie verlesen werden. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Schriftlich!)

... Schriftlich, dann danke ich, weil das bringt auch eine gewisse Zeitökonomie und Zeiterparnis, dann wird diese Anfrage schriftlich erledigt. Dann kommen wir zur zweiten

6.2 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Herrn Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer betreffend Zweifel an der rechtskonformen Durchführung der Landtagswahl 2013

(Nr. 510 der Beilagen)

Eigentlich gerichtet an Landeshauptmann Dr. Haslauer. Hier wurde vereinbart, dass die Beantwortung Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl übernehmen wird. Ich bitte den Herrn Schriftführer um Verlesung der dringlichen Anfrage der FPÖ.

Abg. Hofbauer (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Verlesung. Ich ersuche jetzt Landeshauptmann-Stellvertreter um die Beantwortung. Gesamtzeit haben wir 45 Minuten. Du hast zehn Minuten Zeit, die Fragen jetzt zu beantworten.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Präsidentin! Herr Klubobmann und weitere Unterzeichnerinnen der Anfrage!

Ich habe gestern am Abend noch kurz mit Wilfried Haslauer, mit dem Landeshauptmann darüber gesprochen und auch mit Mag. Bergmüller. Ich habe ihm jetzt kurz ein SMS geschrieben, dass die Frage dran ist und sollte es gröbere inhaltliche Fragen geben, können wir zum Beispiel Mag. Bergmüller auch noch anrufen und befragen.

Die Beantwortung der Fragen erfolgt folgendermaßen: Wie begründen Sie die Verweigerung der Einsichtnahme in den Wahlakt? Aufgrund einer wohlbegründeten rechtlichen Beurteilung des Sachverhalts, der im Folgenden näher ausgeführt wird, ist eine Einsichtnahme in den Wahlakt leider nicht möglich. Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass dies eine rein rechtliche Frage ist, die unabhängig von politischen Wünschen zu sehen ist. Politisch interessant ist die Frage, ob sich die Parteien im Hohen Haus zu einer Diskussion darüber verständigen können, ob die derzeitigen Bestimmungen in diesem Zusammenhang überprüft und gegebenenfalls verändert werden sollen. Dieser Diskussion stehe ich offen gegenüber.

Die Sachlage stellt sich jedenfalls wie folgt dar: Der gesamte Wahlakt, die Akten der Sprenge- und Gemeindewahlbehörden, der Bezirkswahlbehörden und der Landeswahlbehörde ist verschlossen und versiegelt verwahrt. Er kann nicht ohne eigene Rechtsgrundlage geöffnet werden. Die Unterstützungserklärungen, die als Beilagen des jeweiligen Wahlvorschlages bei der Landeswahlbehörde vorgelegt wurden, waren im Zuge der Landtagswahl von der Landeswahlbehörde zu prüfen. Die Landeswahlbehörde hat die gegenständlichen Bezirkswahlvorschläge in der Sitzung am 8. April 2013 einstimmig als rechtmäßig erachtet und die Kandidatenlisten wurden in der Folge veröffentlicht. Die Wahlvorschläge samt den Beilagen sind Teil des Wahlaktes der Landeswahlbehörde. Der Wahlakt der Landeswahlbehörde wurde nach Beendigung des Wahlverfahrens verschlossen. Wahlakten, die unter Verschluss gehalten werden, können nur aufgrund eines Auftrages des Verfassungsgerichtshofes oder im Dienst der Strafjustiz geöffnet werden. Eine nachträgliche Einsichtnahme in den Wahlakt oder in Teile des Wahlaktes der Landeswahlbehörde durch ein Mitglied der Behörde oder durch den Wahlleiter ist gesetzlich nicht vorgesehen und ist daher rechtlich nicht möglich. Der Wahlakt enthält auch personenbezogene Daten, die aus Datenschutzgründen niemandem zugänglich gemacht werden dürfen.

Diese rechtliche Beurteilung wurde auch in zwei eingeholten Stellungnahmen durch den Leiter der Wahlabteilung im Bundesministerium für Inneres bestätigt. Die Stadt Salzburg hat zu der Frage der nachträglichen Einsichtnahme in den Wahlakt der Gemeinderatswahl 2014 ein Gutachten von Prof. Dr. Walter Berka, Universität Salzburg, eingeholt. In diesem Gutachten wird klar dargelegt, dass die Einsichtnahme in den Wahlakt der bereits abgeschlossenen

Gemeinderatswahl unzulässig sei. Auch eine neuerliche Prüfung im Hinblick auf behauptete Unregelmäßigkeiten durch die Gemeindewahlbehörde sei rechtlich nicht möglich. Die Rechtsgrundlagen bei der Gemeinderatswahl sind mit den Vorgaben bei der Landtagswahl vergleichbar.

Die zweite Frage war: Können Sie mit Gewissheit ausschließen, dass es bei der Landtagswahl 2013 zu irgendwelchen Manipulationen gekommen ist? Die Abwicklung der Landtagswahl ist eine Angelegenheit der Landeswahlbehörde. Da die Landeswahlbehörde keine rechtliche Möglichkeit einer Überprüfung hat, kann ich auch keine Prüfung der Umstände veranlassen. Eine Beantwortung Ihrer Frage wäre somit reine Spekulation und nicht seriös.

Haben Sie sich selbst, die dritte Frage, von der korrekten Abwicklung der Landtagswahl überzeugen können? Die Antwort: Maßgeblich für die Beurteilung einer rechtlich korrekten Durchführung der Landtagswahl ist die Frage der Einhaltung wahlrechtlicher Bestimmungen. Diese wurden in den jeweiligen Beschlussfassungen der Landeswahlbehörde dokumentiert, der neben dem Landeswahlleiter, zwei Richter und Vertreter der Parteien angehören. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch klar festhalten, dass ich davon überzeugt bin, dass die zuständigen Beamten und die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien in der Landeswahlbehörde überaus korrekt und gewissenhaft ihren Aufgaben nachgekommen und mich für diese Arbeit ausdrücklich bedanke.

Die vierte Frage: Bestehen Ihrerseits Zweifel an der Rechtmäßigkeit aller vom Team Stronach für Salzburg vorgelegten Unterstützungserklärungen? Da ist folgende Antwort niedergeschrieben: Das obliegt nicht meiner Beurteilung. Ich beteilige mich nicht an Spekulationen, sondern vertraue in diesem Zusammenhang auf die entsprechenden Beschlüsse der Landeswahlbehörde.

Ich ersuche das Hohe Haus um Kenntnisnahme dieser Anfragebeantwortung. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Der Fragesteller. Bitte Herr Klubobmann Schnell, Du hast ebenfalls die Möglichkeit, zehn Minuten Deine Argumente darzulegen.

Klubobmann Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem derzeitigen Wissensstand komme ich zur Feststellung, dass zumindestens der Teil der Regierung, der hier anwesend ist, aber auch die, die abwesend sind, unrechtmäßig zustande gekommen ist, und zwar durch eine ganz massive und vorsätzliche Manipulation, Wahlmanipulation des Teams Stronach.

Das ist ein Trauerspiel sondergleichen, und zwar deswegen, weil wir als Freiheitliche sehr wohl wissen, was man rechtlich vorzulegen hat, um bei einer Wahl antreten zu dürfen. Wir wurden hier natürlich immer genauestens geprüft. Ich kann mich auch noch genau erinnern, als das Innenministerium diskutiert hat, welche Partei die rechtmäßige Partei FPÖ sein soll. FPÖ oder BZÖ. Ich kann mich auch genau erinnern, als dann die Bürgermeister unsere Wahlbeisitzer alle nach Hause geschickt haben, weil behauptet wurde, die FPÖ sei nicht mehr die FPÖ, die rechtmäßige Nachfolgerpartei, sondern das BZÖ, wo Leute, die 25, 30 Jahre zu den Wahlen als Beisitzer unentgeltlich gegangen sind und dann nach Hause geschickt wurden von den Bürgermeistern. Ich kann mich auch erinnern, als es die erste Europawahl gab in Salzburg, diese die Freiheitliche Partei als stimmenstärkste Partei hier abschließen konnte und Wahlsieger wurde und dann ohne irgendeinen Anhaltspunkt zu haben, behauptet wurde, die zwei Gemeindevertreter von Zederhaus, unter anderem der Abgeordnete Ernst Rothenwänder, hätten Wahlbetrug begangen und hätten quasi bei der Auszählung drei Wahlzetteln, alle drei Parteien angekreuzt. Wie das gehen soll, war allen unklar. Wir kennen das alle, wenn wir zusammensitzen alle Vertreter der Parteien und die Wahlstimmen auszählen. Ein halbes Jahr lang musste ich als Obmann mithören und die zwei Betroffenen und vor allem ihre Kinder, dass Ernst Rothenwänder und sein damaliger Gemeindevertretungskollege fünf Jahre ins Gefängnis müssen.

Ich vergesse diese Dinge nicht. Jetzt nach unserem Wissensstand ist es tatsächlich so, dass das Team Stronach ungefähr 600 Unterstützungserklärungen unrechtmäßig eingereicht hat, nämlich dass bei dem Beilageblatt, das zweite, das unterschrieben werden muss, keine Unterschrift erfolgte und das im Nachhinein durch einen Stempel korrigiert wurde.

600 Unterschriften. Damit hätte das Team Stronach überhaupt zur Wahl nicht antreten dürfen. Diese Unterstützungserklärungen liegen in etwa vor, wie das aussieht, auch der Stempel, mit dem hier manipuliert wurde und dann aus demokratischem Verständnis, als Nichtjurist, Gott sei Dank Nichtjurist, denke ich mir, das kann es nicht sein. Da gibt es eine Landeswahlbehörde, die sich als Vertretung aller Fraktionen – Du hast es angesprochen, Herr Landeshauptmann – und Juristen zusammensetzt und dem zuständigen Beamten, was mir völlig schleierhaft ist, dass das Beamten, die das mehrmals schon gemacht haben, und wir mussten immer beide Unterschriften beibringen, nicht aufgefallen ist, dass bei 600 Unterstützungserklärungen nur eine Unterschrift beigebracht wurde und die anderen abgestempelt wurden.

Mir ist völlig unklar, warum eine Landeswahlbehörde sich nicht zusammensetzen kann, ich verlange ja nicht, dass einzelne Personen, ich oder irgendwer da Einblick nimmt, sondern die Landeswahlbehörde, die das zu prüfen gehabt hat, und es kann ja nicht so sein, dass man eine Einspruchsfrist von drei Tagen hat und alles, was im Nachhinein dann bekannt wurde an Manipulationen und Vorwürfen, nicht mehr geprüft werden kann.

Jetzt bin ich kein Jurist, ich nehme zur Kenntnis, dass der Herr Landeshauptmann – Du kannst ja nichts dafür, lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter – uns mitteilt, das kommt gar nicht in Frage, das ist rechtlich nicht möglich. Ich verstehe nur nicht, warum man uns die Quelle dieser Rechtsmeinung nicht in diesem Antwortschreiben oder dieser Beantwortung der Anfrage bekannt gegeben hat oder zum Beispiel diese Rechtsgutachten oder auch der Wahlbehörde im Bundesministerium nicht beigelegt hat oder zumindest erwähnt hat. Das Ganze ist schon äußerst dubios und was ich dann überhaupt nicht verstehen kann, ist, dass wir in diesem Antwortschreiben auch mitgeteilt bekommen, dass überhaupt nur der Verfassungsgerichtshof bei diesen Vorwürfen oder im Dienst die Strafjustiz hier Einblick nehmen könnte und dann, wobei auch in diesen Fällen nur nach entsprechendem Beschluss der Landeswahlbehörde. Also auch hier wird schon vorausgeschickt, selbst wenn die Justiz jetzt sagt, da sind Vorwürfe da und dann immer noch die Landeswahlbehörde, die zuerst überhaupt nichts tun darf. Die Landeswahlbehörde darf nichts tun in diesem Moment, aber in dem Moment, wo die Justiz sagt, so jetzt wollen wir nachschauen, da liegen massive Vorwürfe vor, dann auf einmal darf die Landeswahlbehörde auch sagen, nein wir lassen auch die Justiz da nicht hineinschauen. Also das schlägt schon dem Fass den Boden aus.

Wenn das, meine sehr geehrten Damen und Herren, von Ihnen wirklich akzeptiert wird, das ist die Grundvoraussetzung der Demokratie eine Wahl und wenn da wirklich eine Partei sich durch manipulatives Handeln an dieser Wahl beteiligt hat. Herr Kollege Mayr, es ist schwierig festzustellen, wer war zu diesem Zeitpunkt überhaupt Obmann. Da hat es ja drei gegeben. Den Herrn Tadler, den Herrn Naderer, den Herrn Landesrat Mayr. Es ist auch schwierig, überhaupt über eine Partei irgendetwas zu sagen, die es eigentlich kurz nach der Wahl schon gar nicht mehr gegeben hat. Also das sind ja alles Umstände, die sowieso in sich schon sehr bemerkenswert sich darstellen, aber da darf mir keiner böse sein. Diese Rechtsmeinung, die geht über mein Demokratieverständnis bei weitem hinaus.

Selbst bei Androhung, die, die hier Wissen besitzen und Unterlagen vorliegen haben, dass diese Wahl manipuliert wird und wenn der Verfassungsgerichtshof Einblick nehmen will oder die Strafjustiz, dann kann auch das die Landeswahlbehörde verhindern, die aber vorher nicht in der Lage ist, und da frage ich mich, für was es so eine Landeswahlbehörde gibt. Für was gibt es eine Landeswahlbehörde, die das zu überprüfen hat, und vielleicht auch bei einem Vorwurf zusammentreten kann und sagen kann wir sind die Landeswahlbehörde, wüsste auch nicht, warum da die Bundeswahlbehörde unbedingt das Sagen hat, wir mischen uns im Bund auch nicht ein und hier nicht die Behördenleiter Einblick nehmen können und kontrollieren können, ob sie da nicht irgend etwas übersehen haben. Und selbst bitte fünf Minuten vor der nächsten Wahl muss es rechtlich möglich sein, wenn man draufkommt, dass hier der Wähler getäuscht wurde, dass hier massiver, vorsätzlicher Wahlbetrug oder Wahlmanipulation stattgefunden hat, nicht die Behörden dementsprechend das überprüfen können.

Wenn dem so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann haben wir aber höchste Zeit, dass wir das Gesetz ändern, dass wir hier dringenden Handlungsbedarf haben. Und eines können Sie mir glauben. Ich habe das zuerst nicht so ernst genommen. Ich glaube auch, dass keiner von uns Neuwahlen will. Die Wähler haben die Nase gestrichen voll. Wir brauchen keine Neuwahlen. Aber eines kann nicht so im Raum stehenbleiben.

600 Unterstützungserklärungen, die nicht rechtmäßig zustande gekommen sind, als man draufgekommen ist, dass man einen Fehler gemacht hat, im Nachhinein zu korrigieren und bei der Wahlbehörde einzureichen, das schlägt dem Fass den Boden aus. Jetzt denken Sie einmal kurz darüber nach, Nachdenkpause, was passiert wäre, wenn das Team Stronach nicht antreten hätte dürfen, die es dann als Partei nachher eh nicht mehr gegeben hat, aber ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Das hättest Du gerne!)

... Es ist ja so, Entschuldigung, es gibt es ja nicht mehr oder? ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Ah so!)

... Heißt ja jetzt Team Salzburg oder Team Mainoni oder wie auch immer, das ist ja völlig gleich. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Team Stronach Salzburg!)

... Hans, sei mir nicht böse, es ist so. Das ist eine Tatsache. In der Form, wie Ihr angetreten seid, gibt's es nicht mehr. Aber das ist ja völlig gleich. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Schon!)

... Das ist eh nicht unsere Sache, das müsst's Euch eh untereinander ausmachen. Aber entschuldige schon, dass wir hier nachfragen, wenn derartig massive Vorwürfe vorliegen, und das ist ja kein Klacks.

Ganz interessant ist natürlich schon auch die Haltung der Medien, die bei derartig starken Vorwürfen in Salzburg aber völlig mauern, aber damals bei der Europawahl ein halbes Jahr lang jeden Tag berichtet haben, die Freiheitlichen müssen fünf Jahre ins Gefängnis. Es hat eine Gerichtsverhandlung gegeben. Es hat graphologische Gutachten gegeben. Es ist soweit gekommen, dass dann das Gericht festgestellt hat, dass bei dem Bürgermeister der ÖVP, der den Vorwurf an die FPÖ-Gemeindevertreter gerichtet hat, sogar leere Wahlzettel gefunden wurden, was strafrechtlich auch verfolgbar ist normalerweise. Wir haben aber das

weiter nicht mehr verfolgt, weil wir einfach die Nase gestrichen voll hatten von dem Streit. Aber so geht man mit Parteien, die man nicht in der Regierung haben will, um und auf der anderen Seite mauert man, weil man vielleicht auch natürlich für eine Regierungsbildung Parteien braucht. Danke. (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubvorsitzender Steidl. Bitte! Du hast fünf Minuten.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe heute in der Aktuellen Stunde auch die Begriffe Glaubwürdigkeit in der Politik, Handlungsfähigkeit, aber vor allem Handlungswilligkeit, davon gesprochen und in diesem Kontext ist die Reaktion von Landeshauptmann Haslauer auf parlamentarische Anfragen der politischen Opposition eigentlich unerhört und demokratiepolitisch äußerst bedenklich.

Haslauer sagt der Landtag sei nicht zur Kontrolle der Landeswahlbehörde befugt, weshalb er dazu einfach keine Auskünfte erteilt. Ziel dieser parlamentarischen Anfragen war es, eigentlich Licht ins Dunkel um diese demokratiepolitisch schwerwiegenden Verdachtsmomente zu bringen. Karl Schnell hat angeführt die Presseberichte in News. Doch anstatt völlige Transparenz und Offenheit zu zeigen, erklärt sich Haslauer einfach als nicht zuständig, weigert sich den Wahlakt zu öffnen sowie die Fragen der Opposition einfach nicht zu beantworten. Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine unerhörte, demokratiepolitisch äußerst bedenkliche Vorgehensweise.

Im Vertrauen auf den korrekten Wahlablauf basiert nämlich das Vertrauen auf die daraus hervorgegangenen Landtagsabgeordneten und indirekt natürlich auch auf die Regierungsmitglieder. Haslauer führt weiters an sowohl die geforderte Akteneinsicht als auch eine Überprüfung der Unterstützungserklärungen sei mangels Rechtsgrundlage einfach nicht möglich. Dennoch der Landeshauptmann ist vom Gesetz wegen Vorsitzender der Landeswahlbehörde bzw. kann, so wie das in Salzburg geschehen ist, einen Vertreter nominieren. Dieser ist dem Landeshauptmann unterstellt. Durch die Anfragen wurde die Causa zu einem Gegenstand der Verhandlungen des Landtages und ist daher von allgemeiner landespolitischer Bedeutung, wie es auch in unserer Verfassung steht und in unserer Geschäftsordnung steht. Alles klassische Gründe, die für eine Kontrolle durch den Landtag sprechen.

Es wirkt nun noch mehr als je zuvor, als gäbe es in dieser Angelegenheit tatsächlich etwas zu verbergen. Was ist es eigentlich was hier versucht wird, unter den Teppich zu kehren? Eigentlich handelt es sich nach dem Bericht von News um ein sogenanntes Officialdelikt,

Urkundenfälschung. Eigentlich müsste die Landeswahlbehörde von sich aus tätig werden gegenüber der Justiz. Warum passiert das nicht? Diese Frage wurde auch nicht beantwortet vom Landeshauptmann. Mir, der SPÖ und auch den Salzburgern geht es bei der Klärung dieser Vorwürfe letztendlich um demokratiepolitische Hygiene. Besonders die Spielregeln der Wahlen sollen unantastbar sein. Es geht nicht um Neuwahlen, das ist nicht die zentrale Frage, weil zum Wahltag waren die Verhältnisse so, wie sie waren und war das, was passiert ist, nicht bekannt. Damit ist der Wählerwille klar zum Ausdruck gekommen und das muss auch so akzeptiert werden. Die Väter unserer Verfassung und insbesondere Hans Kelsen haben schon gewusst, warum es eine kurze Anfechtungsfrist gibt und warum dann der Wahlakt geschlossen wird. Zum einen damit die Gewählten natürlich ordentliche Verhältnisse vorfinden und arbeiten können. Das gilt sowohl für das Hohe Haus als auch natürlich für die Landesregierung. Natürlich muss ein Wahlakt irgendwann geschlossen werden, damit nicht irgendwer herumfuhrwerkelt in diesem Wahlakt, aber es steht nirgendwo geschrieben, dass die Landeswahlbehörde nicht eine Sitzung einberufen kann, sich der Thematik widmen kann und dann entscheiden kann, wie gehen hier mit diesen sehr, sehr schwerwiegenden Vorwürfen um.

Zum Schluss kommend, Frau Präsidentin, nur ein Auszug aus der Präambel der Salzburger Landesregierung. In der Präambel steht man will dem Wunsch der Salzburgerinnen und Salzburger nach einer neuen politischen Kultur entsprechen. Man fühlt sich den Prinzipien der Transparenz und Objektivität verpflichtet und den Herausforderungen stellen sich die Regierungsparteien mit Engagement und Ernsthaftigkeit. Das alles vermisse ich. Mein Aufruf auch an die Grünen, bei der Finanzcausa habt Ihr Euch hervorragend eingebracht, engagiert haben wir uns alle. Ich würde mir auch von den Grünen jetzt in dieser Frage ein Engagement erwarten, um hier auch Aufklärung in die Sache zu bringen. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Klubobfrau Gerlinde Rogatsch. Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Es hat eigentlich Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl ziemlich deutlich, klar und ohne Polemik darauf hingewiesen was hier Sache ist und was hier Thema ist. Aber nachdem hier indirekt wohl die Aufforderung zum Amtsmissbrauch zum Ausdruck gebracht wird, möchte ich doch kurz Stellung nehmen.

Ich bin Mitglied der Landeswahlbehörde, manche andere auch, die hier sitzen, und eine der Sitzungen war unter anderem am 8. April. Ich habe keine Anzeichen gehabt und keine Hin-

weise, dass irgendetwas nicht regelmäßig abgelaufen ist oder dass irgendetwas falsch gelaufen ist, und das wird ja offensichtlich auch für andere Mitglieder gelten, denn ansonsten hätte ja irgendetwas zur Sprache kommen müssen.

Die Frage nach Einsicht in die Wahlakten, die ja sehr personenbezogene Daten beinhalten, nachdem ja Unterstützungserklärungen und Wahlvorgang ja in einem Akt oder Kisterl oder Koffer oder wo auch immer verschlossen sind, das sind schon Fragen des Datenschutzes, die hier zu klären sind. Die Ausführungen von Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl im Auftrag von Landeshauptmann Wilfried Haslauer stützen auf die fundierte Meinung der Leute aus dem Innenministerium, die im Gegensatz zu mir tagtäglich mit Wahlsachen zu tun haben und ich auch darauf vertraue, dass das, was sie uns rückgemeldet haben, juristisch auch hält.

Nachdem, und es gibt auch noch ein zweites Gutachten, das ist etwas jünger - ich nehme an, das werden wir auch zur Verfügung gestellt bekommen -, das ist jenes von Univ.-Prof. Berka, der jetzt zu den Vorgängen bei der Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg Stellung genommen hat, nämlich kann der Wahlakt nach den Vorkommnissen bei der Briefwahl noch einmal aufgemacht werden ja oder nein und er kommt zum gleichen Schluss wie die Experten des Innenministeriums, nämlich dass von Mitgliedern der Landeswahlbehörde - Klammer auf - (oder jener in der Stadt Salzburg in dem Fall) das nicht so einfach gemacht werden kann. Wenn der Landeshauptmann sagen würde ich gebe Euch hier Akteneinsicht, dann würde er nach dieser Rechtsmeinung des Innenministeriums und jener von Univ.-Prof. Berka Amtsmissbrauch begehen, und das ist glaube ich nicht im Sinne der Sache und auch nicht zumutbar, es sei denn es hätten einige eine Freude damit, um dann anschließend auch noch einmal tätig werden zu können.

Die Wege Einsicht zu nehmen, und da hat es hier in der Vergangenheit, glaube ich, Wien oder anderswo auch schon Fälle gegeben, die sind vorgezeichnet, wenn hier jemand Beweise oder sonstige Geschichten in der Hand hat, dann steht es ihm frei oder müsste er eigentlich Anzeige bei der Staatsanwaltschaft machen bzw. erwirken, dass im Auftrag des Verfassungsgerichtshofes der Wahlakt geöffnet werden kann. Das ist das was derzeit möglich ist und das soll man nicht vermischen mit dem, was politischer Wunsch ist, um irgendwelche Ziele hier zu verfolgen.

Ich sage noch einmal abschließend. Ich war Teil dieser Landeswahlbehörde, war Mitglied, es waren alle Parteien, glaube ich, anwesend, die vertreten sind, und für niemanden, weil sonst hätte es dort bereits eine Wortmeldung gegeben, hat es auch nur irgendeinen Anhaltspunkt gegeben, dass etwas nicht in Ordnung war. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Naderer. Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Frau Präsidentin! Verehrte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für mich ist es ein bisschen bedenklich, dass sich da eine oder vielleicht sogar zwei herausstellen trauen, aufgrund eines Zeitungsberichtes derartig massive Beschuldigungen aussprechen, ohne den geringsten Beweis dafür zu haben. Wenn ich darauf denke, lieber Karl Schnell, was über Dich in den 90er Jahren in der Zeitung gestanden ist, wenn das jedesmal wahr gewesen wäre, Du wärst wahrscheinlich lebenslang im Gefängnis gelandet. Denk an den Überstundenskandal mit dem jetzigen Bundesrat Schmittner oder an die Postenschacherliste oder an die Lumpi-Affäre usw. Was ist da alles in der Zeitung gestanden und Du wärst ein Leben lang aus dem Gefängnis nicht mehr herausgekommen und ich möchte nicht wissen, wie Du gesprungen wärst damals, wenn Du so vorverurteilt wirst, wie Du uns jetzt vorverurteilst aufgrund eines Zeitungsberichtes.

Wir sind natürlich auch der Sache nachgegangen, weil weder der Otto Konrad noch der Hans Mayr noch ich noch sonst jemand zu diesem Zeitpunkt wahlwerbend unterwegs waren bzw. Unterschriften gesammelt haben, nachdem wir erst später dazugestoßen sind. Dann zeige ich Dir im Gegensatz eine eidesstattliche Erklärung, keinen Zeitungsbericht und ich lese ihn Dir auch vor. Eidesstattliche Erklärung: Ich, Wolfgang Erlbacher, geboren am 12. Juli 1962, wohnhaft in Filzmoos Nr. 43, erkläre eidesstattlich, dass ich beim Sammeln der Unterstützungserklärungen für das Team Stronach für Salzburg zur Landtagswahl 2013 weder Ungereimtheiten noch nachträgliche Änderungen feststellen konnte. Ich war persönlich beim Sammeln der Unterschriften für den Pongau zugegen und kann bestätigen, dass die Unterschriften immer im Beisein eines Notars getätigt wurden. Zudem war bei den Formularen ein zusätzlicher Stempel mit dem Hinweis dient auch zur Vorlage bei der Gemeinde oder ähnlichen Wortlaut, aber sinngemäß mit Sicherheit vorhanden. Nachträgliche Zusätze oder Änderungen sind mir nicht bekannt und wurden von mir auch nicht beobachtet.

Und dieser Stempel, der ist rechtskonform, man muss nicht unbedingt ein zweites Formular ausfüllen, sondern Verwaltungsvereinfachung, tun sich alle auf die Brust schreiben, dass sie für das sind, da muss man halt nur einmal unterschreiben, und nachdem unten steht, dass das sowieso zur Gemeinde geht, weil ja die Bestätigung gehört, war das sowieso denklogisch auch ohne diesen Stempel. Aber ist eine Formerfordernis und war deswegen oben. Deswegen verstehe ich das überhaupt nicht, wie man sich da so mit einer Kühnheit herausstellen kann und einfach 600 Leute, die das unterschrieben haben, so zu verunglimpfen und diese Sammler, die das gemacht haben, ich glaube, Ihr müsst alle einmal vor der eigenen

Haustüre kehren. Es gibt auch bei der SPÖ einiges zu klären, da braucht man nicht unbedingt auf uns herhauen.

Wir sind interessiert, wenn es wirklich Vorwürfe gibt, dass die aufgeklärt gehören, wir sind für Transparenz, wenn es möglich ist. Die gesetzliche Situation hat der Landeshauptmann-Stellvertreter klargestellt, die haben nicht wir gemacht, sondern die ist offenbar so, was jetzt ja der SPÖ in der Stadt sehr zugute kommt, nachdem die Vorzugsstimmen, die 1.213 für den türkischstämmigen Kandidaten in Frage gestellt werden und 1.170 hätten gereicht für ein Direktmandat, das heißt ganz knapp drüber. Man könnte diese 43 Unterschriften locker überprüfen, ob die wirklich ordentlich zustande gekommen sind, aber ich würde mir das nie anmaßen, dass ich das in eine parlamentarische Initiative, ohne dass ich den geringsten Beweis habe, behaupte. Ich denke, da habt Ihr das Kind mit dem Bad ausgeschüttet und ich denke, das ist nicht die Art, wie man miteinander umgehen sollte.

Wenn es einen Fehler gegeben hat, stehen wir gerne dazu, werden wir korrigieren oder auch entsprechende Maßnahmen setzen, aber dieser Fehler ist nur durch einen Zeitungsbericht behauptet und Ihr geht so massiv aufgrund dieses Zeitungsberichtes vor. Karl Schnell, wie Du in den 90er Jahren noch ein Löwe warst ein politischer, da hättest Du Dir das nicht gefallen lassen. Seit Du ein Kätzchen bist, seither bist Du mit solchen Sachen auch auf Du und Du und das tut mir leid. (Beifall der TSS- und ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Simon Hofbauer. Bitte!

Abg. Hofbauer: Auch abseits der Vergangenheitsbewältigung, die da jetzt vorher betrieben worden ist, glaube ich muss man schon bei den Fakten bleiben. Ich glaube wenn es Vorwürfe gibt, der Weg ist vorher ja aufgezeichnet worden, dann sollte es eine Strafanzeige geben und ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Wahlkommission, wenn es ein Ersuchen gibt der Justiz, den Wahlakt nicht öffnet. Wenn da Substanz dahinter wäre, dann bin ich mir sicher, dass die Mitglieder der Wahlkommission, die auch anwesend sind, dann nicht sagen nein das interessiert uns nicht, da wollen wir nicht aufklären. Soweit zu den Bestimmungen.

Ich glaube auch, das ist auch so, dass wir jetzt eine gesetzliche Regelung haben, die, glaube ich, auch relativ deutlich dargelegt worden ist, wo seitens der FPÖ gesagt wurde ist das wirklich so. Ich habe mir auch die dringlichen Anfragen durchgelesen. Da ist jetzt auf keine spezielle Rechtsquelle verwiesen worden, wo gesagt worden ist, da steht aber, dass es trotzdem möglich ist. Ich bin schon gespannt auf die Gutachten, die werden uns zugehen. Wir werden uns das anschauen und es steht uns ja frei, auch in Zukunft Landeswahlordnungen oder Gemeindewahlordnungen zu ändern. Also wenn es eine Initiative in dem Bereich gibt, wo

man sagt, man identifiziert jetzt eine Schwachstelle, dann ist ja das etwas, was man in Zukunft ändern könnte, aber ich glaube, dass gegenwärtig Regeln gelten und an die müssen wir uns halten. Da ist natürlich der Blick in die Stadt momentan auch ein interessanter, weil warum sollte für den Herrn Landeshauptmann Haslauer was anderes gelten als wie für den Bürgermeister Schaden. Der beruft sich nämlich auf dieselben Rechtsquellen, auf dieselben gesetzlichen Bestimmungen und in der Stadt habe ich von der SPÖ zumindest von Landesseite noch keinen großen Aufschrei gehört, dass das jetzt ein großer Skandal ist, dass man das nicht macht, dass man den Wahlakt jetzt öffnet. Die Stadt sagt auch das können wir in dieser Situation nicht, in dem Fall war es die ÖVP, die sagt wir hätten ihn gerne geöffnet, aber der Herr Bürgermeister bezieht sich genau auf dieselben Bestimmungen und sagt das ist halt nicht möglich. So geht es uns, glaube ich, im Land genauso.

Um auf die Änderungen zurückzukommen. Wir haben ja erst letzte Woche in der Enquetekommission mögliche Änderungen der Gemeindevahlratsordnung diskutiert, eben im Hinblick auf die Briefwahl, dass man da Situationen, wie sie jetzt sind, ausräumen kann, dass man da zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen trifft was die Zusendung der Wahlkarten betrifft. Wir haben auch kurz über die Landtagswahlordnung und über das Sammeln der Unterstützungserklärungen gesprochen. Also diese Dinge sind ja veränderbar, nur jetzt erst quasi für die Zukunft. Wir können nicht die Spielregeln nachträglich verändern. Ich glaube, dass es die Möglichkeit gibt, über Dinge zu diskutieren. Wir haben dazu auch ein passendes Forum, die Enquetekommission, wo wir über Wahlrechtsänderungen diskutiert haben, wo Vorschläge auch schon konkret formuliert worden sind, die den Parteien zugegangen sind, und es steht uns frei als Landtag, diese Wahlordnungen zu verändern und da vielleicht Dinge zu reformieren, wenn wir da Handlungsbedarf sehen.

Den Wahlakt jetzt nachträglich ohne Rechtsgrundlage zu öffnen, halte ich für keinen gangbaren Weg und das wäre fahrlässig. In dem Sinne, glaube ich, ist eigentlich der Anfragebeantwortung nichts mehr hinzuzufügen und wir können ja schauen, dass wir die Regeln vielleicht für die Zukunft so verändern, dass wir uns derartige Debatten dann ersparen und quasi für entsprechende Sicherheit sorgen. Dankeschön. (Beifall der Grünen-, ÖVP- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Hohes Haus!

Nachdem jetzt in einigen Reden noch verschiedene Gesichtspunkte angesprochen wurden, möchte ich nur folgendes festhalten. Ich möchte ganz klar sagen, dass es dem Herrn Landeshauptmann nicht darum geht, irgendeinen Wahlakt zu öffnen oder nicht zu öffnen, das ist keine Willkür, das darf er nicht, das wäre glatter Amtsmissbrauch, da sind sich die Juristinnen und Juristen alle einig. Er hat nichts dagegen. Ganz im Gegenteil. Er möchte gerne das alles transparent machen, aber wenn eine rechtliche Grundlage fehlt, die Rechtsgrundlage fehlt, dann kann er und darf er das nicht machen.

Die angesprochene sozusagen nicht interne, sondern externe Überlegung, ob an den Wahlakt sozusagen heranzukommen ist, wurde selbstverständlich auch angegangen und auch hier hat, und das soll jetzt zeigen, wie ernst der Herr Landeshauptmann diese Anfrage genommen hat, er hat auch veranlasst, dass eine rechtliche Stellungnahme von der Universität Salzburg, von Univ.-Prof. Hinterhofer eingefordert bzw. angefordert wurde zum Thema wenn schon keine nachträgliche Prüfung durch das Land rechtlich möglich ist, warum veranlasst dann zum Beispiel dann das Land nicht eine externe Prüfung, indem es eine Anzeige macht. Da ist eine klare Antwort dieser rechtlichen Stellungnahme zusammengefasst, die folgende: Da den Medienberichten keine eindeutigen Hinweise auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung zu entnehmen waren, wurde vom Land keine Strafanzeige gegen unbekannt erstattet. Mangels eines begründeten Verdachts in Richtung des Delikts der Urkundenfälschung bzw. mangels eines Anfangsverdachts im Hinblick auf die Wahldelikte besteht auch keine Anzeigepflicht des Landes bzw. des Leiters der Landeswahlbehörde.

Ich darf vielleicht zum Abschluss noch sagen. Ich habe es in der Anfragebeantwortung vom Herrn Landeshauptmann ja auch schon vorgelesen, er hat ja das auch vorgeschlagen, dass wir aktiv werden können im Landtag oder dass der Landtag aktiv werden kann, hier eine Änderung oder eine Vereinfachung herbeizuführen und ich darf einfach speziell für Nichtjuristen, und ich glaube, dass auch der eine oder die andere Juristin das aufs erste Durchlesen nicht versteht, ich habe es auf jeden Fall öfter lesen müssen, wie kompliziert diese Geschichte ist. Ich zitiere nur einen Teil aus den Medienberichten bzw. aus der Situation, wie das ist mit dem Wahlakt bzw. mit den Unterstützungserklärungen. „Zwar seien die Unterstützungserklärungen an sich korrekt ausgefüllt und auch notariell beglaubigt worden, doch sehe die Salzburger Landtagswahlordnung vor, dass – sollte der Unterstützer nicht selbst auf das Gemeindeamt gehen und dort die Bestätigung einholen, dass er in die Wählerevidenz eingetragen ist – ein schriftliches Ansuchen des Betreffenden notwendig ist, welches ebenfalls gerichtlich oder notariell beglaubigt unterfertigt werden muss, usw.“

Da sieht man schon, wie kompliziert das ist das Ganze. Das heißt, dass man ansucht um Bestätigung. Dass man in der Wählerevidenz ist, braucht man schon eine notarielle beglaubigte Unterschrift. Ich denke das ist ein bisschen kompliziert, wenn nicht zu kompliziert. Ich glaube es wäre tatsächlich eine gute Anregung, hier für eine transparentere und klarere rechtliche Bedingung zu sorgen. Danke.(Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es hat sich noch einmal Herr Klubvorsitzender Steidl gemeldet. Bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Werter Kollege Hofbauer!

Einen Unterschied gibt es zu dem, was Du gemeint hast, was in der Stadt als Thema debattiert wurde schon. In der Stadt hat die Behörde bevor der Wahlakt geschlossen wurde zwei Tage kontrolliert und überprüft, ob diese Vorwürfe, die da erhoben werden, in irgendeiner Form verifiziert werden können. Das ist ein entscheidender und bedeutender Unterschied zu dem, was wir hier heute diskutieren.

Zweitens: Es gibt in unseren Rechtsgrundlagen, in unserer Verfassung bzw. in unserer Geschäftsordnung den Begriff der allgemeinen landespolitischen Bedeutung. Wir haben in unseren Unterlagen die Beilage 400, wo es um die Anfrage gegangen ist zu den Verhältnissen eines Mitarbeiters in der Geschäftsleitung von Siggerwiesen, weil man hier Auskunft haben wollte. Eigentlich wäre die Landesregierung geschäftsordnungsmäßig auch nicht zuständig. Mit derselben Begründung hat ja Herr Landeshauptmann Haslauer abgelehnt, ist man geschäftsordnungsmäßig nicht zuständig, daher hat der Landtag kein Kontrollrecht. Aber hier hat man mit der Begründung der allgemeinen landespolitischen Bedeutung sehr wohl diese Anfrage zugelassen und hat mit derselben Begründung etwas zugelassen, wo man mit derselben Begründung etwas anderes ablehnt.

Das sind Unterschiedlichkeiten und wir werden natürlich in dieser Causa alle unsere Möglichkeiten auf der parlamentarischen Ebene genauso wie auf der Ebene der Justiz ausschöpfen. Wir werden weitere Maßnahmen setzen, das kann ich jetzt schon ankündigen und diese Unerhörtheit und die Verdachtsmomente werden diese Regierung bis zu einer endgültigen Klärung begleiten. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Klubobmann! Wir haben noch vier Minuten. Die Gesamtzeit der Anfrage ist 45 Minuten. Du bist am Wort!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube jeder, der mich kennt, weiß, dass ich mich sicher nicht hier herausstelle und etwas behaupte, ohne Beweise zu haben, lieber Helmut Naderer. Datenschutz hat es beim Dr. Schmittner nicht gegeben. Da ist man über den Datenschutz drübergefahren bis zum Gehnichtmehr.

Lieber Helmut Naderer, es ist völlig richtig, dass im Pongau ein Notar dabei war und beide, also diese Stempel, der die Unterschriften beglaubigt hat. Genau der Notar hat Euch nämlich dann aufmerksam gemacht darauf und hat gesagt, liebe Freunde, nachdem Euch der Notar aus Graz ausgefallen ist, der alle anderen Unterstützungsunterschriften beglaubigt hat, der offensichtlich nicht gewusst hat, dass man zwei Unterschriften braucht, und darauf seid Ihr erst draufgekommen, dass man zwei braucht. Das tut mir leid, es ist so. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Nicht wir, wir waren noch nicht dabei!)

...Aber glaube mir ein eines. Auch wenn ich jetzt ein Kätzchen bin, miau, miau, eines könnt Ihr mir glauben. Ohne Beweise stelle ich mich da sicher nicht her und behaupte so etwas.

Nur eines ist interessant. Keiner von den Parteien der ÖVP, des Team Stronach und der Grünen hat sich hier überhaupt Gedanken gemacht und eine Äußerung getroffen in der Form. Stellt Euch vor das stimmt alles, was wir behaupten und was News behauptet und was der eine Zeuge auch von sich gegeben hat. Keiner. Auch nicht die demokratiepolitische Konsequenz des Ganzen dürfte Euch offensichtlich überhaupt kein Anliegen sein. Jetzt frage ich mich, Cyriak, weil Du gesagt hast beim Herausgehen jetzt bin ich gespannt, wenn das Land seine Verantwortung wahrnimmt, wir hineinschauen und feststellen, da hat es etwas gegeben, was nicht in Ordnung ist, dann soll das festgestellt werden, wegen dem gibt es keine Neuwahlen, deswegen kannst Du Regierungssprecher bleiben, deswegen können alle anderen bitte auf ihren Regierungssitzen bleiben. Ist uns eh recht, diese Politik wird eh zu einer letztendlich anderen Wahl bei den nächsten Wahlen führen. Nur es geht mir darum, habt Ihr Euch die Konsequenzen durchdacht, wenn wir jetzt den Schritt, den Ihr uns ja aufzwingt, gehen, nämlich die Konsequenz, nämlich zur Polizei zu gehen, zur Staatsanwaltschaft zu gehen, den Verwaltungsgerichtshof einzuschalten. Wisst Ihr was das heißt dann und dann kommt man drauf und sagt jetzt hat der Schnell mit seinen Beschuldigungen tatsächlich recht. Glaubt Ihr, dass das schön ist, ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Was ist die Alternative?)

... wenn dann das Wahlvolk draufkommt, dass Ihr eigentlich alle da unrechtmäßig ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Was ist die Alternative?)

... Die Alternative ist, dass man die Vorwürfe prüft, feststellt ob es stimmt oder nicht.

Liebe Gerlinde Rogatsch, Du hast gesagt Dir ist nichts aufgefallen. Hast Du die Unterstützungserklärungen des Team Stronach angeschaut? ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Die FPÖ war auch Mitglied der Wahlbehörde!)

... Ich habe Dich gefragt, ob Du sie angeschaut hast. Wir haben sie nicht angeschaut. ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Wir haben keinen Hinweis gehabt in den Sitzungen und es hat mehrere gegeben!)

... Du kannst ja keinen Hinweis haben, wenn Du es nicht gewusst hast und wenn Du sie nicht angeschaut hast. Genauso wie der Helmut Naderer völlig zu Recht sagt, die Unterschriften im Pongau, die waren völlig rechtmäßig getätigt. Stimmt. Ist völlig richtig, Helmut Naderer. Aber alle anderen hundert Unterschriften vorher wurden nicht ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: 600 falsch, wie Du vorher gesagt hast!)

... rechtskonform getätigt und wurden nachher abgestempelt. Das ist Dokumentenfälschung und das ist Wahlmanipulation und Wahlbetrug. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Wie beweist Du das?)

... Und das ist es, und damit, lieber Hans, seid Ihr unrechtmäßig bei der Wahl angetreten, und das ist einfach nicht korrekt. Und wenn das die ÖVP, die Grünen und Ihr für korrekt findet, dann werden wir halt wirklich den Weg beschreiten müssen, den keiner will, weil ich habe in meinem ganzen Leben noch nie einen Politiker oder eine Partei angezeigt. Ich bin zwar selber x-mal vor Gericht gestanden, Helmut, wie Du es völlig richtig dargestellt hast, bin auch immer freigesprochen worden von den Vorwürfen, auch meine Kollegen damals in Zederhaus ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Wie war es bei Lumpi?)

... War ganz genauso. Da stehe ich auch dazu, habe eh zahlen müssen. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Du hast gesagt, Du bist immer freigesprochen worden!)

... Hat mich eh 100.000 Euro, habe aber ich gezahlt nicht die Partei, wie bei anderen Dingen, stehe ich auch dazu. Die Aussagen stehen nach wie vor, kann sich jeder anschauen.

Ich weiß nicht, ob Ihr Euch wirklich Gedanken gemacht habt darüber, und da würde ich Euch noch einmal bitten, ganz, ganz konkret noch einmal darüber nachzudenken, ob das der richtige Weg ist, weil Ihr zwingt uns wirklich, den Weg zu beschreiten, den ich glaube, dass er Salzburg nicht gut tut, der Regierung nicht gut tut, und vor allem alle, die sich dann vorwerfen müssen, dass sie eine Überprüfung nicht zugelassen haben und da mitgeholfen haben, dass Wahlbetrug stattgefunden hat und konkrete ...

(Zwischenruf Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Nicht nicht zugelassen haben. Das stimmt nicht. Das ist Amtsmissbrauch!)

... konkrete Beweise da sind. Genau um das geht es. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit haben wir diese dringliche Anfrage abgeschlossen. Ich möchte noch der Vollständigkeit halber zur Wortmeldung von Klubvorsitzenden Steidl darauf hinweisen, dass beide Anfragen zugelassen wurden. Du hast auch ein Schreiben, wie in der Präsidiale besprochen, an mich weitergeleitet. Wir werden auch das einer Prüfung unterziehen und die entsprechenden Antworten geben.

Damit komme ich zu

Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde zuallererst wieder jene Berichte vorlesen und zusammenfassen, welche im Ausschuss einstimmig auch ohne Debattenanmeldungen erledigt wurden und diese zuerst zur Abstimmung bringen.

Einstimmig verabschiedet eben ohne Debattenanmeldungen wurden

7.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 295 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Luftreinhaltegesetz für Heizungsanlagen geändert wird

(Nr. 420 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

7.4 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 297 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kurtaxengesetz geändert wird

(Nr. 421 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.5 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 298 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Ortstaxengesetz 2012 geändert wird

(Nr. 422 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.7 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Ing. Sampl (Nr. 359 der Beilagen) betreffend das Verbot von hormonell wirksamen Chemikalien in Kosmetikprodukten

(Nr. 424 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

7.8 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Haitzer und Mag. Schmidlechner (Nr. 171 der Beilagen) betreffend die Flexibilisierung und Attraktivierung der Nutzung des Salzburger Verkehrsverbundnetzes

(Nr. 425 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Haitzer)

7.16 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Modellversuche Neue Mittelschule

(Nr. 433 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Gutsch)

7.17 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Förderungen (EFRE) aus Sicht der Förderungsempfänger mit dem Schwerpunkt Vereinfachung von Vorschriften

(Nr. 434 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.18 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2011

(Nr. 435 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.19 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2012; Internationales

(Nr. 436 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöch)

7.20 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Agrarumweltprogramm ÖPUL 2007

(Nr. 437 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

7.21 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend das St. Vinzenz-Heim Schernberg

(Nr. 524 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

Ich wiederhole 7.3, 7.4, 7.5, 7.7, 7.8, 7.16, 7.17, 7.18, 7.19, 7.20 und 7.21. Wer mit der Verabschiedung in dieser Form einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit stelle ich die einstimmige Annahme der aufgerufenen Ausschussberichte fest.

Ich rufe nunmehr jene Ausschussberichte auf, die zwar einstimmig sind, aber mit Debattenanmeldungen jetzt wir zu erledigen haben. Das ist

7.6 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 374 der Beilagen) betreffend generelles Verbot von Verkauf, Erwerb, Besitz und Verwendung jeglicher Art von Pyrotechnik an/von/durch Private(n) und des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch, HR Dr. Schöchli und Mag.^a Gutschi (Nr. 360 der Beilagen) betreffend das Verbot des Gebrauchs und Besitzes von pyrotechnischen Gegenständen für Privatpersonen

(Nr. 423 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

Debatte FPÖ.

Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

7.11 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann (Nr. 268 der Beilagen) betreffend das neue österreichische Brustkrebs-Früherkennungsprogramm

(Nr. 428 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

Debatte Grüne und FPÖ.

Abg. Mag.^a Sieberth: Zurückgezogen.

7.12 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Sieberth, Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl (Nr. 367 der Beilagen) betreffend die Erhebung von Datenbeständen in Zusammenhang mit der Erfüllung von Bildungsstandards durch Salzburger Kinder und Jugendliche (Nr. 429 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

Grüne.

Abg. Mag.^a Sieberth: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Dann bringe ich auch diese jetzt zur Abstimmung. Top 7.6, 7.11, 7.12, das waren sie. Wer mit Beschlussverabschiedung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe! Danke einstimmig. Damit sind auch diese Tops erledigt.

Ich komme jetzt zu den Tops, die nicht einstimmig verabschiedet wurden.

7.1 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz (Nr. 296 der Beilagen), mit dem das Salzburger Schulaufsichtsausführungsgesetz 1995, das Salzburger Bezügegesetz 1998, das Salzburger Landes-Beamtengesetz 1987, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Magistrats-Bedienstetengesetz und das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001 geändert werden (Nr. 418 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Gutschi)

Wurde mit den Stimmen ÖVP, Grüne, FPÖ und Team Stronach gegen SPÖ verabschiedet. Es wurde auch hier Debatte FPÖ angemeldet.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen!

Dann bringe ich diesen Ausschussbericht zur Abstimmung. Wer für diesen Bericht ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ und Team Stronach. Wer dagegen? SPÖ. Damit ist er angenommen wie im Ausschuss.

Ich rufe auf Top

7.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung Nr. 294 der Beilagen betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Nr. 419 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

Er wurde im Ausschuss erledigt mit den Stimmen von ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer ist für diesen Bericht? ÖVP, Grüne und Team Stronach. Wer ist dagegen? SPÖ und FPÖ. Danke.

Ich komme nunmehr zu Top

7.9 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann (Nr. 26 der Beilagen d.1.S.d.15.GP) betreffend eine Reform des Salzburger Verkehrsverbundes
(Nr. 426 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

Hier liegt ein Minderheitsbericht der ÖVP vor und der Antrag des Ausschusses wurde SPÖ, FPÖ und eine Stimme der Grünen gegen ÖVP und einer Stimme Team Stronach angenommen. Bitte Debatte FPÖ. Lukas Essl! Und Grüne haben auch Debatte angemeldet. Bitte um Deine Wortmeldung, Lukas.

Abg. Essl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Bevor die Grünen wieder sagen, die FPÖ oder Lukas Essl bringen sich nicht in die Debatte über die Bildungspolitik oder der Verkehrspolitik ein. Frau Kollegin Humer-Vogl, ich stelle mich da her, weil mir der Verkehrsverbund ein großes Anliegen ist, der öffentliche Nahverkehr. Auch wenn Sie es nicht glauben, weil die Grünen haben immer Recht, die Freiheitlichen haben immer Unrecht, da müssen Sie noch länger in dem Haus sein, dass Sie sehen, dass wir weit offener sind in der Gestaltung dieser Landespolitik als so manche Regierungspartei.

Jahrelang diskutieren wir über Reformen des Salzburger Verkehrsverbundes. Ich bin sehr froh darüber, dass zumindest der Kollege Mayr noch in Brüssel sitzt, weil bis jetzt ist ja nur gemauert worden im Bereich Reform. Ich bin auch froh, dass die Geschäftsführung in neue Hände gelangt ist und ich will auch der Geschäftsführung ein Zeugnis ausstellen, dass sie gewillt ist zu Veränderungen. Aber es kann nicht sein, dass auf Zuruf des Finanzreferenten gesagt wurde, da könnt ihr nicht mitstimmen, weil das kostet etwas. Der Antrag der Freiheitlichen zielt nicht ab, dass der Staatshaushalt, das Budget hier Geld in einem Füllhorn ausschüttet, sondern es geht darum, Synergieeffekte zu erzielen, Reformen durchzuführen. Wir Politiker, gerade die Verkehrssprecher, predigen bei den Wahlkampfveranstaltungen Tag und Nacht, dass wir für den öffentlichen Nahverkehr sind, dass wir für die Fahrgäste uns einbringen, dass man Qualitätssteigerungen erzielen kann. Was hat ein flächendeckender Nahverkehr für einen Sinn, wenn 50 Stunden kein Buskurs geht, wenn an den Tagesrandzei-

ten der Pendler zwar in die Arbeit fahren, aber nicht mehr heimkehren kann mit dem öffentlichen Verkehr. Das, glaube ich, ist der falsche Weg.

Wir haben die Chance, jetzt mit den ganzen Bruttoverträgen wirklich zu versuchen, dass wir diesen Verkehrsverbund auf neue Beine stellen und nicht mehr und nicht weniger fordern wir in unserem Antrag. Ich bedanke mich beim Kollegen Scheinast, der seiner Überzeugung treu geblieben ist im Ausschuss, ich hoffe Du hast nicht zu viel Kritik in den eigenen Reihen der Grünen erfahren, aber dass Du wirklich hier für Deine Überzeugung auch abgestimmt hast. Ich verstehe den Minderheitsbericht gerade von der ÖVP nicht, weil die Angst unbegründet ist, sondern es geht darum, innerhalb des Verkehrsverbundes Reformen durchzuführen. Jeder weiß, dass hier enormer Handlungsbedarf ist. Ich bitte wirklich das Hohe Haus: Gebt der Reform eine Chance. Danke. (Beifall der FPÖ- und SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Klubobmann Schwaighofer!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Lieber Kollege Lukas Essl!

Jetzt kann ich natürlich nicht warten bis Du auf Deinem Platz bist. Dein Engagement in vielen Sachen ist ja in diesem Hause unbestritten. Auch Dein Humor ist es ebenso bei der Sache. Nur eines, glaube ich, kannst Du nicht behaupten, dass die FPÖ jene Partei wäre, die in allen Bereichen am offensten ist. Ich könnte jetzt schon aufzählen Bereiche, wo Ihr ziemlich taub auf beiden Ohren seid, wenn es um sage ich jetzt einmal progressivere Entwicklung geht. Jeder von uns hat diese Seiten, ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Möglich, möglich!)

... Karl, natürlich diese Seiten, wo er nicht so offen ist. Ihr unterscheidet Euch da, glaube ich, weder im Positiven noch im Negativen von den anderen.

Warum haben wir zumindest in der Regierung mehrheitlich, nicht mehrheitlich im Ausschuss dann, gesagt wir nehmen hier lieber den Bericht von Hans Mayr zur Kenntnis als diesem Antrag zuzustimmen. Du brauchst ihn nur selber ein bisschen durchlesen oder genauer anschauen. Du hast eigentlich selber schon jetzt die Begründung mitgeliefert. Es steht nämlich da drinnen sehr allgemein, sehr allgemein eine Reform des Salzburger Verkehrsverbundes durchzuführen. Was ist eine Reform? Was ist das? Wenn ich einen Tarif ändere, ist auch eine Reform. Das ist eine Reform des Salzburger Verkehrsverbundes. Das ist eine sehr platte, allgemeine Bemerkung, die wenig Substanz hat ganz ehrlich gesagt. Das, was der Hans Mayr berichtet hat und was er in Aussicht gestellt hat, ist mir als Bericht dazu und als Grundlage für das, was in Zukunft passieren sollte, wichtiger gewesen für meine Entscheidung.

Zweiter Punkt: Du hast selber jetzt gesagt ihr fordert da drinnen ein flächendeckendes Angebot. Was ist ein flächendeckendes Angebot? Wenn man in Hüttschlag zu der Kreisthütte oder wie die heißt hinfährt oder wann ist es flächendeckend? Das ist so allgemein. Flächendeckend kann ich sehr weit sehen oder sehr eng sehen.

Der nächste Punkt, warum das mir, auch uns zu beliebig war und zu allgemein war. Flächendeckend, hast Du selber gesagt, sagt gar nichts über die Qualität aus. Wenn der flächendeckend einmal kommt, ist das dann eine Reform, ist das ein ausreichendes Angebot? Ist eine Beurteilungsfrage. Also flächendeckend allein sagt gar nichts.

Das war der Grund, dass wir gesagt haben ok, was der Hans Mayr angekündigt hat und Du hast es ja selber gesagt, ich freue mich auch darüber, dass jetzt wirklich ein sehr engagiertes Programm im Verkehrsverbund angegangen wird. Ich glaube, das können wir alle nachvollziehen, wollen wir hoffen, dass vieles glückt trotz der knappen Mittel, aber es wird an vielen Schrauben gedreht momentan, das glaube ich kann man wirklich feststellen. Alles wird sicher nicht gelingen, auch weil es finanziell nicht möglich ist, aber es ist eine Aufbruchstimmung, so stelle ich es zumindest fest, nicht als unbedingt der Verkehrspolitiker und daher haben wir diesen Bericht zur Kenntnis genommen und im Minderheitsbericht werden dann noch einmal Dinge aufgeführt, die entsprechend in dieser Art und Weise passieren sollen. Daher bitteschön nicht beleidigt sein, weil wir diesen sehr allgemeinen Antrag nicht so angenommen haben, sondern dass wir glauben, dass es besser ist wir nehmen diesen Bericht zur Kenntnis und diesen Minderheitsbericht und Hans Mayr kann in dem Sinn weiterarbeiten. Dankeschön. (Beifall der Grünen-, ÖVP- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Haitzer.

Abg. Haitzer: Geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Grundsätzlich war ich ja schon sehr, sehr froh, wie dieser Antrag der Freiheitlichen zur Überarbeitung des öffentlichen Verkehrs gekommen ist und umso mehr war ich verwundert, als auch der Kollege Scheinast damals mitgestimmt hat. Auch dieser Minderheitenbericht, ich habe auch Verständnis dafür, aber ich glaube, dass wir in der heutigen Zeit einfach die Chance wahrnehmen sollen, mit einem Beschluss im Ausschuss, der hoffentlich heute vom Landtag auch verabschiedet wird, dass wir dem Hans Mayr eine Chance geben, den Verkehrsverbund, den SVG, den öffentlichen Verkehr komplett zu sanieren, zu reformieren, neu aufzubauen und dass das nicht eine Sache ist, die in ein paar Monaten erledigt ist, wahrscheinlich das eine oder andere Jahr dauert, auch die Chance, es auch budgetär vorzusehen. In dem Sinne bin ich schon gespannt auf die Abstimmung. Ich gehe davon aus, dass

unser Klubvorsitzender eine namentliche Abstimmung einfordern wird und freue mich auf die Abstimmung. Lieber Hans Mayr, für Dich die Chance, diesen Verkehrsverbund wirklich auf gesunde neue Beine zu stellen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubvorsitzender Steidl bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nur noch auch eine abschließende Bemerkung zu dem, was hier in dem Antrag gefordert wird von der FPÖ, ist das eigentlich sehr umfassend, sehr detailliert und revolutionär im Gegensatz zu dem, was in neun Jahren Verkehrspolitik in diesem Land vom Vorgänger von Hans Mayr veranstaltet und zu verantworten ist. Ist nicht von mir, ist vor kurzem in der Salzburger Kronen Zeitung gestanden. Ich kann dem durchaus etwas abgewinnen.

Ich stelle daher auch gemäß § 40 Landtagsgeschäftsordnung den Antrag, sehr geehrte Frau Präsidentin, auf namentliche Abstimmung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Dann kommen wir zur Abstimmung. Es wurde eine namentliche Abstimmung verlangt und das müsste laut Geschäftsordnung § 40 von mehreren Abgeordneten begehrt werden. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ja, wir sind zu sechst! Passt das? Vier sind gefordert!)

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wir sind auch noch ein paar!)

... Danke. Damit ist auch der Geschäftsordnung Genüge getan. Es stimmt mit den vier Abgeordneten und wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung wie begehrt. Entschuldigung, das habe ich schon einmal angekündigt. Es wird zuerst gemäß § 39 Abs. 2 der Geschäftsordnung – Danke. Es wurde jetzt die namentliche Abstimmung des Hauptberichtes, Ausschussberichtes verlangt. Jetzt stimmen wir den Minderheitenbericht ab. Danke für den Hinweis. Herr Lukas Essl meldet sich zur Geschäftsordnung.

Abg. Essl: Wenn jetzt der Minderheitsbericht angenommen wird, kommt es ja nicht mehr zum Hauptantrag, Frau Präsidentin. Das wollte ich nur sagen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ja, das ist richtig, dann fällt auch die namentliche Abstimmung weg.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wenn der Minderheitenbericht vorher abgestimmt wird, gilt das natürlich für den Minderheitenbericht. Diejenigen, die Geschäftsordnungskennntnis haben, wissen, dass dann der Hauptantrag weg ist.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Diese Kennntnis habe ich auch, aber Du hast nur gesagt, dass Du forderst eine namentliche Abstimmung. Daher ersuche ich um die Präzisierung. Wir stimmen jetzt den Minderheitenbericht namentlich ab. Ich ersuche die Schriftführerin jetzt um die Verlesung nach dem Alphabet.

Abg. Jöbstl: Blattl Rosemarie!

Abg. Blattl: Nein!

Abg. Jöbstl: Essl Lukas!

Abg. Essl: Nein!

Abg. Jöbstl: Fuchs Rupert!

Abg. Fuchs: Ja!

Abg. Jöbstl: Fürhapter Gabriele!

Abg. Fürhapter: Ja!

Abg. Jöbstl: Gutschi Daniela!

Abg. Mag.^a Gutschi: Ja!

Abg. Jöbstl: Haitzer Andreas!

Abg. Haitzer: Nein!

Abg. Jöbstl: Hirschbichler Adelheid!

Abg. Hirschbichler MBA: Nein!

Abg. Jöbstl: Hofbauer Simon!

Abg. Hofbauer: Für den Minderheitsbericht!

Abg. Jöbstl: Humer-Vogl Kimbie!

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl: Ja!

Abg. Hofbauer: Jöbstl Martina!

Abg. Jöbstl: Ja!

Abg. Jöbstl: Otto Konrad!

Abg. Otto Konrad MBA: Ja!

Abg. Jöbstl: Lindner Angela!

Abg. DIⁱⁿ Lindner: Ja!

Abg. Jöbstl: Mayer Wolfgang!

Abg. Mag. Mayer: Ja!

Abg. Jöbstl: Meisl Roland!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Nein!

Abg. Jöbstl: Mosler-Törnström nicht anwesend. Naderer Helmut!

Klubobmann Abg. Naderer: Ja!

Abg. Jöbstl: Neuhofer Theresia!

Abg. Neuhofer: Ja!

Abg. Jöbstl: Obermoser Michael nicht anwesend. Pallauf Brigitta!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ja!

Abg. Hofbauer: Rogatsch Gerlinde!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Ja!

Abg. Hofbauer: Riezler Ingrid!

Abg. Riezler: Nein!

Abg. Hofbauer: Rothenwänder Ernst!

Abg. Rothenwänder: Nein!

Abg. Hofbauer: Sampl Manfred!

Abg. Ing. Sampl: Ja!

Abg. Hofbauer: Scharfetter Hans!

Abg. Mag. Scharfetter: Ja!

Abg. Hofbauer: Scheinast Josef!

Abg. Scheinast: Ja!

Abg. Hofbauer: Schmidlechner Karl!

Abg. Mag. Schmidlechner: Nein!

Abg. Hofbauer: Schneglberger Othmar nicht anwesend. Schnell Karl!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Nein!

Abg. Hofbauer: Schnitzhofer Johann!

Abg. Ing. Schnitzhofer: Ja!

Abg. Hofbauer: Schöchl Josef!

Abg. HR Dr. Schöchl: Ja!

Abg. Hofbauer: Schwaighofer Cyriak!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Ja!

Abg. Hofbauer: Sieberth Barbara!

Abg. Mag.^a Sieberth: Ja!

Abg. Hofbauer: Solarz Nicole nicht anwesend. Steidl Walter!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nein!

Abg. Hofbauer: Steiner-Wieser Marlies!

Abg. Steiner-Wieser: Nein!

Abg. Hofbauer: Wiedermann Friedrich!

Abg. Wiedermann: Nein!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit haben wir 20 Ja-Stimmen und zwölf Nein-Stimmen. Jedenfalls wurde der Minderheitenbericht mehrheitlich angenommen und der Ausschussbericht wird nicht mehr zur Abstimmung gebracht. Damit kommen wir zu Top

7.10 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth (Nr. 179 der Beilagen) betreffend die Einrichtung eines unabhängigen, interdisziplinären Fachgremiums für SeniorInnen-Fragen (Nr. 427 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Der wurde im Ausschuss der Bericht abgestimmt ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für diesen Ausschussbericht ist ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach. Wer dagegen? SPÖ und FPÖ. Das gleiche Stimmverhältnis. Wir kommen nun zu

7.13 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Antrag der Abg. Präsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und HR Dr. Schöchli (Nr. 362 der Beilagen) betreffend die Abschaffung der Zeitumstellung (Nr. 430 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch)

Hier hat sich Otto Konrad zu Wort gemeldet.

Abg. Otto Konrad MBA: Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ich wollte eigentlich kurz nur festhalten, dass das Abstimmungsverhalten vom Team Stronach, also respektive von mir zum Thema der Sommerzeitabstimmung kein Betriebsunfall war, sondern ich mir da sehr wohl Gedanken darüber gemacht habe. Eine heutige Tageszeitung schreibt auch unter anderem, Marketumfrage, dass nur 20 % sind mit der Sommerzeitumstellung ein bisschen unglücklich. Gleichzeitig sagt die Zeitung, und ich möchte es wirklich zitieren: Jammern über den Minijetlag der Sommerzeit ist unangebracht, da Menschen sehr anpassungsfähig seien. Jetzt können wir sagen Tiere sind auch dabei. Ok, aber das Interessante ist jetzt, 63 % der Österreicher sollten entsprechend ihren Bedürfnissen sieben bis acht Stunden täglich schlafen. Die anderen brauchen entweder mehr oder weniger. Für die Zukunft, weil das Genderthema immer wieder da ist, einen Sonderfall stellen Frauen da. Sie benötigen eine Stunde mehr als Männer und wollen noch eine zusätzliche. Verantwortlich dafür sind die hormonellen Unterschiede und der weibliche Zyklus.

Ich wollte nur sagen, es ist auch eine wissenschaftliche Studie, dass es Unterschiede gibt, aber trotzdem glaube ich, grundsätzlich geht es darum, dass man gründlich überlegen sollte, wenn man die Sommerzeit tatsächlich umstellt, ich habe mir da Gedanken gemacht. Danke. (Beifall der TSS-, ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Im Ausschuss wurde dieser Bericht mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grüne und FPÖ gegen die Stimme Team Stronach abgestimmt. Wer für diesen Bericht ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne und FPÖ. Gegenstimme? Team Stronach.

7.14 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzender Steidl (Nr. 261 der Beilagen) betreffend die Aufnahme des Frauengesundheitszentrums ISIS in die Gesundheitsplattform (Nr. 431 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

Hier haben wir eine punktweise Abstimmung. Punkt eins wurde mit den Stimmen von ÖVP, Grüne, FPÖ und Team Stronach gegen SPÖ und Punkt zwei einstimmig verabschiedet. Ich bringe jetzt diesen Ausschussbericht zur Abstimmung. Wer für Punkt eins ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ und Team Stronach. Gegenstimmen? SPÖ. Ich komme zur Abstimmung von Punkt zwei. Wer für Punkt zwei ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist Punkt zwei einstimmig angenommen. Dann kommen wir zu Punkt

7.15 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wieder-
mann (Nr. 370 der Beilagen) betreffend ein Programm zum Ausbau der Pumpspeicherwas-
serkraft

(Nr. 432 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

Auch hier haben wir eine punktmäßige Abstimmung. Punkt eins wurde von ÖVP, SPÖ, Grü-
ne und Team Stronach gegen FPÖ angenommen. Punkt zwei einstimmig. Ich komme zur
Abstimmung zu Punkt eins. Wer für die Annahme dieses Punktes ist, bitte ein Zeichen mit
der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach. Gegenstimmen? FPÖ. Wer für Punkt zwei
ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Dieser Punkt wurde einstimmig
angenommen. Damit komme ich zur Abstimmung des Berichtes

7.22 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zu-
stimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 L-VG zum Verzicht des Landes Salzburg
auf die Rückzahlung eines Sanierungsdarlehens an die Gemeinde Bad Gastein und eines
nachrangigen Gesellschafterdarlehens

(Nr. 525 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Dieser wurde heute im Ausschuss mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stro-
nach gegen FPÖ angenommen. Ich bringe diesen Ausschussbericht nunmehr zur Abstim-
mung. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.
Gegenstimmen? Damit gleiches Abstimmungsverhalten. ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stro-
nach gegen FPÖ angenommen. Ich komme zu Top

7.23 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum dringlichen Antrag
der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Mag.^a Sieberth, Hofbauer und Klubobmann Schwaighofer
betreffend die Absage der Bildungsstandard-Testungen

(Nr. 526 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Auch hier haben wir eine punktweise Abstimmung. Die Punkte eins und zwei, die ich auch
jetzt zusammenziehen werde, wurden ÖVP und Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und
FPÖ angenommen. Punkt drei wurde ÖVP und SPÖ und Grüne und Team Stronach gegen
FPÖ angenommen. Sind Sie einverstanden, dass ich Punkt eins und zwei gemeinsam hier
abstimme? Danke. Dann bringe ich Punkt eins und zwei zur Abstimmung. Wer für diese
Punkte ist, bitte ich ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Gleiches Abstimmungsver-
hältnis ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ.

Ich bringe Punkt drei zur Abstimmung. Wer für diesen Punkt ist ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Damit ist dieser Punkt mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ angenommen.

Damit haben wir Top sieben abgeschlossen. Ich komme nunmehr zu

Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Zu folgenden schriftlichen Beantwortungen wurde eine Debatte angemeldet und ich ersuche dann um ein Zeichen, sollte keine Debatte gewünscht sein.

8.6 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 406 der Beilagen) betreffend manipulierte Unterstützungserklärungen des Teams Stronach bei der Landtagswahl 2013

(Nr. 443 der Beilagen)

Debatte FPÖ.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Danke. Zurückgezogen.

8.8 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 378 der Beilagen) betreffend ein vermeintliches Landwirtschaftsprojekt in Mittersill

(Nr. 445 der Beilagen)

Debatte ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Zurückgezogen.

8.19 Anfrage der Abg. Mag.^a Sieberth und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 387 der Beilagen) betreffend Untersuchungen der SexarbeiterInnen

(Nr. 456 der Beilagen)

Debatte Grüne.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Zurückgezogen.

8.33 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 386 der Beilagen) betreffend die Salzburger Landeskliniken

(Nr. 470 der Beilagen)

Debatte SPÖ.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zurückgezogen.

8.35 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 391 der Beilagen) betreffend die aktuelle Situation in den Frauenhäusern des Bundeslandes Salzburg

(Nr. 472 der Beilagen)

Debatte ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Zurückgezogen.

8.36 **Anfrage** der Abg. Jöbstl und Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 392 der Beilagen) betreffend die Qualitätssicherung von Jugendzentren und die Richtlinien zur Fördervergabe

(Nr. 473 der Beilagen)

Debatte ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Zurückgezogen.

8.37 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 393 der Beilagen) betreffend den Stand der Quotenerfüllung bei der Aufnahme von Asylwerbern im Bundesland Salzburg und den damit verbundenen Erfordernissen, Quartiere zur Verfügung zu stellen und der angekündigten Schließung von Quartieren wegen Qualitätsmängeln

(Nr. 474 der Beilagen)

Debatte ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Zurückgezogen.

8.40 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 396 der Beilagen) betreffend die Gewährung von besoldungsrechtlichen Besserstellungen und die Auszahlung von Belohnungen (Nr. 477 der Beilagen)
Debatte SPÖ.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zurückgezogen.

8.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 380 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Jänner 2014 (Nr. 438 der Beilagen)

8.2 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013 (Nr. 439 der Beilagen)

8.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend (Nr. 293 der Beilagen) Vergleich der tatsächlichen Kosten zu den eingehobenen Gebühren bei Wasser, Kanal und Abfall aller 119 Salzburger Gemeinden (Nr. 440 der Beilagen)

8.4 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 300 der Beilagen) – betreffend den Haushaltsvollzug 2013 (Nr. 441 der Beilagen)

8.5 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 384 der Beilagen) betreffend Spekulationsverluste von Salzburger Gemeinden (Nr. 442 der Beilagen)

8.7 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 408 der Beilagen) betreffend Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den Salzburger Landtagswahlen (Nr. 444 der Beilagen)

8.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann (Nr. 203 der Beilagen) Dr. Haslauer betreffend Haftungen der 119 Salzburger Gemeinden

(Nr. 446 der Beilagen)

8.10 **Anfrage** der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSC und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 381 der Beilagen) betreffend Geschäftsführerin Museumsrundgang und Kulturelle Sonderprojekte

(Nr. 447 der Beilagen)

8.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Schwaighofer und Scheinast an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 383 der Beilagen) betreffend die Initiative „Alpine Gesundheitsregion SalzburgerLand“

(Nr. 448 der Beilagen)

8.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.in Rössler (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013

(Nr. 449 der Beilagen)

8.13 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und KV Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 389 der Beilagen) betreffend das Umweltverträglichkeitsgutachten für die 380-kV-Leitung

(Nr. 450 der Beilagen)

8.14 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Hirschbichler MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 375 der Beilagen) betreffend die personelle Ausstattung der Lebensmittelkontrolle im Bundesland Salzburg

(Nr. 451 der Beilagen)

8.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 289 der Beilagen) – betreffend die Erhöhung der Adaptierungskosten für das Landesverwaltungsgericht

(Nr. 452 der Beilagen)

8.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landes-

hauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013
(Nr. 453 der Beilagen)

8.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 400 der Beilagen) – betreffend die Arbeitszeiteinhaltung bei den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen (SAB, RHV und WSB)
(Nr. 454 der Beilagen)

8.18 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Mag.^a Gutschi an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 385 der Beilagen) betreffend die derzeitige Reichweite und Administration des Patientenverfügungsregisters
(Nr. 455 der Beilagen)

8.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013
(Nr. 457 der Beilagen)

8.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 291 der Beilagen) betreffend die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs
(Nr. 458 der Beilagen)

8.22 **Anfrage** der Abg. Haitzer und Schneglberger an Landesrat Mayr (Nr. 390 der Beilagen) betreffend die Regionalbuslinien 120 und 131 zwischen Mattsee bzw. Berndorf und Salzburg
(Nr. 459 der Beilagen)

8.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013
(Nr. 460 der Beilagen)

8.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 300 der Beilagen) – betreffend den Haushaltsvollzug 2013

(Nr. 461 der Beilagen)

8.25 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013

(Nr. 462 der Beilagen)

8.26 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 397 der Beilagen) betreffend Prämien im Salzburger Landesdienst

(Nr. 463 der Beilagen)

8.27 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 378 der Beilagen) betreffend ein vermeintliches Landwirtschaftsprojekt in Mittersill

(Nr. 464 der Beilagen)

8.28 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 290 der Beilagen) – betreffend Ausgaben für Marketingmaßnahmen im Jahre 2013

(Nr. 465 der Beilagen)

8.29 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Dlin Lindner an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 379 der Beilagen) – betreffend die Abwasserentsorgung im Bundesland Salzburg

(Nr. 466 der Beilagen)

8.30 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 400 der Beilagen) – betreffend die Arbeitszeiteinhaltung bei den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen (SAB, RHV und WSB)

(Nr. 467 der Beilagen)

8.31 **Anfrage** der Abg. Haitzer und Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 382 der Beilagen) betreffend den Salzburger Gemeindeausgleichsfonds

(Nr. 468 der Beilagen)

8.32 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 379 der Beilagen) – betreffend die Abwasserentsorgung im Bundesland Salzburg
(Nr. 469 der Beilagen)

8.34 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 388 der Beilagen) betreffend Wartezeiten in den Salzburger Spitälern
(Nr. 471 der Beilagen)

8.38 **Anfrage** der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 394 der Beilagen) betreffend den Runden Tisch Menschenrechte
(Nr. 475 der Beilagen)

8.39 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 395 der Beilagen) betreffend die Standards in Asylwerberunterkünften
(Nr. 476 der Beilagen)

8.41 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 400 der Beilagen) – betreffend die Arbeitszeiteinhaltung bei den Umweltschutzanlagen Siggerwiesen (SAB, RHV und WSB)
(Nr. 478 der Beilagen)

8.42 **Anfrage** der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 379 der Beilagen) – betreffend die Abwasserentsorgung im Bundesland Salzburg
(Nr. 479 der Beilagen)

8.43 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 398 der Beilagen) betreffend Gewalt an Kindern im Bundesland Salzburg
(Nr. 480 der Beilagen)

8.44 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 399 der Beilagen) betreffend Ganztagesförder- und -betreuungsstätten für schwer(st) (mehrfach)behinderte Volljährige
(Nr. 481 der Beilagen)

Dann habe ich hier keine weiteren Wortmeldungen mehr und ich rufe

Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Es wurde zu

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. März 2010 zum Antrag der Abg. Neuhofer, Dr. Schöchel und Ing. Schwarzenbacher (Nr. 386 der Beilagen) betreffend die Erstellung eines jährlichen Tiertransport-Berichts für das Land Salzburg

(Nr. 482 der Beilagen)

von ÖVP Debatte angemeldet.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Somit sehe ich auch keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe die Sitzung um 19:50 Uhr und berufe die nächste Sitzung für Mittwoch, den 30. April 2014, 9:00 Uhr, ein. Danke für die angeregten Diskussionen und einen schönen Abend. (Allgemeiner Beifall)

(Ende der Sitzung: 19:50 Uhr)

- -

Dieses Protokoll wurde
am **30. April 2014**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in:

